DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTVERWALTUNG

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

141 13. JAHRGANG Juni '96 8,00 DM

»MODELL DEUTSCHLAND« PLEITE?

Wachstum ohne Arbeitsplätze

Ist die Wirtschaft am Ende? Geht der Staat pleite, weil der »Standort« nicht mehr attraktiv ist? Im Mittelpunkt dieses Schwerpunktes stehen Fakten und Theorien zur gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise. Der gegenwärtigen Sparhysterie werden diese Darstellungen und Analysen aus einer anderen Sicht der Dinge entgegengesetzt: Hierzulande wird kräftig verdient, nur nicht von der Bevölkerung.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

von Kurt Regenauer aus Nürnberg ● »Jobless growth« nennt der Münchner Soziologe Ulrich Beck, Autor des postmodernen Klassikers über die »Risikogesellschaft«, in einem SPIEGEL-Essay den Zustand des »globalen Kapitalismus im Informationszeitalter«. Er meint damit den – nicht zuletzt durch weltweite telematische Vernetzung – im Zeitalter des Computers prägnanten Umstand, daß immer weniger gut ausgebildete, global austauschbare Menschen immer mehr Leistungen und Dienste erbringen können. Der Effekt ist Wachstum bei immer weniger Arbeitsplätzen, immer weniger Steuereinnahmen und der Kollaps des Sozialstaates. Eine »Ökonomie der Bildschirme« beschreibt auch der Braunschweiger Politikprofessor Ulrich Menzel in der taz: eine Verselbstständigung der Finanzwelt von der Warenwelt bringe die schöne, neue Welt mit sich. Das Kreditwesen sei nicht mehr Schmiermittel der Warenwirtschaft, sondern führe ein spekulatives Eigendasein – in der virtuellen Welt des für die Wirtschaft erschlossenen Cyberspace lohnt es sich für die Finanzgiganten eher, Geld zu besitzen, als es auszugeben.

»Geld arbeitet« offensichtlich besser in einem Zeitalter, in dem der boomende Dienstleistungsbereich in billigen Schwellenländern Asiens investieren kann, weil sie problemlos über die Datenautobahn disponibel werden. Konzernchefs und alle anderen Finanzgewaltigen solventer Körperschaften haben in der vernetzten Welt die technisch einfach erschlossene Möglichkeit, dort anzulegen, wo maximale Rendite winkt.

Diese virtuelle Wirtschaft handelt zunehmend mit virtuellen Werten. Der Globus wird zum gigantomanischen Wettbüro, in dem allein auf den Devisenmärkten 800 Milliarden Dollar täglich nach Schätzungen des Wirtschaftswissenschaftlers Alan Metzer ihren Besitzer wechseln.

Daß das Geldanlage- und Verleihgeschäft wichtiger sein kann, als die Neigung, direkt zu investieren, ist ein der Nationalökonomie wohlbekanntes Phänomen. Die »Neigung zum Sparen« wird in Zusammenhang mit der Höhe des Zinses untersucht. Neu hingegen sind die hier konstatierten Erscheinungen, die bereits mit den achtziger Jahren neue volkswirtschaftliche Rahmendaten wurden: Großkonzerne, die über ein Drittel ihrer Bilanzsumme rückstellen, um eine »Kriegskasse« anzuhäufen, Staatshaushalte, die ein Viertel aller Einnahmen für Zinszahlungen aufbringen müssen, gravierender Abbau der Industriearbeitsplätze und entsprechende Auswirkungen auf die Sozialkassen...

»Das Ende der Nationalökonomie« stellt der kritische Ökonom Robert Kurz in dieser CONTRASTE-Ausgabe auch in Aussicht, gelingt es ihr nicht, eine Globalisierung kritischer Gesellschaftstheorie vorzunehmen. Und verweist in einem weiteren Beitrag auf den »dritten Sektor« der Non-Profit-Wirtschaft und Nichtregierungsorganisationen, der »Jenseits von Markt und Staat« einen neuen Wirtschaftsbereich aufbauen kann, der sich aus dem Konzentrations- und Krisenprozeß der normalen Profit-Wirtschaft ausblenden kann, wo die Bedürfnisse lokaler Ökonomie im Mittelpunkt stehen. Gemeint sind nicht nur Tauschringe, wie sie in dieser Zeitung auch schon häufig vorgestellt wurden, sondern alle Ansätze einer neu vernetzten Selbstversorgungswirtschaft (wie z.B. auch das aus Amerika importierte »New Work«-Modell). Aber auch Uwe Timm aus der politischen Ecke des Tauschwirtschaftsexperiments sieht in »Arbeitslosigkeit kein unabwendbares Schicksal«, wo es gelingt, aus der Zinswirtschaft auszusteigen..●

SCHWERPUNKTTHEMA

Das Ende der Nationalökonomie
Robert Kurz Seite 6

Wirtschaftswunderland ist abgebrannt
Kurt Regenauer

NEW WORK in Köln-Mühlheim
Heinz Weinhausen Seite 7

Arbeitslosigkeit – kein unabwendbares Schicksal!
Uwe Timm Seite 8

Jenseits von Markt und Staat
Robert Kurz Seite 9

AUS DEM INHALT:

KOMM BLEIBT KOMM!

Nach den bayerischen Kommunalwahlen sieht die Nürnberger CSU einen alten Traum in Erfüllung gehen: ein »KOMM-freies Nürnberg«. Damit dieser Traum nicht in Erfüllung geht, hat das selbstverwaltete Kommunikationszentrum KOMM zum »Kampf ums KOMM« aufgerufen. Ein BürgerInnenbegehren zum Erhalt des Zentrums wird angestrebt. Seite 3

GREENPEACE

Der »Goliath« unter den Umweltschutzverbänden betrat mit einem herbstlichen Coup in Deutschland die Solarszene: Mit »Cyrus«, einem voll standardisierten Solarsystem für's Dach, sollen Häuslebauer in der Lage sein, den Sonnenstrom im Sonderangebot zu beziehen. Greenpeace diktierte den Preis, suchte und fand auch tatsächlich fünf Firmen, die in Erwartung voller Auftragsbücher zu diesem Preis produzieren wollen. Als einen »Rückschlag für die Photovoltaik-Branche« bezeichnet Thomas Payer, Ingenieur bei der selbstverwalteten Firma Wagner & Co, die Greenpeace-Kampagne. Seite 4/5

SOZIOKULTUR

Die Auseinandersetzung zwischen Michael Jackson und Theo Waigel machte Schlagzeilen. Es ging um die »Ausländersteuer«. Diese macht aber nicht nur »Jacko« zu schaffen, sondern auch den kleinen KulturverantalterInnen. Zwischen 17 und 25% müssen diese an Mehrkosten bei Veranstaltungen mit ausländischen KünstlerInnen veranschlagen. Seite 10

CHAOS-STUDIE

Der Termin für die nächsten Chaos-Tage rückt näher und Hannover soll wie schon in den vergangenen Jahren Anfang August zur Punk-Hauptstadt werden. Unterstützung bekommen die PunkerInnen in diesem Jahr durch alle mögichen phantasievollen Menschen ... Seite 11

HANDELSGENOSSENSCHAFT

Preisgünstige Beschaffung und zertifizierbares Holz sollen mit der Gründung einer neuen Handelsgenossenschaft für die ökologische Holzwirtschaft unter ein gemeinschaftliches Dach gebracht werden. Der Tanz ums hölzerne Kalb auf Seite 12

DECKMANTEL COOPERATIVE

Das Beispiel Brasilien veranschaulicht, daß es sich bei Genossenschaften nicht immer um förderungswürdige Organisationsformen handelt. Mit dem Namen Cooperative verbinden sich teilweise Strukturen, die nicht der Genossenschaftsidee entsprechen. Sie werden als Deckmantel für das Herstellen von Abhängigkeitsstrukturen genutzt. Seite 13

D 8008

01.3669 152 001
Dr. Carola Möller
Herwarthstr. 22
D-50672 Köln

BERLINER PROJEKTE FEIERN

Das zweite Leben der Ufa!

»Mit 17 hat man noch Träume...«, so das Motto der Geburtstagsfeiern von taz, Ufa-Fabrik und dem Mehringhof. Anfang Juni feiern diese drei ihren 17. Geburtstag und CONTRASTE – gerade 12 Jahre alt – gratuliert ihren älteren Geschwistern recht herzlich. Der nachfolgende Text stammt von der Ufa-Fabrik.

Während Ihr diese Zeilen lest, läuft unser Zähler rückwärts, wir produzieren unseren eigenen Strom. Kaum zu glauben, wenn man sich daran erinnert, wie wir vor 17 Jahren auf dem Gelände der alten Ufa-Film-Gesellschaft anfingen. »In einer Stunde der Tat steckt mehr Wirklichkeit als in dem Gerede von Jahren.«

Unter diesem Motto haben wir im Juni 1979 das leerstehende Gebäude wieder friedlich in Betrieb genommen. Die meisten Versionen aus den Anfängen – Zusammenleben, Arbeit, Kultur und Ökologie miteinander zu verbinden, sind wir bis heute treu geblieben. So liefern nun hauptsächlich zwei Blockheizkraftwerke eigenen Strom und Wärme für das ganze Gelände. Weitere ökologische Verbesserungen haben wir erreicht: durch einen zentralen Regenwasserspeicher, der zur Bewässerung der Grünflächen und Gründächer dient. Auch die Toilettenspülung unserer Veranstaltungssäle wird nicht mehr mit mühsam aufbereiteten Trinkwasser betrieben, sondern mit gereinigtem Regenwasser. Nähere Informationen und neue Ideen bietet die Ökoausstellung »Die Ufa-Fabrik – ein Modell für das Jahr 2001«.

Projekte

Der Freizeitbereich, der wöchentlich von 800 Aktiven aus ganz Berlin genutzt wird, klärt für viele Menschen nicht die Frage: »Was mache ich im Urlaub«, sondern: »Was mache ich täglich in dieser Stadt ab 17 Uhr?«. In den Geburtsvorbereitungskursen unseres Nachbarschaftszentrums »NUSZ« wurden inzwischen seit 1987 über tausend Geburten betreut. Viele SchülerInnen aus den ersten Jahrgängen der Freien Schule haben inzwischen ihr Abitur gemacht, einige der Ufa-Kindercircusschule sind mittlerweile zu profesionellen VarietekünstlerInnen einer neuen Generation geworden. Die Vollkornbäckerei produziert weiterhin Brot mit Getreide aus biologischem Anbau und wurde um eine Konditorei erweitert. Sie bereichert mit ihren Produkten unseren Naturkostladen und Berliner Wochenmärkte.

Kultur

Die Ufa-Fabrik präsentiert das ganze Jahr hindurch Gastspiele von Berliner und internationalen Kulturgruppen, das Trans Europ Festival, und dazu ihre Eigenproduktionen, den Ufa-Circus, das Berliner Kinder-Circus-Festival, die Jugendshow »Power«, die Variete-Show »Back on Stage« und das Samba-Orchester »Terra Brasilis«.

Lebensgemeinschaft

Insgesamt hat die Ufa-Fabrik heute 120 MitarbeiterInnen, wobei die Kommune mit 50 Frauen, Männern und Kindern weiterhin Herz und Motor des Ganzen ist. Es zu schaffen, in all den Jahren mit soviel Menschen zusammenzuhalten, gilt in dieser Welt schon als große Sensation. Das erste Leben der Ufa: Viele Träume auf Zelluloid wurden hier produziert. Das zweite Leben der Ufa: »Viele Träume sind Wirklichkeit geworden!«●

FACHTAGUNG ZUR LOKALEN AGENDA 21:

Ohne Frauen geht es nicht

Was hat die Lokale Agenda 21 mit Frauen zu tun? Eine ganze Menge, meinten mehr als 40 Vertreterinnen von Umweltverbänden, Kommunen, Bildungseinrichtungen und Institutionen, die sich Ende März 96 im nordhessischen Meinhard bei Eschwege zur Tagung »Frauenblicke auf die Lokale Agenda 21« getroffen hatten.

Von Gisa Klönne, Frankfurt/Main ● Anlaß der »Frauenblikke«: Die 1992 in Rio de Janeiro auf der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung verabschiedete internationale Agenda 21. Und diese betont nicht nur die Relevanz von sozialer Gerechtigkeit für eine ökologisch verträgliche, nachhaltige Entwicklung, sondern mißt der Beteiligung von Frauen in diesem Prozeß eine besondere Bedeutung bei. So fordert das Kapitel 24 von den Regierungen der Welt, Frauen an allen Ausarbeitungen der Lokalen Agenda zu beteiligen und damit ihre Partizipation an Politik und auf Nicht-Regierungsebene zu stärken. Grundlage sind die bereits auf der Weltfrauenkonferenz in Nairobi 1985 entwickelten und in Peking 1995 nochmals bestätigten Zukunftsstrategien für Frauen, die ihnen uneingeschränkten Zugang zu Bildung und Ressourcen sowie das Recht auf Selbstbestimmung, auch im Hinblick auf Sexualität und Geburtenkontrolle, zusichern. Mehr als 180 Staaten haben diese Aktionsplattform von Rio ratifiziert.

Doch wie sieht es mit der Verwirklichung aus? Die ernüchternde Bilanz der Tagesteilnehmerinnen: Es hapert in Deutschland nicht nur an der bis 1996 zugesagten kommunalen Umsetzung der Agenda. Die ausdrückliche Forderung, Frauen mit in die Planung einzubeziehen wird hierzulande weitgehend ignoriert. Ein Beispiel unter vielen: Im Bericht des Deutschen Städtetages zum Thema kommen Frauen nicht vor. Dabei hat gerade Stadtentwicklung viel mit Frauenleben zu tun. Frauen sind es, die von Zersiedlung, ungenügendem ÖPNV, langen Wegen zwischen Wohn- und Arbeitsort, Einkaufszentren und Kinderbetreuung besonders betroffen sind. Welche Forderungen Frauen angesichts der weltweit immer schneller voranschreitenden Verstädterung stellen, erläuterte die Stadtplanerin Kerstin Zillmann, Mitglied bei FOPA und dem HIC Women and Shelter Network. Weiterhin berichteten Initiatorinnen von lokalen Agenda 21-Prozessen aus Berlin-Köpenick, München, Köln, Bremen, Hannover und Heidelberg über den aktuellen Stand der Umsetzung in diesen Städten. Für die aktive Einbindung von Frauen ist Heidelberg beispielhaft. Dort ging die Initiative vom Amt für Frauenfragen aus und hat mittlerweile in mehreren Stadtteilgruppen eine solide Basis, berichtete die Referentin und Frauenbeauftragte Dörthe Domzig.

Aus internationaler Sicht gab Angela Mawle über die Lokale Agenda 21 in England wichtige Anregungen, eine Vertreterin der Umweltberatung Wien berichtete über die Situation in Österreich. In Arbeitsgruppen zu Themen Frauenforderungen, Partizipation von Frauen, Bildung und Zukunftswerkstätten erarbeiteten die Tagungsteilnehmerinnen konkrete Zukunftsperspektiven.

Trotz des dichten Programms blieb Zeit, neue Kontakte zu knüpfen und Erfahrungen auszutauschen. Wichtigste Frage immer wieder: Wie können Frauen aus möglichst vielen unterschiedlichen Bereichen in die Lokale Agenda 21-Arbeit einbezogen werden, ohne wieder zur traditionellen »End-of-Pipe«-Aufräumarbeit verdonnert zu werden? Die Antwort steht bereits in der Agenda 21 von Rio: Indem sie von vornherein mitgestalten. Um dies in Deutschland voranzubringen, fordern die Tagungsteilnehmerinnen die Schaffung einer bundesweiten Koordinierungsstelle für Frauenaktivitäten im Rahmen der Lokalen Agenda 21. Denn schließlich ist auch die niedergeschriebene Frauenfreundlichkeit der Rio-Agenda in erster Linie auf die Lobbyarbeit und Networking von Frauengruppen zurückzuführen. Fazit der Tagung, auf der trotz vieler ernüchternder Erkenntnisse Aufbruchstimmung und gute Laune die Oberhand behielten: Wer von sozialer Gerechtigkeit und Ökologie spricht, kann Frauen nicht länger außen vor lassen. Wichtiger erster Schritt: Die Lebenssituation von Frauen muß sichtbar werden. Die Tagungsteilnehmerinnen forderten dazu die geschlechtsspezifische Erhebung von Umweltdaten, damit Mythen von Konsumverhalten oder Mobilität endlich mit Fakten belegt werden. Konsens auch die Einführung einer »Frauenverträglichkeitsprüfung« (FVP) für alle Planungsstufen der Lokalen Agenda.

Doch bei bloßen Forderungen soll es nicht bleiben. Arbeitsaufträge für konkrete Maßnahmen wurden vergeben, ein eintägiges Folgetreffen im November wird bilanzieren, was bis dahin erreicht wurde und wie es weitergeht. Neue Interessentinnen sind dabei herzlich willkommen.●

Kontakt:
Life e.V. – FrauenUmweltNetz, Hohenstaufenstr. 8, 60327 Frankfurt, Tel.: (0 69) 74 07 57, Fax: 74 08 42
email: umweltnetz@fem-f.rhein-main.de

Feste feiern
6.Juli 1996, ab 15 Uhr
5. Libertärer Jahrmarkt
Senefelder Platz
Berlin, Prenzlauer Berg

Infostände Libertärer Projekte
Live-Musik
Vorträge / Film
Ausstellung
Essen und Trinken
Spiele für Kinder
und viel Spaß

NEIL YOUNG

Neil Young, der letztes Jahr mit Pearl Jam in Berlin begeisterte (CONTRASTE, Sept. '95), kommt am 13. Juli mit seiner Hausband Crazy Horse nach Hamburg (Trabrennbahn am Volkspark). Als special guest wird die Ikone des Folkrock, Bob Dylan, dabeisein. Wohl das Ereignis des Jahres 1996, wir werden berichten.●

(kb)

SELBSTDARSTELLUNG: LETS MÜNCHEN

Was ist LETS?

LETS ist ein geldloses Tausch- und Verrechnungssystem, in dem Dienstleistungen und Waren zwischen den Teilnehmern getauscht werden können. Der Vorteil bei LETS gegenüber »normalem« Tausch ist, daß kein Tauschpartner notwendig ist, der gerade das anzubieten hat, was der Andere im Moment braucht (Beispiel: Ich suche Fahrradreparatur, will aber keine Birnen dafür kaufen). Bei LETS wird der Wert der getauschten Dienste/Dinge vielmehr den Teilnehmern auf einem Konto gutgeschrieben bzw. belastet. Diese Konten stellen »moralische« Guthaben bzw. Schulden zwischen den Teilnehmern dar.

Das LETS-System ist kein gewinnorientiertes Unternehmen, sondern eine Initiative, die ihren Mitgliedern eine gemeinnützige Dienstleistung zur Verfügung stellt. Die Kosten für Aufbau und Erweiterung des Systems werden durch die einmalige Aufnahmegebühr (DM 10,–) gedeckt; alle weiteren entstehenden Gebühren für Kontoführung (in »LETS-Währung«), Marktzeitung etc. decken lediglich die tatsächlich anfallenden Kosten.

Der Begriff »LETS« stammt übrigens aus England, wo sich diese Tausch- und Verrechnungssysteme bereits seit etlichen Jahren bewährt haben; »LETS« ist die Abkürzung für Loval Exchange Trading System, also lokales Tausch- und Handelssystem. In München existiert die LETS-Gruppe seit 1993.

Warum LETS?

Ökologie und Wirtschaft werden zunehmend unvereinbarer; der Wachstumszwang der Wirtschaft führt einerseits zu immer größerer ökologischer Belastung, gleichzeitig läßt unser Geldsystem die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden. Es dominiert unsinniger Binnenmarkt mit riesigen Transportwegen; kleinräumige, lokale Strukturen, Geschäfte, Firmen werden erdrückt und haben keine Chance mehr.

Es ist das Ziel von LETS, gerechten Austausch und nicht gegenseitige Ausbeutung zu fördern. LETS ist eine Art ökonomische Selbsthilfe – eine Börse zum Austausch von Dingen, Diensten und Talenten.

- LETS fördert soziale Kontakte im Wohnumfeld, Vertrauen, Unmittelbarkeit, Gemeinschaftssinn und Autonomie.
- LETS kann auch brachliegende Fähigkeiten wieder in Umlauf bringen; wer sich in LETS engagiert, kann Fähigkeiten einbringen, die auf dem »normalen« Markt keine Chance haben.
- LETS fördert das Nachdenken darüber, was »Wert« bedeutet, und welche Fähigkeiten wichtig und wertvoll sind – obwohl LETSWährung keinen monetären Wert hat, kann man mit ihr kaufen und verkaufen.
- LETS fördert Reparatur, Wiederverwendung und Recycling.

Wie funktioniert LETS?

Bei LETS verfügt jeder Teilnehmer über ein Konto. Die »Währungseinheit« heißt Kirchheimer, wobei zwanzig Kirchheimer den Wert von einer Stunde geleisteter Arbeit darstellen. Diese Währungseinheit dient lediglich zum Verrechnen der getauschten Leistungen und hat keinerlei Zusammenhang zur Landeswährung. Die Teilnehmer erfahren über eine Marktzeitung das Angebot der anderen Teilnehmer und können darin auch ihre Gesuche eintragen lassen. Die Tauschvorgänge werden über »LETSSchecks« der LETS-Zentrale mitgeteilt und dort auf den Konten verbucht.

Ein Beispiel: A schneidet B die Haare; das dauert eine halbe Stunde. B stellt A einen LETS-Scheck in Höhe von 10 Kirchheimer aus, den dieser bei der LETSZentrale einreicht. Daraufhin wird das Konto von B um 10 Kirchheimer erniedrigt, das Konto von A um 10 Kirchheimer erhöht. Mit seinem Guthaben kann A dann wieder von einem anderen Teilnehmer eine Dienstleistung in Anspruch nehmen usw.

Was kann mit LETS verrechnet/getauscht werden? Im Prinzip kann im LETS-System jede Dienstleistung und Ware zwischen den Teilnehmern getauscht / verrechnet werden; z.B. Kinderbetreuung, Reparaturen, PC-Beratung, Tapezieren, Lebensmittel usw.

Wie erfahre ich, wan im LETS-System getauscht wird? Monatlich erscheint die LETS-Marktzeitung, in der die aktuellen Angebote und Gesuche der Teilnehmer veröffentlicht werden; Sie können dann direkt telefonisch mit dem jeweiligen Teilnehmer in Kontakt treten. Die Marktzeitung erhalten LETS-Teilnehmer im LETS-Treffpunkt (Stadtcafe, Kurfürstenstr. 34) gegen einen kleinen Unkostenbeitrag. (Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 12-19 Uhr: So. 15-19 Uhr)

Wer kann bei LETS mitmachen?

- Jeder, der interessiert ist, eine neue Form des Austauschs mit seinen Mitmenschen auszuprobieren, außerhalb des üblichen Geldsystems
- Arbeitslose, die durch Einbringen ihrer Fähigkeiten und Talente ökonomische Vorteile und neue soziale Kontakte erschließen wollen
- Kleinbetriebe/Läden, die sich die Chancen von Erzeuger-/VerbraucherGemeinschaften erschließen wollen

Weitere Informationen über LETS erhalten Sie bei:
Elisabeth Hollerbach, Tel. 089 / 526892 (Mo. und Mi. 17-19 Uhr) oder 089 / 1504002
Robert Langer, Waisenhausstr. 48, 80637 München. Tel. 089 / 1573493

Regelmäßiges LETS-Info-Treffen:

Letzter Montag im Monat, 19.30 Uhr im Stadtcafe der Diakonie, Kurfürstenstr. 34, 80799 München. Hier können Sie TeilnehmerIn werden so wie Ihre Angebote und Nachfragen für die Marktzeitung mitteilen – und natürlich auch alle Fragen stellen, die Sie noch zum LETS-System haben! Außerdem findet jeweils am ersten Freitag Im Monat in der Seidivilla, Nikolaiplatz 1 b, um 19.30 Uhr das Schwabinger Stadtteiltreffen statt.●

Weitere LETS Gruppen im Münchner Umland:
LETS Isartal, T. 08178/3979 (Manon Baukhage)
LETS Fürstenfeldbruck, T. 08144/8275 (S. Franke)
PASST Fürstenried, T. 786145 (Margret Brümmer)
LETS Mammendorf, T. 08202/712 (Agnes Grimm)
LETS Puchheim, T. 807542 (Elisabeth Stecher)

EINLADUNG ZUR CONTRASTE-FÖRDERUNG

O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... DM pro Jahr.
(mindestens 120,– DM für Einzelpersonen, mindestens 300,– DM für juristische Personen)
O Schickt mir erst mal Eure Satzung.
O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

IM POSTFACH

Betr.: CONTRASTE Nr. 140, »Abschied von der Kollektivität«

Beim Lesen der Maiausgabe der CONTRASTE war ich nach dem Leitartikel »Abschied von der Kollektivität?« ziemlich irritiert.

Ich weiß nicht, was Peter von Rüden uns mit seinem Artikel gegen Kollektivität – für mehr Individualismus sagen will. Martin Buber's Verständnis von Kollektivität ist eine Geschichte – eine Analyse dogmatischer, kollektiver Staatsformen vor 50 Jahren. Eine völlig andere Geschichte ist die Entwicklung von kollektiven Gemeinschaftsprojekten seit den Sechzigerjahren. Ich konnte aus dem Artikel nicht herauslesen, von welcher Kollektivität denn nun die Rede ist. Eine Vermischung von beidem finde ich gefährlich; zumindest bedarf es einer ausführlichen Erläuterung, warum hier beides zusammengepackt wird.

Meine Wahrnehmung ist, daß Kommunen und Gemeinschaftsprojekte aus der linken Selbstverwaltungsszene gerade versuchen, ein undogmatisches Gemeinschaftsleben zu entwickeln, wo dem Individuum Entfaltungsmöglichkeiten geboten werden. Ich selbst lebe seit sieben Jahren in einem solchen Projekt (Kommune Niederkaufungen) und ich hatte noch nie das Gefühl, mich »einer Gruppenidentität unterordnen zu müssen«, wie du es beschreibst – obwohl wir mit 70 Menschen auf eine sehr umfassende und verbindliche Art zusammenleben.

Du sprichst von Selbstfindung und Verlust des Individuellen. Aber wie finden wir uns denn selbst? Die Psycho- und Esoterikwelle, von der du dich zaghaft abgrenzt, ist eine Möglichkeit – eine andere, die du überhaupt nicht in Betracht ziehst, ist das Leben in Gemeinschaften und Zusammenhängen, die dafür offen sind. Hier habe ich die ganz persönliche Erfahrung gemacht, daß ich mich im ständig verändernden Spiegelbild meiner Gemeinschaft immer wieder von neuen Seiten kennenlerne, meine Stärken zu schätzen lerne und meine Schwächen akzeptiere oder daran arbeite. Aus meiner Perspektive habe ich eher umgekehrt die Befürchtung, daß zu starke Konzentration auf Selbstfindung und individuelle Entwicklung einem sozialen und kollektiven Lebenssinn die Energie raubt.

Ich bin in der Öffentlichkeitsarbeit für Gemeinschaftsprojekte aktiv und stoße immer häufiger auf Menschen und Gruppen in Aufbruchstimmung, die das bürgerliche Leben satt haben und sich auf die Suche machen nach irgendeiner Form von Gemeinschaftsleben. Das Potential an Menschen ist wohl da – immer schwieriger werden aber hierzulande die Randbedingungen, um neue Projekte zu starten und auch damit zu bestehen – inmitten einer kapitalistischen Konsumgesellschaft mit all ihren ökonomischen und sozialen Zwängen.

Diesen Menschen, die sich für eine humanere Art des Zusammenlebens engagieren, sollte Unterstützung geboten werden – auch von einer »Monatszeitung für Selbstverwaltung«, anstatt eine (meiner Meinung nach) nicht existierende Endzeitstimmung zu publizieren, mit Zitaten, die nicht als solche gekennzeichnet sind, – und das im Leitartikel auf Seite 1.●

Peter Dangelmeyer, Kaufungen

ERSTE RUNDE ZUM BÜRGERBEGEHREN GEMEISTERT!

KOMM bleibt KOMM!

Gleich an die 14.000 Unterschriften zum angestrebten Bürgerentscheid konnte der Selbstverwaltungsverein des Nürnberger KOMM bereits Anfang Mai der Stadtverwaltung präsentieren – 8.000 mehr als zum Inkrafttreten eines zweimonatigen Moratoriums eigentlich benötigt wurden. Nun gilt es, rechtzeitig vor dem Sommerloch die insgesamt für die Volksbefragung erforderlichen 18.000 UnterzeichnerInnen komplett zu machen. Wir veröffentlichen einen Artikel der Erlanger Stadtzeitung »Was Lefft« zur Geschichte und zum aktuellen Hichhack ums KOMM...

Transparent im Jahr 1992 am KOMM: »Es ist wieder Polizei im Haus. Im Vorfeld des in München stattfindenden Weltwirtschaftsgipfels finden im KOMM Treffen der WWG-GegnerInnen statt. Das Innenministerium vermutet konspirative Absprachen, die der Störung des Gipfels dienen. Eine Veranstaltung wird von der Polizei aufgelöst. Die Autonomen reagieren auf ihre Weise ...« Aus: KOMM-Profil, 1996

Unheilvoll hängt seit den Kommunalwahlen im März ein schwarzes Loch über Franken. In Nürnberg droht es, zahlreiche Projekte und Einrichtungen – wie Aura, Parabol, Kunstverein, LGB, Desi – in den Weiten schwarzer Finsternis verschwinden zu lassen. Auf Platz Nummer 1 der von Kündigung, Mittelstreichung etc. betroffenen Einrichtungen liegt das KOMM. Unter der Parole »Contra KOMM, Pro Künstlerhaus« war die Nürnberger CSU bereits in den Wahlkampf gezogen. Unterstützung dieser Forderung erhielt sie von der örtlichen Neonaziszene, die mit Handzetteln und Plakaten für CSU-OBKandidat Ludwig Scholz die Werbetrommel rührte.

Für die CSU war und ist das KOMM eine Art Trauma. Seit 1973 hat sie immer wieder versucht, Haushaltskürzungen bzw. -streichung und die Abschaffung der Selbstverwaltung durchzusetzten. Nach ihrem Wahlerfolg sieht sie sich nun unmittelbar vor der Erfüllung eines alten Traums: eines »KOMMfreien Nürnbergs«.

Damit dieser Traum nicht Wirklichkeit wird, hat das KOMM zum »Kampf ums KOMM« aufgerufen. Als eine erste Maßnahme wird ein BürgerInnenbegehren zum Erhalt des KOMM's in Selbstverwaltung angestrebt.

Aus: KOMM-Profil

Wir berichten vom aktuellen Stand des BürgerInnenbegehrens, machen vorher jedoch noch einen Zeitsprung und blicken –auszugsweise – auf die »Geschichte« des KOMM's.

Kleine Historiographie

Der Streit ums KOMM ist so alt wie das KOMM selbst, nämlich mittlerweile 23 Jahre. Im Juli 1973 startete es auf die Initiative des damaligen Kulturreferenten Dr. Hermann Glaser mit einem Probelauf als ein »informelles, bürgerInnennahes Kulturzentrum«, ab März 1974 besteht es als selbstverwaltetes Kommunikationszentrum. Wechselhaft wie die Geschichte des KOMM ist schon die Geschichte des Gebäudes, in dem es sich befindet. 1910 als »Künstlerhaus« mit Ausstellungsräumen, Ateliers und Gesellschaftsräumen im Jugendstil erbaut, diente es nach 1933 als SA-Heim und nach 1945 als Club für US-Soldaten. In den 60er Jahren sollte es abgerissen werden, da nach mehreren Zwischennutzungsversuchen niemand das ruinöse Gebäude haben wollte. Mittlerweile steht es unter Denkmalsschutz und soll ab Mitte diesen Jahres bis Ende 1997 für ca. 12 Millionen Mark renoviert werden.

Von Anfang an war das KOMM vor allem wegen seiner linken bis linksradikalen Haltung umstritten. Die Tatsache, daß das KOMM nach außen eine »städtische Dienststelle« ist, nach innen aber selbstverwaltet arbeitet und Anspruch auf politische Autonomie erhebt, führte nicht nur zwischen dem KOMM und der Stadt Nürnberg zu Konflikten, sondern lieferte auch den Zündstoff für Auseinandersetzungen innerhalb des KOMM's.

1977, im Jahr des »Deutschen Herbstes« geriet das KOMM unter starken politischen Druck. Der KBW (Kommunistischer Bund West-Deutschland) hatte mit Flugblättern für ein »militantes« Sommerlager geworben und als Anmeldungsadresse das KOMM angegeben. Die Angelegenheit wurde bis auf die Ebene des Innenministeriums hochgespielt, letztlich gab das KOMM dem politischen Druck nach, die Vollversammlung schloß nach harten Diskussionen den KBW aus dem KOMM aus. Im Herbst des selben Jahres verbot das Kulturreferat der Stadt Nürnberg eine Veranstaltung zu Stammheim, die städtischen Zensoren drohten mit Kündigung.

1978 hielten die Alternativ- und die Anti-AKW-Bewegung Einzug ins KOMM, welches in Nürnberg zum wichtigsten Stützpunkt des Widerstands gegen die Atomtechnologie wurde. Auch die BürgerInneninitiative gegen die geplante WAA in Wackersdorf gründete sich im KOMM.

1979 hatte das KOMM ein politisches Highlight anderer Art: Die Junge Union beantragte den Festsaal für eine politische Veranstaltung mit Alfred Sauter, ihrem damaligen Landesvorsitzenden. Zu den selbstverständlich sowieso bestehenden inhaltlichen Vorbehalten führten die KOMMlerInnen auch rechtliche Gründe an, um der JU den Zutritt zu verweigern. Die JU klagte, erhielt vor dem Verwaltungsgericht in Ansbach Recht und hielt unter Polizeischutz und massiven Protesten ihre Veranstaltung ab.

Anfang der 80er Jahre entdeckte die neu entstandene Hausbesetzungsbewegung das KOMM für sich. Am 5. März 1981 zeigten Medienwerkstatt und Prolos (eine aus der Besetzungsbewegung hervorgegangene KOMM-Gruppe) einen Film über die Auseinandersetzungen zwischen holländischen HausbesetzerInnen und Polizei. Aus der Veranstaltung heraus zog eine Spontandemonstration durch die Nürnberger Innenstadt, Steine flogen, Scheiben klirrten. Das KOMM, wohin der Demozug zurückkehrte war innerhalb kürzester Zeit von Polizeikräften umstellt. Fast alle BesucherInnen, die sich im KOMM aufhielten, also auch viele, die an der Demo nicht teilgenommen hatten, wurden festgenommen, gegen 141 von ihnen wurde Haftbefehl erlassen. Bei diesen Verhaftungen handelte es sich um die bis dahin größte Massenverhaftung seit dem zweiten Weltkrieg! Der Hausbesetzungsbewegung tat all dies keinen Abbruch, aus ihr heraus organisierten sich mehrere autonome Gruppen, die den linken Flügel der Selbstverwaltung bildeten. Auseinandersetzungen zwischen ihnen und einer vom städtischen Sekretariat repräsentierten Gruppe um den Charakter der Selbstverwaltung führten dazu, daß die autonomen Gruppen aus der Selbstverwaltung austraten, das KOMM jedoch weiterhin besuchten. (Seit 1985 betreiben diese Gruppen oder Teile davon das Molotow, anfangs unabhängig von der Selbstverwaltung, mittlerweile wieder drin.)

1983 taten sich weiter Konflikte auf. Aus der Gruppe der Punks im KOMM hatte sich ein Teil abgespaltet und der Bewegung der Skinheads angeschlossen. Während die Hauptamtlichen des KOMM's auf Integration und Auseinandersetzung mit den Skins setzten, reagierten die antifaschistischen und autonomen Gruppen auf ihre Weise: »Nazis raus – aber nicht alle Skins sind Faschisten« – »Bandenkrieg findet nicht statt«. Da sie das Problem vor allem in der Abhängigkeit der Selbstverwaltung von der Stadt sahen, wurde eine Kampagne für ein »autonomes KOMM ohne Stadtaufsicht« gestartet. Höhepunkt der Kampagne war die Zumauerung des Sekretariats durch ein Kommando Durutti. (Schließlich wurde um die Selbstverwaltung zu stärken 1983 der KOMM e.V. gegründet. Die Verhandlungen mit der Stadt über den Vertrag, der den Verein als Mieter anerkennt, kam allerdings erst 1989 zum Abschluß.)

1985 wurde der vordere Bereich des KOMM's renoviert und seitdem von der Gruppe »Bildungsbereich« genützt. Wieder kam es zu Auseinandersetzungen zwischen der »Kulturfraktion« und der »Politfraktion«. Die Absicht der BildungsbereichlerInnen neue BesucherInnenschichten – also die »NormalbürgerInnen« – anzusprechen, zog erneut Debatten um die Zukunft des KOMM nach sich: Radikalität und Subkultur conta Kultur, wie sie eh schon in zahlreichen Einrichtungen angeboten wird.

Interne Diskussionen, Konflikte mit der Stadt Nürnberg und hin und wieder massives Polizeiaugebot blieben auch weiterhin für das KOMM bestimmend. 1988 wurde vom Oberbürgermeister, der damals noch Schönlein hieß, die Idee der Kulturmeile geboren, gegen die das KOMM nach wie vor sein Konzept der Subkultur setzt. Wenn auch manche Gruppen aus dem KOMM verschwunden sind und sich andere darin gefunden haben, blieb und bleibt das KOMM das Zentrum linker und alternativer Politik und Kultur für Nürnberg und die Region.

Momentan gibt es rund 35 Gruppen im KOMM, die sich grob in die drei Bereiche Politik, Handwerk und Kunst, Medien und Dienstleistung aufteilen lassen. Nach wie vor hängt das Überleben des KOMM's von der Zustimmung des Stadtrates ab. Eine voreingenommene Presse und konservative PolitikerInnen hetzen seit Jahren gegen das KOMM, das in seiner Buntheit, Chaotik, Selbstbestimmung und Radikalität nicht ins Schema paßt. Das Gelabere von »leeren Haushaltskassen«, das eh niemand mehr hören kann, stellt sich als ziemlich haltlos dar, wenn mensch bedenkt, daß eine KOMM-BesucherIn eine städtische Subventionierung von ca. 13 Mark erfährt, während bspw. eine SchauspielhausbesucherIn mit 400 Mark bedacht wird.

Das BürgerInnenbegehren

Da zu erwarten ist, daß sich die Herren und Damen der Nürnberger CSU nach der Konstituierung des neuen Stadtrats Anfang Mai sofort daran machen werden, ihre Ankündigungen in die Tat umzusetzen, hat die Selbstverwaltung des KOMM's beschlossen, ein BürgerInnenbegehren zu seiner Erhaltung durchzuführen. Das BürgerInnenbegehren muß von 18.000 NürnbergerInnen unterstützt werden, um einen BürgerInnenentscheid einzuleiten, bei dem dann die Mehrheit der abgegebenen Stimmen ausschlaggebend ist. Sollte es zu einem BürgerInnenentscheid kommen und dieser positiv fürs KOMM ausfallen, kann sich der Stadtrat zwar auf den Kopf stellen, die Entscheidung aber drei Jahre lang nicht kippen. Soweit ist's aber noch nicht und es werden noch massig Unterschriften benötigt. Sechstausend davon bereits bis zum 26. April, dem letzten Termin vor der konstituierenden Sitzung des neuen Stadtrates. Diese ersten sechstausend Unterschriften setzen im Stadtrat eine zweimonatige Sperrfrist in Kraft, in der Anträge, die das KOMM betreffen, nicht behandelt werden können. Zum Zeitpunkt unseres Redaktionsschlusses am 20. April waren es schon 4.500, und wir hoffen, daß sich die restlichen noch finden. Wer/welche sich bis dahin immer noch nicht eingetragen hat, sollte das schleunigst nachholen, die Listen liegen in etlichen Nürnberger Kneipen aus, außerdem hat das KOMM zur Koordinierung verschiedener Aktionen ein Kampagnenbüro eingerichtet, das wochentags zwischen 15.00 und 18.00 Uhr besetzt ist. Im Kampagnenbüro kann jedeR vorbeischauen, Unterschriftenlisten abholen bzw. volle zurückgeben, sich über den Stand der Dinge informieren oder eigene Ideen einbringen. Für Nicht-NürnbergerInnen gibt es Solidaritätslisten, die ebenfalls im Kampagnenbüro unterschrieben bzw. abgeholt werden können, was hoffentlich genauso massig geschieht, um die Unterstützung der nicht in Nürnberg wahlberechtigten KOMM-FreundInnen zum Ausdruck zu bringen.

Soweit zu den Technics, jetzt noch ein paar Worte zum BürgerInnenbegehren allgemein. Ursprünglich war es ja so, daß die CSU in Erwägung gezogen hat, parallel zum Wahlkampf das KOMM zum Thema eines kommunalen BürgerInnenentscheids zu machen. Dieser Erwägung ist das KOMM nun zuvorgekommen. Mensch fragt sich vielleicht, warum so ein Schritt unternommen wurde und ob dieser Schuß nicht auch nach hinten losgehen kann. Tatsache ist jedenfalls, daß durch die Aktion BürgerInnenbegehren das KOMM wieder mehr in die Öffentlichkeit gelangt, und zwar mit Inhalten, die es selbst festsetzt. Indem das KOMM selbst Initiatorin des BürgerInnenbegehrens ist, kann es viel offensiver nach außen treten, als wenn es sich gegen ein von Seiten der CSU eingeleitetes Begehren oder auch »nur« gegen deren Kündigungsund Verlegungspläne rechtfertigen und verteidigen muß. Das KOMM kann auf die Unterstützung zahlreicher anderer Nürnberger Projekte und Einrichtungen bauen, die es zum Teil selbst mit aus der Taufe gehoben hat, wie bspw. Radio Z oder den Plärrer. Auch Einrichtungen, die politisch und ideell vielleicht nicht die selben Positionen vertreten wie das KOMM, zeigen sich solidarisch. Ein fürs KOMM positiv ausfallender BürgerInnenentscheid – sollte er durchgezogen werden – setzt ein Zeichen gegen die Kahlschlagmentalität, von der ja nicht nur das KOMM betroffen ist. Dem KOMM selbst geht es nicht darum, lediglich sein eigenes Plätzchen im Trocknen zu sichern, sondern dafür zu kämpfen, daß auch die anderen politischen und sozio-kulturellen Projekte in dieser Stadt bestehen bleiben.●

Aus: Was Lefft Nr. 157 Mai/Juni 96

Für weitere Infos:
Kampagnenbüro im KOMM, Königsstr. 93, 90402 Nürnberg, Tel.: 0911/223647

NUR BEI GREENPEACE:

Sonnenstrom im Sonderangebot

Mit einem herbstlichen Coup betrat Greenpeace in Deutschland die Solarszene: Solaranlagen für's Eigenheim werden in Zukunft viel billiger sein, verkündete die Regenbogenfraktion und suchte Firmen, die zum Sondertarif liefern wollen. »Tragisch« meinen Profis aus der Branche – so manche beißen jedoch die Zähne zusammen und wagen es nicht, sich mit dem Goliath des Umweltschutzes anzulegen. Der nachfolgende Beitrag stammt aus der Luxemburger Ökologie-Zeitschrift »GrèngeSpoun«.

Greenpeace: »... wenn dieser Markt sich entwickelt, dann kann es sein, daß die größeren Firmen besser abschneiden. ... Das ist der ganz normale Marktmechanismus im Kapitalismus – da geht es der Photovoltaik wie anderen Branchen auch.«

DFS: »Greenpeace nimmt durch Preisdumping den Konkurs einer Vielzahl von Solarbetrieben billigend in Kauf«. ... »Von oben herunter wird jetzt ein Preis diktiert, den ein normaler Händler nich halten kann.«

Solaranlage der Firma Wagner & Co in Cölbe bei Marburg, die zu den Bedingungen von Greenpeace kein Angebot abgwben wollte...

Von Danièle Weber, Luxemburg ● »Cyrus« heißt das neue, voll standardisierte netzgekoppelte Solarsystem für's eigne Dach, hat eine Leistung von zwei Kilowatt, liefert halb so viel Strom, wie eine vierköpfige Familie in einem Jahr braucht, kostet rund 25.000 DM und ist von Greenpeace. Letzteres dürfte wohl ausschlaggebend dafür gewesen sein, daß sich innerhalb von nur fünf Monaten gleich 4.200 Kaufwillige für »Cyrus« gemeldet haben. Die deutsche Regenbogenfraktion kann stolz sein, denn von einer solch zahlreichen Kundschaft konnten die Solarfirmen, die bislang insgesamt in der BRD nur rund 1.000 Anlagen im Jahr verkauften, in Deutschland und sonstwo nur träumen.

Typisch Greenpeace

Der herbstliche Coup, mit dem die Umweltschutzorganisation in die Solarszene trat, war typisch »Greenpeace«. »Solaranlagen sind marktfähig« wurde klipp und klar der Presse verkündet und das Produkt »Cyrus« lanciert. Zwar gab es die neue Anlage noch nicht wirklich, den genauen Preis konnte Greenpeace aber schon nennen: Nur 22.000 ohne und 25.300 DM inklusive Mehrwertsteuer. In einer Studie hatte das Institut »Ludwig Bölkow Systemtechnik« für Greenpeace die Anlage vollständig bis hin zur Installation durchkalkuliert. Die Rechnung ging auf und heraus kam ein Betrag, der 40 Prozent unter dem zur Zeit auf dem Markt üblichen Preis liegt. Für dieses Sonderangebot suchte Greenpeace KäuferInnen und sammelte deren Unterschriften.

Gestärkt durch Tausende von solchen Kaufabsichtserklärungen machte die Organisation dann im Januar '96 den zweiten Schritt und fragte: »Wer will Cyrus herstellen?«. Interessierte Solarfirmen sollten schnell handeln und bis zum 15. Februar ein Angebot bei Greenpeace einreichen.

Diese Vorgehensweise war nicht neu und immerhin hatte sie sich schon bewährt, als es darum ging, einen FCKW-freien Kühlschrank auf den zuvor unflexiblen Markt zu bringen. Jan Rispens, einer der Hauptverantwortlichen für die Greenpeace-Solarkampagne erklärt, was seine Organisation dazu bewogen hat, wieder einmal zu diesem Mittel zu greifen: »Wir wollen vor allem die Solarzene erweitern, den Markt ausbauen – Photovoltaik darf keine Nischenbranche mehr bleiben«. Mit der Kampagne habe Greenpeace gezeigt, daß es entgegen bisherigen Behauptungen ein großes Interesse für Solaranlagen in der Bevölkerung gibt. Zum anderen zeige die Entwicklung von Cyrus, daß das Produkt bei entsprechender Rationalisierung und größeren Verkaufszahlen auch marktfähig sei (siehe auch untenstehendes Interview).

»Die Kampagne ist ein Pilotprojekt«, sagt Rispens, »wir werden Erfahrungen sammeln und dann entscheiden, wie wir europaweit vorgehen«. Ende März legte Greenpeace jetzt die Auswertung der 45 eingereichten Angebote für »Cyrus« vor und gab die fünf Firmen bekannt, die den Greenpeace-Anforderungen gerecht werden. Beurteilt wurde nach Kriterien wie: Technische Qualität, Preis-Leistungs-Verhältnis sowie Umwelt- und Standortsgesichtspunkte. Greenpeace wird nun die Kontaktadressen der fünf Firmen an die Kunden weitergeben.

Massive Kritik an der Vorgehensweise der Umweltschutzorganisation übte unterdessen der »Deutsche Fachverband Solarenergie« (DFS) und warf Greenpeace vor durch »Preisdumping den Konkurs einer Vielzahl von Solarbetrieben billigend in Kauf zu nehmen«. Greenpeace-Preise für Solaranlagen seien vielleicht in einigen Jahren möglich, heute aber vollkommen unrealistisch, wenn ein Solarbetrieb Wert auf eine seriöse und solide Beratung lege.

Kritik vom Fachverband

Als grundsätzlich problematisch bezeichnet Gerhard Stryi-Hipp vom DFS die Tatsache, daß Greenpeace eigenmächtig mit diesem sehr günstigen Angebot an die Öffentlichkeit gegangen ist. »Von oben herunter wird jetzt ein Preis diktiert, den ein normaler Händler nicht halten kann«, sagt Stryi-Hipp gegenüber der Luxemburger Zeitschrift »GrèngeSpoun«. Daß Greenpeace das kann, das liegt für Gerhard Stryi-Hipp an den anderen Ausgangsbedingungen: Die Kundschaft ist schon da, das heißt Werbung und Beratung schlagen nicht negativ zu Buche. Dazu ist Stryi-Hipp davon überzeugt, daß ein Teil der 4.000 von Greenpeace angeheuerten KundInnen bereits das Beratungsangebot der bestehenden Solarfirmen in Anspruch genommen hat – und zwar kostenlos. »Unter diesen Voraussetzungen läßt sich dieser niedrige Preis realisieren«, räumt Stryi-Hipp ein, »doch das ist letztendlich auch kein Kunstwerk.« Der gewünschte Schub am Markt wird jedoch ausbleiben, denn »wenn die Aktion zuende ist und Greenpeace sich zurückzieht, dann kann der Preis auch nicht länger gehalten werden«.

Seit Beginn der Greenpeace-Kampagne habe eine große Anzahl von Händlern massive Rückgänge zu verzeichnen. Und das bezeichnet der Vorsitzende des Fachverbandes als »tragisch«, zumal in der Branche ohnehin eng kalkuliert werde und die meisten Solarunternehmen mit großem Idealismus ans Werk gingen.

Daß letztendlich das Ziel von Greenpeace und den engagierten Solarbetrieben dasselbe ist, davon ist auch Stryi-Hipp überzeugt. »Wir haben versucht, mit Greenpeace ins Gespräch zu kommen und unsere Vorstellungen in die Kampagne mit einzubringen«, erklärt Stryi-Hipp. Gefordert wurde vom DFS, der die Mehrzahl der deutschen Solarbetrieben vertritt, das vorgeschlagene Billigangebot zurückzuziehen. Greenpeace blieb jedoch stur und konfrontierte die Solarbranche stattdessen mit KäuferInnen und Produzenten für die 25.000 DM-Anlage.

Daß unter den fünf Auserwählten gleich zwei Mitglieder des DFS dabei sind, damit hat der Fachverband keine Probleme. Die lockere Struktur erfordere kein einheitliches Vorgehen, letztendlich sei es niemandem zu verdenken beim Greenpeace-Projekt dabeisein zu wollen. Die Bewertung, daß Greenpeace mit seiner Kampagne den falschen Weg eingeschlagen habe, war innerhalb des Verbandes unumstritten. Die Konsequenz darüber, wie jetzt damit umgegangen werden soll, allerdings nicht. »Sich dann doch ganz rauszuhalten, das kann man nicht verlangen«, meint Stryi-Hipp abschließend.

BEI GREENPEACE NACHGEFRAGT:

»So viele Solaranlagen wie möglich auf die Dächer«

Ein Gespräch mit Jan Rispens, zuständig für die Greenpeace-Solar-Kampagne.

Was ist das Besondere an »Cyrus«?

Das Besondere ist eigentlich das ganz Normale daran: die Solaranlage ist völlig standardisiert, sie muß nicht erst auf das jeweilige Haus angepaßt werden. Außergewöhnlich ist natürlich auch der Preis: »Cyrus« ist rund 30-40 Prozent billiger als vergleichbare Anlagen auf dem Markt.

Wie kam es dazu, daß Greenpeace und nicht die Solarindustrie herausgefunden hat, wie diese Anlagen billiger zu produzieren sind?

Unsere Berechnungen basieren auf einer völlig rationalisierten Produktionsweise. Wichtig für eine Preisreduzierung ist natürlich die größere Zahl der Kunden. Die Standardisierung ist, durch den erheblich geringeren Aufwand, ebenfalls ein Mittel um Kosten einzusparen. Darüber hinaus treten wir dafür ein, daß Vertrieb und Installation keine Ingenieursarbeit mehr sind –auch das wird billiger.

Der »Deutsche Fachverband Solarenergie« (DFS) kritisiert »Cyrus« und redet von dumping und daraus resultierendem Konkurs einiger Solarbetriebe. Eigentlich kann das doch nicht im Sinne von Greenpeace sein?

Das ist auch nicht unser Ziel. Unser Anliegen ist es eindeutig, so viele Solaranlagen wie möglich auf die Dächer zu bekommen. Damit die Photovoltaik einen Beitrag zur Entlastung der Umwelt leisten kann. Zur Zeit stellt diese Branche einen sehr sehr kleinen Nischenmarkt dar. Ein bißchen ketzerisch könnte man sagen: Die Solarenergie ist hierzulande das Hobby einer bestimmten Ökoszene. Wir sollten jedoch so weit kommen, daß der ganz normale Bundes- und europäische Bürger Photovoltaik akzeptiert und auch kauft. Und genau das wollen wir erreichen.

Auch wenn dabei Solar-Firmen pleite gehen?

Es geht darum, durch gute Öffentlichkeitsarbeit viel mehr Anlagen verkaufen zu können. Wir reden jetzt über 4.000 Anlagen, das ist ein Vielfaches von dem, was bisher in der Bundesrepublik installiert wurde. Wenn dann die Gewinne pro Anlage für die Firmen zurückgehen, dann muß das nicht bedeuten, daß sie insgesamt schlechter wegkommen.

Kleinere Unternehmen hätten jedoch wahrscheinlich weniger Chancen.

Sicher, wenn dieser Markt sich entwickelt, dann kann es sein, daß die größeren Firmen besser abschneiden. Sollte dieser Effekt auftreten, müssen wir damit leben. Das ist der ganz normale Marktmechanismus im Kapitalismus – da geht es der Photovoltaik wie anderen Branchen auch.

Greenpeace greift jedoch in diesen Markt ein, wählt Firmen aus und stellt die Verbindung zu Kunden her. Wird diese Rolle nicht in Frage gestellt?

So stimmt das nicht. Es stand schließlich allen Firmen frei, Angebote an uns zu richten, das haben ja auch 45 Betriebe getan. Wir haben die Firmen ausgewählt, die unseren Kriterien standhalten. Jetzt werden wir den 4.000 Kunden mitteilen, welche fünf Firmen das sind. Die Entscheidung, bei wem die Anlage dann letztendlich gekauft wird, liegt bei den Käufern. Wir machen da keine Vorgaben.

Wird mit diesem Standardmodell »Cyrus« nicht auch die individuelle Kreativität der Firmen gehemmt?

Stellen Sie sich die Frage auch, wenn sie zu einem Autohändler kommen? Sind die Autofirmen etwa in ihrer Kreativität gehemmt, weil sie das zu verkaufende Auto nicht auf den jeweiligen Kunden abstimmen? Es gibt viele Automodelle und »Cyrus« ist nur ein Solarsystem von vielen. Man kann auch andere entwickeln.

Was ist, wenn nun noch andere Firmen ebenfalls die von Greenpeace aufgestellten Kriterien erfüllen würden?

Wenn es neue Entwicklungen auf dem Markt gibt, müssen wir uns natürlich überlegen, wie wir damit umgehen. Wir hatten in diesem Fall die Firmen ganz klar dazu aufgefordert, sich bis zum 15. Februar zu melden. Mehr können wir zunächst einmal nicht tun.●

Interview Danièle Weber

Knappe Kalkulation...

Georg Salvamoser ist mit seiner Firma »Solar-Energie-Systeme« in Freiburg einer der fünf Glücklichen, die von Greenpeace auserwählt wurden. Gegenüber dem »GrèngeSpoun« erklärte er, wie es möglich war, plötzlich günstiger zu produzieren: »Bei der Preisgestaltung sind wir zum einen natürlich von Greenpeace gewissermaßen genötigt worden, ein günstigeres Angebot zu machen. Zum anderen haben wir eben eine gewisse Verkaufsmenge unterstellt«.

Fortsetzung nächste Seite

FORTSETZUNG VON SEITE 4

Basis der Berechnungen waren 400 Kunden. Wenn es weniger werden, »dann habe ich mit Zitronen gehandelt« meint Salvamoser. Dabei ist das nicht so unwahrscheinlich, denn immerhin hat die Freiburger Firma mit 29.675 DM das teuerste Angebot für »Cyrus« eingereicht. Nur so könne jedoch zugesichert werden, daß der Service, etwa die Wartung der Anlagen, nicht unter dem niedrigeren Preis leide. »Wir haben ein solides und seriöses Angebot formuliert, das eine Leistung ohne Qualitätseinbußen garantiert«, sagt Salvamoser und verspricht, daß sein Unternehmen dieses Angebot auch »durchstehen« wird.

Wo genau eingespart wurde kann Salvamoser nicht sagen, »das geht eigentlich über das gesamte Angebot«. Salvamoser, dessen Firma dem DFS angehört und bereits das StadionnDach des FußballnBundesligisten SC Freiburg mit Solaranlagen bestückte, hat selbst wegen »Cyrus« Einbußen hinnehmen müssen. Nachdem Greenpeace die »neuen« Preise angekündigt hatte, wurde von der Freibuger Firma keine Anlage mehr verkauft. Schon alleine deswegen ist er nicht frei von Kritik an der Greenpeace-Kampagne. Insgesamt sieht der Firmenchef das Ganze jedoch als positiv an: »Das Ziel, das Greenpeace hat, ist zweifellos lobens- und unterstützenswert«. Mittel- und langfristig wird, so Salvamoser, die Kampagne auch ein Erfolg sein. Und daran will auch seine Firma teilhaben –Salvamoser hofft, daß nach vier Monate Flaute »das jetzt ein Ende haben wird«.

Vielleicht ist das Freiburger Unternehmen auch deswegen in den erlesenen Kreis der »Greenpeace-Gewählten« aufgenommen worden, weil es in Kürze in die Produktion von Solarmodulen einsteigen will. Unabhängig von »Cyrus« und lange bevor die Greenpeace-Kampagne eingeläutet wurde, hat Salvamoser sich zu diesem Schritt entschieden. Als weiteres Ziel der Solarkampagne hatte Greenpeace nämlich angekündigt, die Produktion von Solarmodulen auf deutschem Boden wieder ankurbeln zu wollen.

... doch dabei sein muß sein!

Eines der günstigsten Angebote reichte die Staffelsteiner Firma IBC-Solartechnik ein und konnte die Greenpeace-Kriterien erfüllen. Das Unternehmen, das über mehr als 250 Handelspartner verfügt, begründet die Preisreduzierung unter anderem durch günstige Solarmodule. »Unabhängig von der »Cyrus«-Kampagne wären die Anlagenpreise aufgrund der veränderten Systemtechnik ohnehin günstiger geworden«, sagt Christian Lieberth von IBC, »jedoch in keinem Fall in dem Umfang, der jetzt durch Greenpeace vorgegeben wurde«.

In der Kalkulation für die Cyrus-Anlage sei vor allem erheblich weniger Beratungsn und Serviceaufwand begriffen als sonst üblich, so Lieberth, der jedoch darauf hinweist, daß »Cyrus« eine Standardanlage ist. Ein großer Teil der Dienstleistungen wurde neben der Handelsspanne von Greenpeace »herausgerechnet« und das empfindet auch Lieberth als »problematisch«. »Der von Greenpeace vorgegebene Preis ist nur unter bestimmten Voraussetzungen umzusetzen«, sagt Lieberth und bezeichnet die zu Grunde liegende Greenpeace-Studie in ihren Berechnungen als falsch. Es hänge viel davon ab, wie viele von den 4.000 KundInnen tatsächlich eine Cyrus-Anlage kaufen werden. Mindestens hundert müssen es bei IBC sein, sonst stimmt die Rechnung nicht. Christian Lieberth räumt ein, daß seine Firma am Anfang nicht »wahnsinnig glücklich« über das Greenpeace-Vorgehen war und vor allem bedauert, daß im Vorfeld keine Gespräche liefen. Mitmachen wollten die Staffelsteiner trotzdem und bisher habe sich die Kampagne bei IBC nicht negativ ausgewirkt. Man hoffe nun auf den Ausbau des Marktes, darauf, daß in Zukunft mehr verkauft wird.

»Wir erwarten, daß Greenpeace sein Versprechen einhalten wird und sich weiterhin in diesem Gebiet einsetzen wird,« sagt Lieberth und setzt ebenfalls auf Greenpeace, wenn es darum geht, für öffentliche Förderungsgelder einzutreten. Inzwischen heißt die Devise: wer realistisch ist, muß etwas wagen – denn es sei wohl illusorisch gewesen zu meinen, Greenpeace würde seine Kampagne stoppen – schließlich habe auch Shell es nicht geschafft, sich gegen Greenpeace zu stellen, so Lieberth und fügt hinzu: »Es hätte der Branche mehr geschadet, sich gegen das Projekt zu stellen, als zu versuchen, das Ganze in eine bestimmte Richtung zu lenken«.

Firmen, die sich grundsätzlich nicht den Greenpeace-Vorgaben beugen wollten und auf ein Angebot verzichteten, gibt es allerdings auch. Der selbstverwaltete Betrieb Wagner & Co ist seit 15 Jahren im Geschäft und überzeugt, daß Greenpeace für die Solarbranche den falschen Weg eingeschlagen hat. Für Thomas Payer, Mitarbeiter bei Wagner & Co ist die Greenpeace-Kampagne ein »Rückschlag für die Photovoltaik-Branche«, der die positiven Entwicklungen der letzten Jahre in Frage stellt (siehe auch nebenstehendes Interview). Gerade jetzt seien entscheidende Fortschritte gemacht worden, die Branche zu professionalisieren und Solaranlagen breiter anbieten zu können.

Solarstrom um jeden Preis?

Diese Meinung wird von Greenpeace ganz und gar nicht geteilt. Greenpeaceler Rispens redet stattdessen von einer geheimnisumwobenen Nischen-Branche, der eine Art »Schwarze Magie« anhaftet. Nicht aufwendige Anpassungen auf die individuellen Bedürfnisse der einzelnen Kunden seien angesagt, sondern standardisierte »Komplettpakete«, mit denen möglichst viele etwas anfangen können. Eine Umstrukturierung des Marktes, bei der kleine Firmen auf der Strecke bleiben, muß dabei notfalls in Kauf genommen werden, so Greenpeace.

Vertauschte Rollen? Der »David«, der gern mit Schlauchbooten gegen »Goliathe« wie Shell auftritt, um den ungleichen Kampf zu unterstreichen, zeigt sich hier einmal anders. Mehr Sonnenkraft für alle – möglichst billig, aber ansonsten um jeden Preis? A propos Preis: Für Cyrus-Strom muß heute immer noch gut dreimal soviel auf den Tisch gelegt werden, als für den Strom, der ohne Solaranlage aus jeder Steckdose kommt. »Die Leute, die jetzt so eine Anlage kaufen wollen, überlegen nicht, ob es sich rentiert, sondern wollen persönlich etwas für die Umwelt tun«, sagt Jan Rispens. Zur gefragten Geldbeutelgröße gehört also bei der Solarkundschaft nach wie vor Engagement und ein Hauch Idealismus. Bei vielen Solarbetrieben sind ebenfalls noch Spuren solcher Motivationen vorhanden – und eigentlich hat vor allem der Einsatz einzelner Kleinbetriebe die Entwicklungen in Sachen Nutzbarkeit der Sonnenenergie vorangetrieben. Die Gegner und Bremser kamen vor allem aus den großen Energiekonzernen. Wer jetzt allerdings in der Après-Cyrus-Ära das große Geschäft mit Solaranlagen machen wird, das wird sich zeigen. Der Markt wird's wohl regeln.●

AUS DER SICHT EINES SOLARUNTERNEHMENS:

»Ein Rückschlag für die Photovoltaik-Branche«

Thomas Payer, Projektingenieur im Bereich Photovoltaik der selbstverwalteten Firma Wagner & Co über die Auswirkungen der Greenpeace-Kampagne.

»Solardach 2000«, Wagner & Co

Wie bewerten Sie die Greenpeace-Solaranlage »Cyrus«?

Die Studie, auf die sich Greenpeace für seine Kampagne stützt, beinhaltet technische und preisliche Überlegungen. Mit dem ersten Teil kann ich mich weitgehend identifizieren, das können sicherlich die meisten Anbieter von Solaranlagen. Mit den Preisberechnungen bin ich allerdings gar nicht einverstanden.

Wieso?

In anderen Branchen liegt in der Regel das Verhältnis von Produktionskosten und Endpreis in etwa bei eins zu drei – das war bisher im Photovoltaikbereich leider nicht so, ist aber eigentlich notwendig, wenn das Zusammenspiel zwischen Herstellern, Groß- und Einzelhändlern funktionieren soll. In der Greenpeace-Studie werden ganz einfach Herstellungskosten und Verkaufspreis auf eine Stufe gestellt, die zwischengeschaltete Handelskette wird nicht berücksichtigt. Das Projekt kann also nur funktionieren, wenn es einen Hersteller gibt, der die Anlage produziert, sie dann selbst einbaut und danach niemals Komplikationen auftreten.

Es wurden auch nicht, wie von Greenpeace behauptet, die Produktionskosten verringert. Aus den Unterlagen geht deutlich hervor, daß »Cyrus« in der Herstellung eigentlich genauso viel kostet wie vergleichbare Anlagen.

Greenpeace begründet die Kosteneinsparungen unter anderem dadurch, daß die Installation keine Arbeit für IngenieurInnen sein muß.

Das ist ohnehin schon lange nicht mehr der Fall, die Installation ist eine Handwerksleistung wie bei Heizungs-oder Elektroanlagen. Besonders wichtig bei Solaranlagen ist die Serviceleistung nach dem Einbau. Wir müssen bedenken, daß erst 1989 die ersten netzgekoppelten Solarstromanlagen installiert worden sind und somit die langjährige Erfahrung auf diesem Gebiet fehlt.

Ein weiteres Argument von Greenpeace zur Preisreduzierung ist die Standardisierung der Anlage, die keiner individuellen Kundenanpassung mehr bedarf.

Auch das ist nicht neu. Die Standardisierung solcher Anlagen ist schon weitgehend realisiert. Wir bauen im Jahr etwa 50 Anlagen bei Kunden ein, mehrere hundert vertreiben wir an unser Händlernetz. Von diesen Anlagen sind 80 bis 90 Prozent Standardanfertigungen. Der Rest wird auf besondere Installationsbedingungen, etwa die Dachform, angepaßt.

Was kostet denn so eine Anlage bei Ihnen?

Bis zu dem Zeitpunkt, als Greenpeace diese Kampagne gestartet hat, kostete eine vergleichbare Anlage wie »Cyrus« etwa 35.000 DM.

Es haben sich jetzt Firmen gemeldet, die zu dem Preis von 25.000 DM produzieren wollen...

Diese Firmen verkaufen zu diesem Preis, die Produktion wird meiner Meinung nach, wie schon gesagt genau so viel kosten wie vorher auch. Wie diese Firmen das jetzt machen wollen, ist mir nicht klar. Ich nehme an, sie werden die Handelsspanne nahezu gegen null reduzieren.

Haben Sie über ein Angebot für Cyrus nachgedacht?

Wir wollten unter diesen Bedingungen kein Angebot machen. Die Photovoltaik-Branche hat sich in den letzten drei bis vier Jahren stetig entwickelt, da ist know-how transferiert worden, es ist eine Infrastruktur entstanden, um auf breiter Basis Solarsysteme anbieten zu können. Das alles ist jetzt in Frage gestellt, wenn Anlagen zu solch niedrigen Preisen auf den Markt kommen.

Greenpeace bezeichnet die Branche als Ökospielwiese.

Das sehe ich ganz und gar nicht so. Meiner Ansicht nach ist Greenpeace seinerseits nicht sehr professionell an diese Kampagne herangegangen. Wenn man als Umweltschutzorganisation, deren angestammtes Gebiet die Solarenergie nicht unbedingt ist, das Feld betritt, sollte man meiner Ansicht nach auch mit Vertretern des bestehenden Marktes reden. Eine theoretische Studie reicht hier nicht aus.

Kann die Greenpeace-Kampagne den Solarmarkt denn nicht auch ankurbeln?

Wir bewerten das Ganze eher als Rückschlag. Zunächst ist alles auf diese fünf Firmen, die jetzt zu den günstigen Preisen verkaufen wollen, konzentriert.

Immerhin hat es Greenpeace geschafft, innerhalb von fünf Monaten über 4.000 InteressentInnen aufzutreiben. Das ist doch positiv?

Ja, und ich selbst war bisher auch eher begeistert von anderen Greenpeace-Aktionen. In diesem Fall nicht. Greenpeace hat zweifellos große Möglichkeiten in bezug auf Öffentlichkeitsarbeit und beispielgebendem Organ, sie wurden hier ja auch genutzt. Leider entsteht jedoch nicht der gewünschte Synergie-Effekt mit der bestehenden Photovoltaikindustrie. Im Gegenteil: Die Aktion ist unkoordiniert und schafft auf beiden Seiten Unmut und Unzufriedenheit. Mich persönlich ärgert vor allem folgendes: Greenpeace startet diese Kampagne, mischt dabei den gesamten Markt auf und zieht sich dann zurück. Hinterher sitzen die, die sich schon jahrelang auf dem Gebiet der Solarenergie engagiert haben, mit dem Scherbenhaufen da.

Gab es Gespräche mit Greenpeace?

Ende vergangenen Jahres wurde das mehrmals versucht, doch Greenpeace zeigte sich wenig flexibel.

Wird »Wagner & Co« durch die Greenpeace-Kampagne Nachteile haben?

Davon gehe ich aus.

Wie werden Sie damit umgehen?

Wenn man in einem Sektor arbeitet, in dem man seine Kosten nicht decken kann, dann muß dieser Teil reduziert werden und man muß auf andere Bereiche ausweichen. Das würden wir sicher bedauern – wir werden in den nächsten Monaten feststellen, wie stark die Auswirkungen der Greenpeace-Kampagne für uns sein werden.●

Interview Danièle Weber

Anzeige

AKP

Alternative Kommunal Politik

▪ Wenn mensch für alle Gebiete der Kommunalpolitik kompetente Einführungen sucht,
▪ wenn die wichtigsten Konzepte, Programme und Debatten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den zahlreichen Politikfeldern rund ums Rathaus gefragt sind,
... tja, dann gibts' nur eins — sich aus der reichhaltigen Angebotspalette der AKP zu bedienen.

Erstens: Unser «Handbuch für alternative Kommunalpolitik» bietet mit 45 Kapitel, die von über 50 Fachleuten aus allen Gebieten der Kommunalpolitik geschrieben wurden, so allerhand Wissenswertes. Das engbedruckte, 415 Seiten dicke Werk verkaufen wir konkurrenzlos preiswert für nur 45 DM (zzgl. 4 DM Porto), weil wir wollen, daß möglichst viele Verantwortliche in den Rathäusern damit arbeiten.

Zweitens: Wer die «Alternative Kommunalpolitik» (AKP) — die seit 17 Jahren erscheinende Fachzeitschrift der Grünen für "Kommunalas/Kommunalos" — noch nicht kennt, sollte Asche auf sein Haupt streuen, Buße tun und ganz, ganz schnell ein kostenloses Probeheft ordern. Die AKP erscheint 6 mal im Jahr mit jeweils 68 Seiten und kostet im Abo 66 DM.

Drittens: Wer noch gezielter informiert werden möchte, z.B. über weitere Fachbücher aus unserem Hause, Sonderhefte oder Themenpakete, sollte einfach den aktuellen Gesamtkatalog anfordern und einen Blick hineinwerfen.

Bestelladresse:
AKP-Redaktion und Vertrieb
Luisenstraße 40
33602 Bielefeld
Tel.: 0521/177517, Fax: 0521/177568

Fachzeitschrift für alternative Kommunalpolitik

GLOBALISIERUNG

D Pleite?

Das Ende der Nationalökonomie

Die ökonomische Wissenschaft befindet sich in einer tiefen Krise. Denn ihre Begriffe stimmen nicht mehr mit der Realität überein. Schon der Name der Disziplin sagt es: »Volkswirtschaftslehre« oder »Nationalökonomie«. Das war einmal. »Globalisierung« heißt das Stichwort heute: Globalisierung der Märkte, des Geldes, der Arbeit. Gewiß, einen Weltmarkt gibt es schon seit dem 16. Jahrhundert. Dennoch wuchs die moderne Marktwirtschaft zunächst vor allem in den Funktionsraum der »Nationen« hinein, die ein Produkt des 18. Jahrhunderts waren: auf der Basis eines kohärenten nationalen Kapitalstocks entstanden Nationalstaaten mit nationalen Systemen des Rechts, der Infrastruktur usw. Der Weltmarkt war »Außenhandel« und beschränkte sich auf eine sekundäre Ebene. Und dieser Prozeß der Herausbildung von immer neuen Nationen und Nationalökonomien zog sich bis tief ins 20. Jahrhundert hinein.

Von Robert Kurz, Nürnberg

Obwohl alle unsere gesellschaftlichen Ideen und sogar die »politischen Gefühle« immer noch auf den historischen Raum der Nation bezogen sind, gehört diese Welt zumindest im ökonomischen Sinne schon der Vergangenheit an. Mit atemberaubender Geschwindigkeit ist seit den 80er Jahren unter unseren Augen ein neues Bezugssystem in Erscheinung getreten. Satelliten und Mikroelektronik, neue Kommunikations- und Transport-Technologie, nicht zuletzt billige Energie machten es möglich: jenseits der alten Nationalökonomien entsteht ein einziger globaler Supermarkt. Alles wird jederzeit und überall gehandelt: die Schulden der Dritten Welt (Brady-Bonds), Autoteile, billige Arbeit, menschliche Organe. Die Globalisierung hat neue Fakten geschaffen, aber die ökonomische Wissenschaft ebenso wie die Politik sind auf ihren alten Begriffen und Theorien sitzengeblieben: eine »Weltwirtschaftslehre« oder »Globalökonomie« gibt es an den Universitäten nicht.

Was hat sich eigentlich grundsätzlich geändert? Der Weltmarkt ist bis tief in die Eingeweide der alten Nationalökonomien vorgedrungen, seine Zunge leckt gewissermaßen bis in das letzte Dorf am Rande der Welt. Schon seit Beginn des 20. Jahrhunderts wurde der Export von Waren zunehmend durch den Export von Kapital erweitert. Ford exportierte nicht mehr nur Autos aus den USA nach Deutschland, sondern baute in Deutschland eine Fabrik für den deutschen Markt. Umgekehrt investierte Volkswagen in den USA, um den dortigen Markt zu beliefern. So entstanden multinationale Konzerne, aber die Kohärenz der Nationalökonomien wurde dadurch noch nicht in Frage gestellt. Dies geschah erst durch die neue Qualität der mikroelektronischen Revolution: jetzt können sowohl monetäre Transaktionen als auch materielle Produktionsprozesse global zerlegt werden.

Mikroelektronik löst Kohärenz der Nationalökonomie

In Form der Euro-Geldmärkte hat sich das Kreditsystem von der Kontrolle der nationalen Notenbanken emanzipiert. Ein deutscher Spekulant kann in Japan mit Dollars operieren; Kredite in DM können in den USA von einer japanischen Firma aufgenommen werden. Dasselbe gilt in der Produktion: für ein Produkt, das von einer deutschen Firma auf dem deutschen Markt verkauft wird, können die Teile in England und Brasilien vorproduziert, in Hongkong montiert und das Resultat aus der Karibik expediert werden. Schon seit den 60er Jahren expandiert der Welthandel stärker als die Weltproduktion, und die scheinbare Verselbständigung des Handels hat sich in den 80er Jahren noch einmal beschleunigt. Dieses Phänomen ist ein Ergebnis der Globalisierung: so erscheint z.B. die Produktion japanischer »Schraubenzieher-Fabriken« in Lateinamerika und Europa, die nur vorgefertigte Komponenten zusammensetzen und deren »Local Content« minimal ist, als Export Mexikos in die USA oder als Export Englands nach Spanien. Tatsächlich haben wir es dabei nicht mehr mit dem Export und Import von Konsum- und Investitionsgütern zwischen verschiedenen Nationalökonomien zu tun, sondern mit einer neuartigen Arbeitsteilung innerhalb von multinationalen Konzernen oder internationalen Verbund-Systemen quer zu den bisherigen Nationalökonomien.

Die Aufteilung der produktiven Funktionen ist nicht mehr betriebswirtschaftlich auf einen Ort konzentriert, sondern umgekehrt zerstreut sich die Betriebswirtschaft eines Unternehmens über Länder und Kontinente. Alle Komponenten des Produktionsprozesses und des Finanzsystems vagabundieren über den Globus. Auch die Absatzmärkte sind über die ganze Erde verstreut, denn je stärker die kapitalintensiven High-tech-Investitionen werden und je mehr die Rationalisierung durch »Lean Production« voranschreitet, desto wertloser wird die menschliche Arbeitskraft, desto größer die Arbeitslosigkeit und desto geringer die national konzentrierte Kaufkraft. Die Konkurrenz zwingt also sowohl zum globalen Marketing also auch zum »Global Outsourcing«, immer auf der Suche nach niedrigen Kosten und hohen Verkaufszahlen – egal in welchen Regionen der Welt. Das deutsche Fachmagazin »Wirtschaftswoche« hat dazu die Parole ausgegeben: »Produzieren, wo die Löhne niedrig, forschen, wo die Gesetze großzügig sind, Gewinne dort ausweisen, wo wenig Steuern anfallen«.

Bald über 1 Viertel der deutschen Wirtschaft globalisiert

Auf diese Weise verwandeln sich sogar die Manager mittelgroßer Unternehmen allmählich in »Global Players«. Das betriebswirtschaftliche Kapital ist nicht mehr Teil eines nationalen Kapitalstocks, sondern internationalisiert sich. Wir stehen erst am Anfang dieser Entwicklung. Nach Angaben der Beratungsfirma McKinsey sind bis jetzt ca. 5 Prozent des »deutschen« Kapitals globalisiert, es sollen aber schon bald 25 bis 30 Prozent sein. Damit verändert sich auch die strategische Orientierung. Betriebswirtschaftliche und nationale Loyalität fallen auseinander. Es gibt keine nationalen Entwicklungs- und Wirtschafts-Strategien mehr. Der Vorstand der deutschen Siemens-AG tagte kürzlich demonstrativ in Singapur, und die neueste Chip-Generation von Siemens wird nicht wie ursprünglich geplant im ostdeutschen Dresden, sondern in Schottland produziert. Die Deutsche Bank-AG verlegte zum Ärger der deutschen Bundesbank ihre Investment-Abteilung von Frankfurt nach London. Mercedes-Benz gibt seine Bilanz nicht mehr in Stuttgart, sondern in New York bekannt, und das neue Swatch-Auto von Mercedes wird nicht in Süddeutschland, sondern in Frankreich gebaut. Auch die Unternehmen der Zuliefer-Industrie verlegen die Produktion nach Portugal, Polen, Tschechien und Südostasien; zuhause sitzt nur noch die Finanzabteilung, und deren Abrechnung wird demnächst von einem Dienstleister in Indien erledigt. Die Philosophie der Qualitätsbezeichnung verlagert sich ebenfalls von der nationalen auf die globalisierte betriebswirtschaftliche Ebene: nicht mehr »Made in Germany«, sondern »Made by Mercedes«.

Zweifellos sind die Konsequenzen absurd und gefährlich. Die Ökonomie der Unternehmen wird grenzenlos, aber der Staat bleibt seiner Natur nach auf das nationale Territorium begrenzt. Der Staat ist also zunehmend weniger der »ideelle Gesamtkapitalist« (Marx) eines nationalen Kapitalstocks mit einer gewissen Kommandogewalt, sondern er wird zur Geisel der »Standortfrage« degradiert. Die alte »politische Ökonomie« verkehrt sich zur »ökonomischen Politik«, deren Löffel nicht mehr weit reicht. Wenn die Politik den entfesselten totalen Markt sozial einschränken will, dann drohen die globalisierten Unternehmen eben mit dem »Auszug aus Ägypten«. Das gilt auch für die ökologischen Auflagen. Gewässerschutz? Vergiftung des Bodens? Da fragen Sie am besten mal in Mexiko nach, wo die Kühe auf der Weide mit Schaum vor dem Maul tot umfallen dürfen, ohne daß die Politik Probleme macht; und dann unterhalten wir uns nochmal über die Kostenfrage...

Zusammen mit der Kompetenz des Staates verfällt auch der alte Gegensatz von »nationaler Befreiung« und »Imperialismus«. Die Regimes einer nationalen Akkumulation in der Dritten Welt haben fast alle kapituliert, weil sie die Kapitalkosten einer eigenständigen industriellen Entwicklung unter dem Druck der Globalisierung nicht mehr finanzieren können. Große Teile der nach globalen Standards unrentablen Staatsindustrien werden stillgelegt und der Rest privatisiert, d.h. in vielen Fällen an globalisierte Unternehmen verkauft. Kurzfristig kann damit vielleicht die Staatskasse saniert werden. Aber das hereinströmende Kapital hat nicht mehr die Entwicklung eines ganzen Landes im Sinn. Es muß mit niedrigen Steuern und anderen Vorteilen gelockt werden, die Arbeitsplätze werden durch Rationalisierung abgebaut, die Gewinne fließen anderswohin und Garantien für Investitionen gibt es nicht. Umgekehrt verlieren die alten imperialistischen Staaten die Lust an territorialen Annexionen und an »Einflußzonen«. Was sollen sie mit riesigen Gebieten der Armut anfangen, deren Menschen sie nicht mehr verwenden können? Jede nationale »Einflußzone« ist nur noch ein unproduktiver Kostenfresser. Die »Zonen der Rentabilität« aber, die sich fast täglich verändern, sind wie ein Hautausschlag quer über den Globus verteilt, und selbst die mächtigsten Staaten können über diese zerstreute Ökonomie keine Kontrolle mehr ausüben.

Der Gegensatz zwischen »nationaler Befreiung« und Imperialismus verfällt

Auf diese Weise werden die Unterschiede zwischen reichen und armen Ländern langsam aber sicher eingeebnet, freilich ganz und gar nicht im Sinne der allgemeinen Wohlfahrt. Überall setzt sich die Orientierung auf den Export durch, d.h. die direkte Integration in den entfesselten Weltmarkt, während gleichzeitig immer weniger Menschen marktwirtschaftlich integriert werden können. Regionale Freihandelszonen wie Nafta, EU oder Mercosur verschärfen das Problem eher, weil sie in der Regel die nationalökonomische Desintegration beschleunigen und nur zu einem multinationalen Verbund der kleinen Inseln des Wachstums führen. Aus der Chaostheorie kennen wir das »Prinzip der Selbstähnlichkeit«: bestimmte Strukturen wiederholen sich auf allen Größenskalen. Das globale Marktsystem wird »selbstähnlich«: in jedem Kontinent, in jedem Land, in jeder Stadt werden bald gleichermaßen Massenarmut und Slums einerseits, kleine obszöne Inseln des Reichtums und der Produktivität für den Weltmarkt andererseits existieren. Die Staaten geben wegen mangelnder Finanzkraft immer größere Teile der eigenen Bevölkerung auf, die praktisch nicht mehr als Bürger behandelt werden. Die Behörden versuchen schließlich nur noch, die »exterritorialen« Sektoren des Elends und des Wahnsinns militärisch unter Kontrolle zu halten. Für Geschäftsreisende in Sachen Globalisierung gibt es inzwischen einen »Security Guide«, der aufzählt, wo überall heute schon »gesetzlose Zustände« herrschen.

Es ist offensichtlich, daß es mit dieser Art der kapitalistischen Globalisierung kein gutes Ende nehmen kann. Eine globale Ökonomie für eine immer kleiner werdende Minderheit ist nicht lebensfähig. Wenn die globalisierte Konkurrenz immer mehr industrielle Produktion »unrentabel« macht und immer mehr Regionen ökonomisch veröden, dann minimalisiert das Welt-Kapital seinen eigenen Aktionsradius. Auf einer zu kleinen, über die ganze Welt verstreuten Basis kann das Kapital auf Dauer nicht mehr akkumulieren, ebensowenig wie man auf einem Bierdeckel Samba tanzen kann. Außerdem erzeugt die Globalisierung einen neuen strukturellen Widerspruch zwischen Markt und Staat. Denn durch die Internationalisierung des Kapitalstocks entzieht sich das Kapital dem staatlichen Zugriff und vermindert die Einkünfte des Staates. Andererseits ist aber das globalisierte Kapital mehr als jemals zuvor auf eine funktionierende Infrastruktur angewiesen (Flug- und Seehäfen, Straßen, Transport- und Kommunikationssysteme, Schulen, Universitäten usw.), die nach wie vor nationalstaatlich organisiert werden muß. Die Globalisierung schlägt dem Staat die finanziellen Mittel aus der Hand, die für die Voraussetzungen der Globalisierung selber benötigt werden.

Vor allem aber sind es die verzweifelten Reaktionen der vom totalen Weltmarkt »ausgespuckten« Menschen, die das neue Weltsystem in die Krise stürzen. Die Kosten der »Sicherheit« steigen in astronomische Größen. Zwar können die ehemaligen imperialistischen Länder in einer globalisierten Ökonomie keine Kriege mehr untereinander führen, aber sie müssen gemeinsam eine »Weltpolizei« gegen die globalen Verlierer mobilisieren, um die Geschäftsbedingungen für die Inseln des Reichtums zu sichern. Dieser neue Krieg wird vielleicht noch teurer als der frühere »kalte Krieg«. Überall beginnt die Mafia, Attribute der staatlichen Souveränität zu usurpieren. Verwilderte ehemalige Entwicklungs-Diktaturen, z.B. das Regime von Saddam Hussein, werden unberechenbar. Der religiöse Fundamentalismus überschwemmt die Welt mit Terror. In immer mehr Ländern gibt es perspektivlose militante Bewegungen, die »nationalistisch« genannt werden, in Wirklichkeit aber »ethnizistisch« und meistens separatistisch sind. Im Gegensatz zu den alten bürgerlichen Nationalbewegungen vom 18. Jahrhundert bis zum »Befreiungsnationalismus« der Dritten Welt geht es dabei nicht mehr um die Integration, sondern im Gegenteil um die Desintegration von Nationen bzw. Nationalökonomien. Die Globalisierung einer »Ökonomie der Minderheit« führt direkt in den »Welt-Bürgerkrieg«, in jedem Land und in jeder Stadt.

»Welt-Bürgerkrieg« oder andere, lokale Ökonomie?

Nur mit belegter Stimme können wir fragen, was gegen diese Entwicklung zu tun ist. Ein Zurück zur alten Welt der Nationalökonomien wird es vermutlich nicht geben. Paradoxerweise ist dennoch der Nationalstaat der hauptsächliche Raum politischer Öffentlichkeit geblieben. Können in diesem Widerspruch die Nationen anders als bloß negativ überwunden werden? Ist es möglich, daß »postnationale« Territorien und Operationsfelder jenseits von Markt und Staat entstehen? »Unterhalb« der Nationalökonomie, auf der lokalen und regionalen Ebene, entwickeln sich in einigen Ländern neue Formen der Selbstverwaltung, Genossenschaft und Selbstversorgung für die menschlichen Grundbedürfnisse. Aber dafür stehen viel zu wenig Ressourcen zur Verfügung. Es gibt Bewegungen wie die von Betinho in Brasilien. Es gibt die NGOs (Non-Government-Organizations). Und es gibt weltweit operierende Vereinigungen wie Amnesty International oder Greenpeace, die weder kommerziell noch staatlich sind. Aber alle diese Gruppen besitzen bis jetzt noch keine neue sozialökonomische Kompetenz; sie befassen sich fast nur mit einzelnen negativen Folgen der Globalisierung, ohne das ökonomische System in Frage zu stellen.

Und wo bleibt die Theorie, die Internationale des kritischen Gedankens? Der »ewige Frieden«, den Immanuel Kant an der Schwelle der bürgerlichen Moderne als Frieden zwischen unabhängigen Nationen proklamiert hatte, konnte sein Versprechen ebensowenig einlösen wie der »proletarische Internationalismus« der sozialistischen Bewegungen. Heute scheint es so, als hätte die Philosophie endgültig vor der Barbarei des totalen Marktes kapituliert. Sollen am Ende die Buchungsimpulse der globalisierten Finanzmärkte als einzige Form der internationalen Kommunikation übrigbleiben? Ebenso leichtfüßig wie das flüchtige Geld kann auch das nicht-konforme Denken sein. Wir brauchen die Globalisierung einer neuen Gesellschaftskritik.●

Beitrag für Brasilianische Zeitung »FOLHA«, 1995

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

ZUM AUTOR

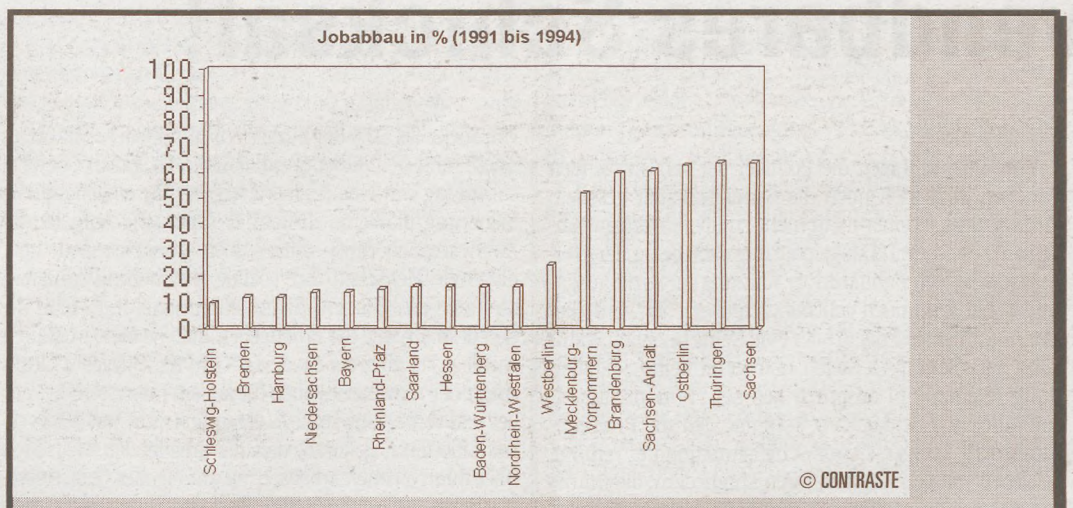
Robert Kurz, Jahrgang 1943, lebt als freier Publizist in Nürnberg, ist Mitherausgeber und Autor der Theoriezeitschrift »KRISIS – Beiträge zur Kritik der Warengesellschaft«. Autor mehrerer Bücher, u.a. »Der Kollaps der Modernisierung«.

DIE KRISE: ERSCHEINUNG UND ZUSAMMENHÄNGE

D Pleite?

Wirtschaftswunderland ist abgebrannt

LohnempfängerInnen und Arbeitslose, Familien, RentnerInnen und Kranke – alle, die ohnehin ohne Knete und Einfluß sind – sollen wieder einmal die Looser sein. Dabei standen 1995 verfügbare Einkommen von 2,25 Billionen DM privaten Schulden von 1,6 Billionen DM (incl. Baufinanzierungen) gegenüber und sorgten für ein Wachstum des privaten Geldvermögens auf stattliche 4,65 Billionen DM um weitere 8 Prozent...



Wenn mensch bedenkt, daß 100 Prozent Jobabbau die Einstellung industrieller Produktion hierzulande bedeutet, zeigt dieses Schaubild, welche einschneidenden Veränderungen allein schon bis 1994 stattfanden. Selbst Musterländer wie Bayern oder Hessen verzeichnen 14 bzw. 16 % Jobkillerrate. Die nördlichen Länder sind sowohl bei den alten („nur" 10 Prozent), wie bei den neuen Bundesländern („nur" 54 Prozent) zunächst günstiger gestellt, weil die Werftenkrise erst derzeit in ihre Finalrunde einsteigt (Quelle: Statistisches Bundesamt).

ein Zustandsbericht von Kurt Regenauer aus Nürnberg ● Diese Billionen (gleich 1.000 Milliarden) DM kamen nicht nur aus Brüssel und wurden nicht nur in den Taschen von hanseatischen Werfteignern versenkt. 1994 als Referenzjahr und Höhepunkt eines beispiellosen Wandels unter dem Stichwort »Lasten der Einheit« stand beispielhaft für verschiedene Eckdaten einer radikalen Änderung des Wirtschaftsorganismus hierzulande:

● Ende des Jahres waren nach Angaben des Statistischen Bundesamtes in den neuen Bundesländern seit 1991 über die Hälfte (52% in Mecklenburg-Vorpommern) bis fast 2/3 (64% in Sachsen und Thüringen) aller Industriearbeitsplätze vernichtet worden. Aber auch im Westen wurden ganze Breschen geschlagen, um die »Umstrukturierungsprozesse der Wirtschaft« voranzutreiben: die Jobkillerrate im selben Zeitraum schwankt zwischen 10% im Norden und 16% im Westen der Republik und reißt aus auf 24% in Westberlin.

● Gleichzeitig ist 1994 ein Rekordjahr in der Nettoneuverschuldung des Staates. Die Bundesbank wagt aus konjunkturellen Gründen Zinssenkungen, obwohl bereits zu Jahresbeginn ein beängstigendes Geldmengenwachstum einsetzt. Seit der Einheit bis heutzutage stieg die Staatsverschuldung von 1 auf 2 Billionen und somit auf das Doppelte. Enorme Summen aus dieser Schuldenzuwachsrate wanderten sowohl als Aufträge an Unternehmen als auch als Leistungen an Geldgeber und Banken (Zinsen) und mehrten somit den Reichtum privaten Geldvermögens auf benannte schwindelerregende Höhe bis 95, denn

● sie umfaßten keinesfalls auch nur eine einzige Mark der oft beschworenen »sozialen Kosten der Einheit«. Diese konnten ganz einfach den Sozialkassen aufgebürdet werden. Es ging 1994 um Sozialleistungen von weit über 1 Billion DM – exakt 1.106 Milliarden DM (und damit ziemlich genau ein Drittel des Bruttosozialprodukts, was gegen Ende der siebziger Jahre unter anderen Leistungsverhältnissen schon einmal der Fall war). In dieser enormen Summe ist der Löwenanteil allerdings der Gesundheitsbereich. Die »laufende Hilfe zum Lebensunterhalt« (Sozialhilfe im engeren Sinne) umfaßte lediglich 17 Milliarden DM, obwohl der Kreis der EmpfängerInnen auf die Rekordhöhe von insgesamt 2,33 Millionen Menschen anstieg.

1994: Der Raubzug auf die Sozialkassen entsprach der Steigerung privaten Geldvermögens

● Die Sozialkassen durften 1994 jedoch nicht nur auftragsgemäß die Folgen planmäßig vorangetriebener Pauperisierungsprozesse versichern, sondern sollten in demselben Jahr nach Angaben des Instituts der Deutschen Wirtschaft mit fast 200 Milliarden DM für sogenannte »versicherungsfremde Leistungen« herhalten, womit nurmehr weitere stattliche Investitionen und Aufträge des so beschriebenen Prozesses gemeint sind (die 95 bilanzierte Steigerung des privaten Geldvermögens entspricht fast genau diesem Betrag).

● Dem Orwelljahr 94 gelang trotzdem auch anderweitig ganz im Sinne eines »Ministeriums der Wahrheit« der Einzug in den historischen Almanach: Im Superwahljahr 1994 wurde die bestehende Bundesregierung – wenn auch knapp – bestätigt und erhielt den Blankoscheck, dessen Quittung wir heutzutage als weiteren Sozialraubbau und neuerlicher Verarmung »zur Sicherung des Staatskollapses« und immer neu auftauchender »Haushaltslükken« erfahren dürfen.

● Gleichzeitig wurde »peanuts« das Unwort des Jahres.

Das alles war 1994 und wurde zum heutigen Päckchen, das »alle«(?) tragen dürfen/sollen...

Denn es geht seit 1994 nurmehr noch um die »Standortdiskussion«, nach der in der BRD sich jedenfalls lediglich dann rentierlich wirtschaften ließe, wenn sie umgekrempelt wird: Arbeit soll verbilligt, Steuern für Unternehmen gesenkt, »unnötige« Staatsleistungen gekappt und Exportpreise durch weltmarktgerechtere Währungsparitäten konkurrenzfähig werden.

Standorte und Finanzplätze

Immerhin wurde der Standort Deutschland im vergangenen Jahr (1995 lt. BMWI) mit exakt 671 Milliarden DM Investitionen von Seiten der Unternehmen und des Staates bedacht, was knapp ein Viertel des Bruttoinlandproduktes (gut 3 Billionen DM) ausmachte. Weitere 48 Milliarden DM investierten deutsche Unternehmen im Ausland. Das waren schon 20 Milliarden DM mehr als im Vorjahr 94, dem Ausgangsjahr der Debatten um Standortpolitik.

Hatten die Investoren ob des vielen Geredes um den Standort Deutschland alarmiert sich bemüßigt gefühlt, Billiglohnländer auszukucken, um so zitierte Standortvorteile auszunutzen? Weit gefehlt. Der Löwenanteil anschwellender Auslandsengagements wanderte ins europäische Ausland (15 Milliarden DM Zuwachs (!)) und in die USA (6 Milliarden DM Zuwachs) – die Billiglohnländer Osteuropas hingegen mußten sich laut Wirtschaftsministerium mit lausigen 4,3 Milliarden DM der Investitionen insgesamt begnügen.

Sind es denn nicht die Löhne selbst, so entpuppte sich unlängst auch der in der Sparrunde neuerlich suggerierte Eindruck des kollektiven Freizeitparks bei der Diskussion um Karenztage als gigantisches Windei, als das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) eine Untersuchung veröffentlichte, nach der der/die deutsche MichelIn durchschnittlich höchstens 12 von insgesamt 207 Werktagen fehlt, wegen Krankheit wohlverstanden.

Für ausbleibende Investitionstätigkeit hierzulande scheinen weder Lohnhöhe noch Fehlzeiten undisziplinierter ProletInnen ausschlaggebend. Die neuen Bundesländer, in denen nichts wirklich Neues in Gang kommen kann, weil zu viele Treuhandskandale bis zur Begrabung von Euromilliarden in westdeutsche Werftruinen statt wirklich konstruktivem investiven Engagement vorkommt (FORON z.B. mußte in Konkurs gehen), haben mittlerweile in etwa das gleiche Lohnniveau wie die USA, in denen auch die deutschen Unternehmen überdurchschnittlich mehr investierten. Trotzdem –Kapitalströme fließen eher zu Finanzplätzen – Standorte hingegen werden eher da gesucht, wo Märkte bedient werden können.

Die global players heute aktuellen Wirtschaftens investieren nämlich zuvörderst dort, wo strategische Interessen verfolgt werden können, Zulieferer angesiedelt werden können und billig sind (nicht alles regelt das rollende Lager auf der Autobahn), Steuer- und Währungsvorteile Kosten minimieren sowie Mehrumsätze garantieren. Sie orientieren sich an vorhandenen Märkten.

Darüber hinaus ist zu beachten, daß ein Vielfaches jedes investiven Engagements offensichtlich rein spekulativ ist. Das Direktorium des »Harvard Business Reviews« veröffentlichte unlängst Ergebnisse einer Studie, nach der das 30 bis 50-fache jedes in der Produktion entstandenen Dollars auf den Finanzmärkten generiert wird.

Bezeichnend hierfür die makroökonomischen Daten aus der Zeit vor der Pesokrise in Mexiko (die genauer untersucht wurde, weil sie zum Börsencrash an der Wall-Street führte): von insgesamt 70 Milliarden Dollar Auslandsinvestitionen waren lediglich 10% im Produktionssektor investiert. Der Rest war reines Spekulationskapital und verließ das Land in der Geschwindigkeit von Milliardenbeträgen pro Tag nach der Ermordung eines Präsidentschaftskandidaten.

Die Zukunft: Es fehlt an Ideen, nicht an Geld!

Fast das 1.000-fache dieses Betrages (800-Milliarden Dollar) wechseln aber täglich (!) auch ihren Besitzer allein auf den internationalen Devisenmärkten. Das so disponible weltweite Spekulationsvolumen wird auf ca. 3,5 Billionen DM geschätzt.

Geld wäre allemal da, um wirkliche Entwicklung zu finanzieren – allein, es wird nach höchstrentierlichen Gesichtspunkten ausgegeben und was ist schon wirkliche Entwicklung? Einer rein »marktwirtschaftlichen« Lösung fehlt es an ertragreichen Entwicklungsideen und authentischer Vermittlung von Ideen und nicht allein am Geld.

Allein in diesem Land werden innerhalb der nächsten 10 Jahre 2,6 Billionen DM vererbt, an die '68'er-Generation mit all ihrem tradiertem Gestaltungsdrang.

Sollten dieser Generation hier und anderswo auf dieser Welt plausibel gemacht werden können, wo welche wirklich neuen Ideen anstelle kurzfristiger Verwertungsinteressen auch als echte Alternativen Märkte erobern können...●

KOMMENTAR

Die entfesselte Marktwirtschaft

Der revolutionäre Siegeszug des Chip und die Konzentration des Wirtschafts- und Finanzgeschehens auf einige wenige herrschenden Konzerne machen es möglich. Die Marktwirtschaft streift ihre nationalen und sozialen Fesseln ab. Und wird zum entfesselten Kapitalismus.

Die ganze Welt wurde zur Spielwiese einer Handvoll Finanzmagnaten, die ihr Geld dorthin pumpen, wo die Wirtschaft garantiert und schnell wächst oder es sich aus anderen Gründen rapide vermehrt. Der Handel mit Optionen und Wetten auf Wirtschafts- und Währungsentwicklung – virtuelle Wirtschaft – tritt dabei zunehmend an die Stelle der nicht ganz so rentablen Produktion. Zumindest dort, wo die Märkte weggebrochen sind.

Der freie Markt sollte nach Lehre herkömmlicher Nationalökonomie eine Allokationseffizienz (Was-Wann-Wo) der Produktionsfaktoren regeln. Wo er sich dann längst via Cyberspace in Schwellenländer und Spekulationskapital verlagert hat, weil er grenzenlos vagabundiert, bleiben in den zurückgelassenen Industrieruinen lediglich die Aussicht auf Verteilungskämpfe zurück.

Eine Spekulationssteuer im Sinne einer Weltwirtschaftslehre haben nobelpreistragende Ökonomen schon vor 2 Jahrzehnten gefordert. Allein, wer soll diese erheben? Auch islamische Ökonomien, die den Zins verbieten wollten, sind hierin gescheitert.

Nicht die Regierungen, nicht die bisherigen Wirtschaftsakteure und heutigen Finanzjongleure werden »Standorte schaffen«: Wirtschaft von unten heißt das Gebot der Stunde.●

Kurt Regenauer

LOKALE ÖKONOMIE

NEW WORK in Köln-Mülheim

Wenn die Arbeitsgesellschaft beginnt, sich durch die zunehmende Automatisierung selbst überflüssig zu machen, dann gilt es auf das damit einhergehende Anwachsen von Arbeitslosigkeit eine konstruktive Antwort zu finden. Ein Versuch von Krisenbewältigung wurde auf einer Veranstaltung der VHS-Mülheim am 21.3. vorgestellt. Es handelt sich um die Projekte von NEW WORK, die schon seit über 10 Jahren in den USA bestehen und von dem Philosophieprofessor Fritjof Bergmann (Uni Michigan) initiiert wurden.

Von Heinz Weinhausen, Köln ● Michael Wiedemeyer (Uni Köln) zeigte zunächst die Entwicklung des Arbeitssektors anhand einiger Statistiken auf. So sank das Jahres-Arbeitsvolumen Westdeutschlands von 54 Milliarden Stunden im Jahre 1966 auf 45 Mrd. Stunden im Jahre 1995. Die individuelle Arbeitszeit reduzierte sich von 2.000 Stunden auf 1.500 Stunden jährlich, was einem Rückgang um 25% entspricht. Unter Bedingungen von 1966 hätten wir, so die fiktive Rechnung, 4 Millionen Arbeitslose mehr oder eine offizielle Arbeitslosigkeit von ca. 20%. Noch ein wichtiges Phänomen zeigte die Graphik. Sank bei einer Konjunkturbelebung 1975 noch die Arbeitslosenrate deutlich, stieg diese 1995 sogar trotz Wachstum. M. Wiedemeyer sah diese Entwicklungen als Belege dafür, daß es sich um ein Strukturproblem handelt, für das dann auch keine einzelnen Betriebe wie Bayer »schuldig« zu machen sind. Die Zeiten der Vollbeschäftigung sind demnach passé. Der Trend eines kontinuierlichen Sinkens von Erwerbsarbeit ist nicht umzukehren.

Der Konzeption von NEW WORK, die Günter Thoma von der INIATIVE MÜHLHAUSEN (Thüringen) vorstellte, geht es nun darum, diesen Krisenverlauf zu kanalisieren statt den Auswirkungen blind ausgeliefert zu sein. NEW WORK tritt einerseits dafür ein, die Arbeitszeiten drastisch zu reduzieren, wobei ein Lohnverzicht unumgänglich scheint. In Flint (USA) wurde beispielweise versucht, ein Fifty/Fifty-Modell umzusetzen, was bedeutete, daß nach einem halben Jahr »Maloche« ein halbes Jahr »Freizeit« folgt. Dank des gewonnenen Zeitpotential bestehen dann individuelle Gestaltungsmöglichkeiten für ein NEUES SCHAFFEN. Einmal die Chance, endlich das zu tun, was der oder die Einzelne wirklich will. Oder zu lernen und sich endlich die Fähigkeiten aneignen, die wirklich interessieren. Eine »Berufung« in sich zu entdecken. Und warum nicht versuchen, sich damit in eine Lokale Ökonomie einzubringen, also in gewisser Weise auch wieder Geld zu verdienen, wenn auch nicht zu Profitzwecken. Oder HighTechSelfProviding, Selbstversorgung auf hohem technischen Niveau mit anderen zu organisieren. Mit einem solchem Knowhow und angepaßter Technologie ausgerüstet konnten Obdachlose in Detroit und New York sich eigene Häuser bauen. Durch das Anlegen von Dachgärten mitten in der Großstadt konnten Menschen sich ein Stück weit unabhängig machen vom Erwerbszwang.

1992 begann eine solche Initiative in Mühlhausen. Die gewachsenen zarten Pflänzchen wurden vorgestellt. Ein Kleinunternehmen, daß ein Arbeitszeitverkürzungsmodell praktiziert. Ein Unterrichtsleitfaden für Jugendliche wurde erstellt und umgesetzt. Die gewonne Überzeugung, selbst das Problem anzupacken, mündete für eine Gruppe in ein Projekt von Haussanierung, wo sie sich mit Hilfe von Unterstützungsgeldern günstigen Wohnraum »erarbeitet«. Ein Non-Profit-Unternehmen ist geplant, wo einmal umweltverträgliche Hochleistungsbatterien hergestellt werden.

In der Diskussion zeigte sich Einvernehmlichkeit mit der gesellschaftlichen Analyse und eine große Sympathie für den Versuch, ein tragfähiges Konzept von Krisenbewältigung entwickeln. Aber es wurden auch Unbehaglichkeiten deutlich. Ist nicht ein großer Anteil Illusion dabei, weil die Marktwirtschaftszwänge unterbewertet bleiben? Lassen sich Erfolge in den USA nach Deutschland »exportieren«? Was bedeutet es, daß hier der Staat eine regulierendere Rolle bei der Arbeitslosigkeitsverwaltung zeigt als dort? Und ist die Reduzierung des Jobsystems eine tragende Perspektive? Gilt es nicht die Arbeit überhaupt in unseren Köpfen abzuschaffen, die Anbetung dieses Fetischs, der die darin Befangenen glauben läßt, nur so existieren und leben zu können? Warum diese Außenseiterposition des HighTechSelfProviding? Wäre dies nicht der Hauptstrang für eine längerfristige Perspektive namens weltweit vernetzter Selbstversorgungswirtschaft mit speziell entwickelter neuer Technologie? Vielleicht könnte dann die Menschheit endlich ihr Schaffen konstruktiv steuern statt von der »unsichtbaren Hand« (A. Smith) des Marktsystems in den »Kollaps« gelenkt zu werden?

Die siebzehn Anwesenden kamen überein, mit Prof. Bergmann selbst, dem Original sozusagen, das Konzept zu diskutieren. Und vor allen Dingen an seinen langjährigen Erfahrungen in Flint, Detroit und anderen Städten teilzuhaben. Dazu wird Ende Mai Gelegenheit sein. Ist die Zeit reif für ein Projekt NEW WORK in Mülheim? Schaun wir mal.●

(Infos zu NEW WORK - 0221/881890)

HERRSCHAFTSFREIE WIRTSCHAFT

D Pleite?

Arbeitslosigkeit – kein unabwendbares Schicksal!

Daß es für Menschen keine Arbeit gibt, man Arbeit verteilen müsse, ist ein schlichtes Märchen. Vielmehr gibt es in vielen Bereichen sehr viel zu tun und dieses besonders in den Städten, Gemeinden und Kommunen, die immer stärker von den »Sparmaßnahmen« betroffen sind. Hamburg steht hier also nur für ein Beispiel. Der Gürtel soll enger geschnallt werden, wie überall in Deutschland. Entweder werden die Kapitalerträge gekürzt, staatliche Privilegien abgebaut oder es wird erhebliche Reduzierungen bei den sozialen Leistungen geben. Kürzung der Arbeitslosenhilfe, weniger Arbeitslosengeld, geringere Sozialhilfe, angepaßte Renten und eben auch Einschränkungen in den Gemeinden, weil das Geld fehlt. Einen anderen Weg gibt es nicht. Wer den Kapitalismus behalten will, muß ihn auch bezahlen.

Von Uwe Timm, Hamburg

Unbestreitbar besitzen die Sozialdemokraten in Hamburg politische Macht, aber in ihrem Haushalt, den sie für 1996 verabschiedet haben, findet sich als größter Posten die »Allgemeine Finanzverwaltung« und das mit einem Betrag von über 4 Milliarden D-Mark. Das ist der größte Brocken, weil sich dahinter das Geld für die Zinszahlungen und die Pensionen der Staatsbediensteten verbirgt. Hier fehlt einerseits der Stadt das Geld für umweltfreundliche Arbeitsplätze und zugleich tragen diese Sozialdemokraten, die für mehr als 30 Milliarden D-Mark Schulden verantwortlich sind, die Verantwortung dafür, daß sich die Geldvermögen bei den Anlegern permanent erhöhen, während die Armen ärmer werden. Die Kosten der Arbeitslosigkeit beliefen sich in Hamburg im Jahre 1995 einschließlich der Arbeitslosenhilfe auf rund 1,3 Milliarden D-Mark für ca. 78 000 arbeitslose Menschen, aber für die Kapitalverzinsung werden jährlich mehr als 2 Milliarden D-Mark aufgewendet und bedingt durch die weiter steigende Verschuldung werden diese »Kapitaldienste« immer aufwendiger. Da fehlt das Geld für öffentliche Einrichtungen, Schulen, Kindergärten, Bücherhallen, Schwimmhallen, Straßenbau, selbst für die Sanierung von Krankenhäusern, dem Kampf gegen die wachsende Armut in den Stadtteilen, weil Personal eingespart, notwendige Aufträge an die Wirtschaft reduziert oder gar nicht mehr erteilt werden.

Und die Bundesregierung gibt heute schon rund ein Viertel der jährlichen Steuereinnahmen nur für Zinsen aus und im Saarland, wo ja der Sozialdemokrat Lafontaine amtiert, sind es bereits 30% der Staatseinnahmen. Und Sozialdemokraten wie Lafontaine, Voscherau und Schröder, allesamt Schuldenkönige in ihren Bundesländern, sind auch noch der Meinung, daß der Staat seine Schulden noch erhöhen sollte, und ein Bürgermeister wie Voscherau, der nun wahrhaftig nicht »zu wirtschaften« verstand, sieht sich in der BRD schon als »Finanzminister«. Er nannte das Bündnis für Arbeit eine »schicksalhafte Herausforderung«; richtete einen Appel an Opfer- und Gemeinsinn der Bürger. Alles nur schlicht Phrasen, und dieses empfand ein Abgeordneter der CDU als hohle Worte, ein Vertreter der GAL als dümmlich. Freilich kamen auch von diesen Herren keine konkreten Vorschläge und in dem sie sich auf die üblichen Platitüden beschränkten, Lohnnebenkosten senken, Mehrarbeit verbieten, ließen sie auch keinen ökonomischen Sachverstand erkennen.

Verschuldung = Geld für das Kapital

Kein Geld für eine Umstrukturierung der Arbeit, aber sehr viel Geld für das Kapital. Jede Verschuldung erhöht das arbeitslose Einkommen für die »Kapitalanleger«, und immer weniger Geld steht für eine sinnvolle, sowie ökologisch notwendige Arbeit zur Verfügung. Von den 758.200 Beschäftigten in der Stadt Hamburg sind 566.200 im Dienstleistungsbereich, nur noch 189.200 im produzierenden Gewerbe tätig. Für das Handwerk gäbe es Arbeit genug, allein schon in den Stadtteilen die wegen ihrer schlechten Infrastruktur keinen guten Ruf besitzen und in denen jede »Sanierung« dienlich wäre, um der weiteren Verslumung entgegenzuarbeiten.

Die Idee von Keynes (defizit-spending), nämlich mittels staatlicher Schulden Investitionen zu bewirken, ist untauglich – denn der Staat ist bereits pleite. Die Politiker, daran gewöhnt das Geld anderer Leute auszugeben, können sich dennoch glücklich schätzen, denn niemand kann sie zur Verantwortung ziehen; besteht doch ihr einziges Risiko darin, früher oder später eine üppige Pension zu verzehren.

Derweilen schlagen die Politiker der staatstragenden Parteien, wozu sich noch die Gewerkschaftler gesellen, Purzelbäume in einer nicht mehr zu überbietenden Naivität und preisen eine Mogelpackung nach der anderen einem staunenden Publikum an. Kürzung der Sozialausgaben, wobei dann noch geflissentlich übersehen wird, daß jene, die Arbeitslosengeld oder eine Rente beziehen, dafür selbst ihre Beiträge leisteten und somit keine Sozialleistung (Steuern) in Anspruch nehmen. Bündnis für Arbeit, auch ein Schlagwort, wohinter sich die Profilisierungssucht einiger Gewerkschaftsfunktionäre verbirgt, getrieben von den Ängsten, ihren Mitgliedern, die immer weniger werden, aufbauende Worte und blumige Parolen anzubieten. Nullrunden sind angesagt, aber nicht für das Kapital, sondern für die Arbeitslosen, Arbeitnehmer und Rentner. Auch Lohnverzicht der Arbeitnehmer in den »Marktbeherrschenden Konzernen«, die für ihre Aktionäre ständig die Dividenden erhöhen, dürfte kaum ein Beitrag zur Sicherheit der Arbeitsplätze sein. Mit niedrigen Löhnen, Vereinbarungen unterhalb der tariflich abgesicherten Einkommen, lassen sich zwar Arbeitsplätze sichern, aber bei diesem Weg bleiben die betroffenen Menschen im Bereich der Armut. Es gibt steigende Gewinne bei Siemens, zugleich Personalabbau, aber auch die Konzerne sind auf das Rad des Kapitalismus geflochten, erwirtschaften Kapitalerträge, geraten auch in rote Zahlen (AEG) oder lassen Geld arbeiten, Belegschaften darben.

Der Standort Deutschland bietet für viele Unternehmen, ausländische Investoren, immer noch, und daran wird sich kaum etwas ändern, immense Vorteile: Preisstabilität, niedrige Inflationsraten, eine qualifizierte Arbeitnehmerschaft, brave Gewerkschaften.

Aber die Mehrheit der Arbeitnehmer arbeitet nicht in den »gewinnträchtigen Konzernen«, sondern in den mittelständischen Betrieben, im Handwerk und im Dienstleistungsbereich. Staatliche Kosten (Zwangsversicherungen), ständig steigende Steuern sowie Kapitalkosten für Kredite, das sind die Hauptbelastungen in der Wirtschaft und diese »Belastungen« führen zwangsläufig dazu, daß in den Betrieben rationalisiert wird, um über Personaleinsparungen die Kosten zu senken. Wer also eine Massenarbeitslosigkeit verringern oder vermeiden will, muß Zielsetzungen vertreten, die die Arbeit von den Kapitalkosten sowie den ständig steigenden Steuern / Abgaben entlastet. Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus und von staatlichen Interventionen, nur so läßt sich das Problem »Erwerbslosigkeit« lösen.

Warum keine »Null-Runde« für das Kapital?

Unsere Forderung, daß Geld ein »Tauschmittel« ohne Wucher sein soll, findet immer mehr Verständnis und Zustimmung, auch wenn die Wege zu einem Geld, das der Wirtschaft dient, diese nicht ausbeutet, durchaus noch in der Diskussion stehen. Die Möglichkeit zu nutzen, Dienstleistungen und Produkte über eine eigene interne Verrechnung zu tauschen, wird über Talent-Experimente verstärkt wahrgenommen und zeigt, daß Alternativen dieser Art eine Bedeutung besitzen. Diese liegt allein schon in der Bewußtwerdung der Geld- und Bodenproblematik. In der Geld-und Bodenfrage können wir auf eine libertäre Tradition der Kritik am Kapitalismus verweisen, auch wenn diese zeitweilig verschüttet war.

Daß die Volkswirtschaften vom Geldmonopol, der staatlichen Währungspolitik (Diskont) abhängig sind, es auch nichts nützt, wenn die Menschen auf der Straße gegen den Sozialabbau protestieren, sollte auch jene zum Nachdenken bringen, die sich vor dieser Thematik fürchten. Das Vorurteil, Sozialisten und Marxisten verstehen nichts vom Geld, findet noch immer seine Bestätigung. Nach P.J. Proudhon wissen sie immer noch nicht, wie sie das Kapital fassen wollen und stehen davor, wie eine blutdürstende Meute vor einem Stachelschwein. Daß sich Staat und Wirtschaft in der Schuldenfalle (Zinsfalle) befinden, ist eine Tatsache, die z.B. Marxisten nicht begreifen können, weil für sie dieses Problem irrelevant ist und sie daher die Verzinsung (Profit) als nicht existent betrachten. Das ist auch ein Grund dafür, weshalb die wachsenden Ansprüche des Geldkapitals, die das Arbeitseinkommen schmälern, kritiklos hingenommen werden.

Ein Sozialdemokrat, Wissenschaftler, der nicht genannt werden möchte, schrieb uns u.a.: »Daß die Deflationspolitik eines der Übel von 1929 war, daß sie auch heute verheerend wirken müßte, steht für mich außer Frage... Ihre Kritik an der SPD ist teilweise wohl berechtigt. Insbesondere fehlt eine wirtschaftspolitisch brauchbare Konzeption. Doch sehe ich gerade am Versuch, den Sozialstaat zu retten, eine der wichtigsten politischen Funktionen der SPD in der gegenwärtigen Lage...«

Auch stellt er die Frage: »Wieso soll eine Staatsquote von mehr als 50% die Bürger entmündigen?« Mit dieser These fand sich dieser Sozialdemokrat sogar in Übereinstimmung mit einem Libertären, der für eine staatliche Sicherung plädierte, in dem er sagt: »Die Aufgabe der Zwangsversicherung würde doch zunächst bedeuten, daß viele Menschen ihre soziale Absicherung verlieren, da ihnen das Geld zur Eigensicherung fehlt. Es fehlt ihnen deshalb, weil der Arbeitgeberanteil de facto wegfallen würde.« Da aber der Staat das Geld der Bürger schlecht und teuer verwaltet, es auch für andere Interessen verwendet und veruntreut, sollte es eigentlich zum Verständis eines Libertären gehören, daß die arbeitenden Menschen über ihren eigenen Arbeitsertrag, ihr eigenes Geld, selbstbestimmt verfügen können. Weil der Staat überflüssige und nicht notwendige Kosten verursacht, haben auch schon Arbeitgeber erklärt, sie würden den Arbeitnehmern ihre Versicherungsbeiträge (einschließlich Arbeitgeberanteile) auszahlen, um ihren Beschäftigten die Möglichkeit der eigenen Nutzung zu bieten.

Der Staat bestiehlt die arbeitenden Menschen

Die staatliche Rentenversicherung leistet, weil der Staat diese für versicherungsfremde Zwecke verwendet (jährlich rund 30% der Rentenzahlungen = ca. 90 Milliarden D-Mark), keine besondere soziale Sicherung: Nach 45 Jahren Beiträgen bei einem durchschnittlichen Verdienst, ca. 1920,– DM Rente! Staatliche Abhängigkeit macht sich nicht bezahlt. Wenn ein Sozialdemokrat, selbst Nutznießer staatlicher Privilegien, die Meinung vertritt, er könne nicht verstehen, warum eine steigende Staatsquote die Bürger entmündigt, mag das noch verständlich sein, aber wem bewußt ist, daß der Staat damit weitgehend über das Einkommen der Bürger verfügt, er ihnen dieses nimmt und es auch für Zwecke verwenden kann (Rüstung, Atomkraftwerke z.B.), die für den Bürger schädlich sind, hat das wahre Wesen des Staates, nämlich eine Zwangsorganisation ohne jede andere Alternative, immer noch nicht verstanden. Und bestürzend ist es schon, wenn der Staat eine Legitimation und Akzeptanz erfährt, obwohl es sich hier um eine Institution handelt, die unter dem Deckmantel »sozialer Fürsorge« zunächst die arbeitenden Menschen bestiehlt, um ihnen dann scheinbar etwas zu schenken. Beim »sozialen Wohnungsbau« übernimmt der Staat die Zinszahlungen, aber die Wohngeldzuschüsse und Geldkosten müssen von den Bürgern zurückgezahlt werden, während sich die Kapitalanleger darauf verlassen können, daß ihre »Profite« außerhalb jeder Diskussion bleiben. Libertäre Kritik, wie ich sie verstehe, sollte weder die staatliche noch kapitalistische Ausbeutung, die ursächlich für die Eigentumslosigkeit und Arbeitslosigkeit verantwortlich ist, tabuisieren. Denn nicht der Markt, sondern der Kapitalismus, der über den Kapitalzins die Wirtschaft (besonders die Wohnungswirtschaft) mit »Kosten« belastet, ist ursächlich für die Arbeitslosigkeit und die Ausbeutung verantwortlich. Die Verschuldung von Bund und Ländern hat den Betrag von 2 Billionen D-Mark überschritten und diese müssen verzinst werden, wobei die Nettoneuverschuldung völlig für Zinszahlungen verbraucht wird.

Dabei sind die Bundesbürger durch Steuern, Abgaben und Schulden schon bis zum Überdruß belastet und anstatt über Alternativen nachzudenken, wird der Ruf nach staatlichen Maßnahmen laut und man möchte ein »staatliches System« verteidigen, das diese Situation verursacht hat.

Nehmen wir an, Banken würden der Stadt Hamburg eine Entschuldung gewähren, (nicht zu verwechseln mit Entschuldungen von Ländern der dritten Welt, denn da müssen die Steuerzahler, nicht die Kapitalanleger, die Zinsentlastungen bezahlen) etwa von 1.000 Millionen D-Mark, und dieser Betrag ließe sich noch um eine weitere Milliarde erhöhen, Kürzung der überhöhten Staatspensionen, dann könnten sofort und unverzüglich 2 Milliarden DM für die Schaffung von Arbeitsplätzen eingesetzt werden. Verbesserung der Infrakstruktur in den Städten und Gemeinden, Wohnungen, Parks, öffentlicher Nahverkehr, Kläranlagen, Umweltschutzmaßnahmen, kurz in der Erhaltungswirtschaft, finden sich genügend Arbeitsplätze. Diese Arbeitsplätze »bezahlbar« machen, das wäre eine wichtige Voraussetzung zum Abbau der Arbeitslosigkeit.

In der Industrie werden sich die Arbeitsplätze noch verringern, weil sich Massenkonsumgüter mit immer weniger Menschen produzieren lassen, auch wenn es nie ganz ohne Menschen gehen wird. Diese Unternehmen benötigen MitarbeiterInnen mit einer ständig erhöhten Qualifikation, immer weniger Leute, die nur über eine einfache oder keine Ausbildung verfügen. Flexiblere Arbeitszeiten, weniger Überstunden, gegenseitige Vereinbarungen, können nur bedingt Arbeitsplätze sichern und nur wenige neue schaffen. Mit niedrigeren Löhnen, dem Verzicht auf soziale Ansprüche, der Kürzung vom Arbeitslosengeld, Reduzierung der Renten, mit diesen und weiteren »Sparmaßnahmen« läßt sich die Massenarbeitslosigkeit nicht beseitigen, auch wenn durchaus einzuräumen ist, diese Schritte sind einer politischen Begrenzung auf etwa 3 Millionen Arbeitslose dienlich.

Zinssenkungen, wie sie gegenwärtig von der Bundesbank vorgenommen werden, führen längerfristig zu einer Entlastung, günstigere Hypotheken, geringere Schuldzinsen, aber das bleibt eine temporäre Maßnahme, zeigt nur die Abhängigkeit von den Maßnahmen der Bundesbank.

Die Privilegien von Staat und Kapital müssen überwunden werden

Wird die Existenz einer »Zweidrittel-Gesellschaft« stabilisiert, gehalten, wozu auch die Bewahrung der sozialen Abhängigkeit breiter Schichten gehört (Wählerpotential), werden sich in den europäischen Ländern tendenziell Entwicklungen abzeichnen, zu denen eine steigende Armut gehört, ebenso eine wachsende Kriminalität, aber es wäre illusorisch anzunehmen, es gäbe eine umfassende wirtschaftliche-soziale Katasprophe, die den Kapitalismus zum Scheitern bringt. Die Kooperation der Regierung mit den Parteien, den Gewerkschaften, besitzt nur einen Sinn, nämlich gemeinsam dafür zu sorgen, daß ein funktionierendes Integrationssystem erhalten bleibt und dazu gehört eine gewisse »soziale Befriedung« der benachteiligten Bevölkerungsschichten. Und das ist unsere Kritik; Ohne ein Wissen um eine libertäre Ökonomie, klare Zielsetzungen und Perspektiven, gibt es keine Realisierung einer herrschaftsfreien Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

Streikende Arbeitnehmer, protestierende Menschen, besitzen unsere Sympathie und unsere Solidarität, denn ihr Schicksal, das Los der Erwerbslosen, der Benachteiligten, ist uns nicht gleichgültig, aber wirkliche Erfolge lassen sich nur mit Alternativen erreichen, die zur Überwindung der Privilegien des Staates und des Kapitals führen.

Dazu gehört die Lösung der Geld/Bodenfrage, ebenso die Mit-bzw. Selbstbestimmung in den »Marktbeherrschenden Unternehmen«, die Einbeziehung der Bürger bei der Verwendung ihrer »Beiträge und Steuern« (wozu auch das Recht auf eigene Alternativen gehört) sowie die ungehinderte Praktizierung von sozialen Experimenten.

Massenarbeitslosigkeit ist ein politisches Problem. Menschen, die in sich selbst keinen Halt mehr finden, deren Selbstwertgefühl zerbricht, finden nur noch schwer den Weg zur Freiheit: sie werden sehr leicht Opfer der politischen Verführung.

Auch wir wissen, daß sich das Leben auch ohne mühselige Arbeit bewältigen läßt (wenn man dazu die Möglichkeit hat), aber Arbeit besitzt für die Mehrheit der Menschen eine elementare Bedeutung der Selbstverwirklichung. Im Sinne von Thomas Mann: »Arbeit ist schwer, ist oft genug ein freudloses und mühseliges Stochern. Aber nicht arbeiten – das ist die Hölle.«

Herrschaftsfreie Wirtschaft, eine vom Monopolismus befreite Marktwirtschaft, die allen die Möglichkeit bietet, sich den vollen Arbeitsertrag zu sichern, entsprechend den Bedürfnissen viel oder wenig zu arbeiten, ist der Weg zur Überwindung des Kapitalismus und der staatlichen Bevormundung.

Um es mit Mackay zu sagen: »Erhofft alles allein von euch selbst. Erwartet nichts von denen, die euch regieren. Der Staat ist unproduktiv. Er kann nur geben, was er vorher genommen hat.« (aus: J.H. Mackay; Abrechnung. Berlin 1932)●

Aus ESPERO Nr. 6/7

ZUM AUTOR

Uwe Timm, geb. 1932, unabhängiger Publizist, zuletzt freigestellter Betriebsrat (stellvertretender BR-Vorsitzender) in einem Industrieunternehmen. Seit 1952 aktiv in der libertären Bewegung. Zahlreiche Veröffentlichungen u.a. Zum Gedächtnis an Gustav Landauer (Literarisches Arbeitsjournal 1979), Warum ich Anarchist bin, 3. erweiterte Auflage 1985, Verlag der Mackey-Gesellschaft Freiburg, Ökologie und Freiheit, 1980, Vlg. der Mackey-Gesellschaft, Zum Glück gehts der Freiheit entgegen, Verlag Schwarzer Nachtschatten, Bösdorf, 1991.

DIE TRANSFORMATION DER ÖKONOMIE

D Pleite?

Jenseits von Markt und Staat

Es gibt einen Traum in der Moderne: den Traum von der sozialen Emanzipation, von einer autonomen Produktion des Lebens und von der Selbstbestimmung des Menschen. Gleichzeitig hat der historische Prozeß der Modernisierung die alte agrarische Naturalwirtschaft zerstört, die Warenproduktion entfesselt und alle sozialen Beziehungen in Geldbeziehungen verwandelt. Die vorher nur schwach entwickelten Institutionen von Markt und Staat wuchsen auf diese Weise zu hybriden Formen an und begannen, den gesamten gesellschaftlichen Raum auszufüllen. Was ist dabei aus dem Traum von der sozialen Emanzipation geworden?

Von Robert Kurz, Nürnberg

Die Projekte der sozialen Reform, des Sozialismus und der nationalen Befreiung waren ausnahmslos auf eine staatliche Regulation des Marktes fixiert. Der keynesianische Sozialstaat des Westens sollte aus dem Prozeß des Marktes Gelder abschöpfen und für soziale Zwecke umverteilen. Der sozialistische Staat des Ostens und des Südens sollte als »Generalunternehmer« sogar den Markt selber planen und Preise ebenso wie Löhne dekretieren. In beiden Fällen blieben die Menschen Objekte einer Bürokratie, die schließlich überall unter dem Druck des Weltmarkts gescheitert ist.

Aber auch der Markt ist nicht die Sphäre des autonomen menschlichen Handelns, wie der Liberalismus behauptet, sondern nur die andere Seite derselben Medaille. Gerade der Markt ist es, der die Menschen der »stummen Diktatur« von Geld und betriebswirtschaftlicher Rentabilität unterwirft. Deshalb ist die einseitige liberale Kritik des Staates durch den Markt ebensowenig emanzipatorisch wie die umgekehrte sozialistische Kritik des Marktes durch den Staat. Die ökonomische Liberalisierung dient nur dazu, die letzten Reste der sozialen Verantwortung zu zerstören, die im Kapitalismus und im Sozialismus gleichermaßen nur in der bürokratischen Maske des Staatsapparats erscheinen können.

Das hybride System von Markt und Staat scheint sich an der Schwelle des 21. Jahrhunderts selber ad absurdum zu führen. Denn wenn dieses System auf der ganzen Welt hunderte Millionen von Menschen nicht mehr gesellschaftlich integrieren kann, dann muß es auch aufhören, die totale Form der Gesellschaft zu sein. Deshalb werden immer mehr Stimmen laut, die nach anderen Formen der Reproduktion jenseits von Markt und Staat fragen. So hat der französische Sozialphilosoph André Gorz in seiner »Kritik der ökonomischen Vernunft« den Begriff der autonomen Tätigkeiten eingeführt, die durch freiwillige Zusammenschlüsse in den »mikro-sozialen Sphären« von Stadtteilen und Regionen organisiert werden können. Er denkt dabei vor allem an kulturelle Aktivitäten und an soziale Tätigkeiten, z.B. die Betreuung von Kindern, Alten und Kranken, aber auch an die Produktion von Nahrungsmitteln und Gegenständen des Bedarfs. Jeremy Rifkin, Ökonom und Gesellschaftskritiker in den USA, sieht sogar ein »postmarktwirtschaftliches Zeitalter« heraufdämmern, in dem sich ein dritter Sektor als Bereich der Selbsthilfe entwickelt.

»Der »dritte Sektor« benötigt eine eigene Perspektive der Entwicklung für das 21. Jahrhundert«

Es handelt sich bei diesem dritten Sektor keineswegs nur um graue Theorie. Überall auf der Welt ist in den vergangenen 10 bis 20 Jahren die Bedeutung eines diffusen gesellschaftlichen Raumes zwischen Markt und Staat gewachsen. Dabei handelt es sich nicht in erster Linie um die »Schattenwirtschaft«, die oft nichts anderes als ein illegaler und brutalisierter Markt ist. Im Gegensatz dazu setzt sich der dritte Sektor aus einer Vielzahl von freiwilligen Vereinigungen zusammen, die sich gegen soziale Misere und ökologische Zerstörung organisieren. Die meisten von ihnen legen großen Wert auf Selbstverwaltung. Praktisch stoßen sie in die Räume vor, aus denen sich der Markt mangels Rentabilität und der Staat mangels Finanzierungsfähigkeit zurückgezogen haben. Sie schaffen öffentliche Küchen, legen Gärten an, bauen Wasserleitungen, beseitigen Müll, betreuen Straßenkinder, stellen Wohnraum bereit, organisieren eigenen Schulunterricht usw. Und sie haben viele Namen: Jeremy Rifkin nennt z.B. die Travaux d'Utilité Collective in Frankreich, die Jichikai in Japan (Gemeinde-Organisationen für gegenseitige Hilfe), die Organizaciónes Económicas Populares in Chile oder die juntas de vecinos in anderen Ländern Lateinamerikas. Als Sammelnamen haben sich die Begriffe »Non-Profit-Organizations« (NPOs) und »Non-Governmental-Organizations« (NGOs) herausgebildet, um zu unterstreichen, daß es sich weder um kommerzielle noch um bürokratische Initiativen handelt.

Die entscheidende Frage ist, ob sich der dritte Sektor zu einem neuen Paradigma der gesellschaftlichen Reproduktion entwickeln kann. Damit das möglich wird, muß er über bloße Not- und Hilfsmaßnahmen hinausgehen, die nichts weiter beabsichtigen, als die Wunden ein wenig zu verbinden, die den Menschen von der »invisible hand« des enthemmten Marktes zugefügt werden. Wenn kein neuer globaler Boom der Marktwirtschaft mehr kommt, auf den viele immer noch hoffen, dann braucht der dritte Sektor eine eigene Perspektive der Entwicklung für das 21. Jahrhundert, statt bloß ein vorübergehendes Phänomen der Krise zu sein.

Worin besteht eigentlich die ökonomische Logik dieser Tätigkeiten? Auffällig ist, daß Autoren wie Gorz oder Rifkin das Problem noch völlig in den Kategorien der Marktwirtschaft beschreiben. Gorz schlägt vor, die hohe technische Produktivität für eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit in der Marktwirtschaft zu nutzen und gleichzeitig ein ausreichendes Mindesteinkommen für alle in der Geldform zu zahlen. Die zusätzliche freie Zeit soll dann für die freiwilligen Organisationen jenseits von Markt und Staat verwendet werden. Rifkin dagegen hofft,

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

daß im dritten Sektor selber viele »bezahlte Arbeitsplätze« entstehen. In beiden Fällen bleibt der dritte Sektor der unmündige kleine Bruder des Marktes, weil die Quelle der »Finanzierung« letzten Endes immer nur die Brosamen der Mildtätigkeit sein können, die von der Produktion für den Profit abfallen. Denn nach den objektiven Gesetzen der Marktwirtschaft läßt sich die Steigerung der technischen Produktivität nicht in eine Senkung der Arbeitszeit für die gesamte Gesellschaft übersetzen, sondern immer nur in eine Senkung der betriebswirtschaftlichen Kosten. Unter den heutigen Bedingungen bedeutet das auf der Ebene der Gesamtgesellschaft Massenarbeitslosigkeit, während der Zuwachs der Produktivität für die Konkurrenz auf den globalen Märkten verbraucht wird. Die Visionen von Gorz und Rifkin drohen so ein Subventionsmodell für wenige reiche Länder oder eine Art altruistisches Hobby für marktwirtschaftliche Gewinner zu bleiben.

Richtig ist sicher, daß eine sofortige und totale Überwindung des Marktsystems durch den dritten Sektor nicht möglich sein wird. Man kann sich aber vorstellen, daß immer mehr Menschen nur noch einen Teil ihrer Bedürfnisse mittels Geld befriedigen, das sie durch Arbeit für den Markt oder durch soziale Transfers vom Staat beziehen. Ein anderer Teil der Bedürfnisse könnte dagegen durch selbstorganisierte Tätigkeiten im dritten Sektor befriedigt werden. So geschieht es bereits heute in vielen solchen Initiativen. Das bedeutet, daß dieser Sektor der Reproduktion nicht (oder nur teilweise) subventioniert wird, sondern stattdessen einen Teil der Tätigkeiten, der Zeit und der Ressourcen von der Logik des Geldes »entkoppelt«.

»Der Ansatz der sogenannten »Gemeinwirtschaft« wurde von der historischen Expansion des Marktes überrollt«

In der Geschichte der alten Arbeiterbewegung gab es einen ähnlichen Versuch in Form der Genossenschaften. Die ursprüngliche genossenschaftliche Idee bestand darin, nicht allein für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen, sondern auch bestimmte Lebensbereiche durch selbstverwaltete Tätigkeiten aus den Zwängen der Lohnarbeit herauszunehmen. Die Gewerkschaften und sozialistischen Parteien förderten diese sogenannte »Gemeinwirtschaft« in Form von Konsum-, Wohnungsbau- und Produktionsgenossenschaften. Aber dieser Ansatz wurde von der historischen Expansion des Marktes überrollt. Als in den zentralen industriellen Sektoren höhere Löhne und mehr Freizeit erreicht werden konnten, verloren die Gewerkschaften den Sinn für die genossenschaftliche Bewegung. Der Staat hatte erst recht kein Interesse an einer autonomen Sphäre; er bemühte sich im Gegenteil, die genossenschaftliche Tätigkeit in ein Feld der Kapitalrendite zu verwandeln, um die dabei entstehenden Geldeinkommen besteuern zu können. So wurden die Genossenschaften teils freiwillig, teils durch die Gesetzgebung gezwungen, zu ganz gewöhnlichen marktwirtschaftlichen Unternehmen oder lösten sich allmählich auf. Es ist eine historische Ironie: während heute in vielen Ländern die Gewerkschaften die letzten Reste der längst kapitalisierten alten »Gemeinwirtschaft« liquidieren, entsteht der dritte Sektor neu und »von unten«, weil Markt und Staat nicht mehr das gesamte Leben erfassen können.

Es wird sicher Ökonomen geben, die behaupten, daß der dritte Sektor dem Markt nicht standhalten kann, weil für selbstverwaltete Initiativen die Kosten der notwendigen Investitionen zu hoch wären und sie deshalb nur mit primitiven Mitteln produzieren könnten. Das ist richtig für die Produktion von Produktionsmitteln wie Computer, Maschinen, Werkzeuge usw. Dieser Sektor wird zunächst für die Aktivitäten des dritten Sektors schwer erreichbar sein. Es ist aber nicht richtig für die Produktion von Konsumtionsmitteln und Dienstleistungen. Denn die mikroelektronische Revolution hat technisch zu einer Miniaturisierung und ökonomisch zu einer enormen Verbilligung der »produzierten Produktionsmittel« geführt. Rechner und Werkzeugmaschinen, die vor weniger als 20 Jahren noch groß wie Häuser waren und die Kapitalkraft mittlerer Unternehmen erforderten, können heute im Taschenformat von kleinen Gruppen oder sogar von Individuen gekauft werden. Warum ist dann die Kapitalintensität in der Konsumgüterindustrie und bei den Dienstleistungen trotzdem stark gestiegen? Der Grund ist einfach: als Profit-Unternehmen müssen diese Sektoren mit den Profiten der Produktionsmittelindustrie und mit der Rendite auf den Finanzmärkten konkurrieren. Deshalb erliegen sie dem Trend zur Konzentration des Kapitals und sind nur bei großen Marktanteilen rentabel. Dieses Problem haben die Non-Profit-Organisationen per definitionem nicht, weil sie außerhalb der Orientierung auf eine Kapitalrendite direkt für die Bedürfnisse der Beteiligten produzieren.

Ein einfaches Beispiel ist der Bau von Wohnungen. Ein Investor von Geldkapital, der gar nicht das eigene Bedürfnis nach Wohnraum befriedigen will, kann nicht damit zufrieden sein, daß Häuser gebaut und langfristig erhalten werden. Er will darüber hinaus eine Rendite seines Kapitals, die mindestens so hoch wie der Profit in anderen Branchen sein muß. Die Mitglieder einer Genossenschaft dagegen wollen selber in ihren Häusern wohnen. Sie brauchen keine extra Rendite erwirtschaften, sondern müssen nur gemeinsam Geld sammeln für Baumaterial und die Bezahlung spezieller Handwerker. Viele notwendige Arbeiten können sie selber ausführen. Und außerdem können sie mehr Rücksicht auf soziale, ästhetische und ökologische Kriterien nehmen, weil es ihnen nicht um einen abstrakten Gewinn geht. Freilich brauchen die NPOs für solche Projekte Zeit, Raum, Starthilfe und günstige juristische Rahmenbedingungen.

»Die Bewegungen haben sich selbst noch nicht als neue historische Kraft erkannt«

Damit ist ein großer sozialer Konflikt für die kommende Epoche programmiert. Denn das gegenwärtige System der Ökonomie und des Rechts ist darauf fixiert, alle Ressourcen in die Form des privaten »Geldmachens« zu pressen oder etatistisch davon abzuzweigen. Das marktwirtschaftliche Management sieht es als die natürliche Bestimmung der menschlichen Arbeitskraft, für die Kapitalrendite verwurstet zu werden; wer keine »Arbeit« in diesem Sinne hat, soll auf Knien darum bitten. Und die politische Klasse sieht es als die natürliche Bestimmung der menschlichen Person, staatlich verwaltet zu werden. Manager und Politiker haben daher heute ebensowenig wie in der Vergangenheit ein Interesse daran, daß ein autonomer Sektor außerhalb ihrer Kontrolle entsteht. Weil der Markt selber den Standard der Rentabilität immer höher schraubt, stehen jedoch auf der ganzen Welt immer mehr Wohnungen und Büros leer, intakte Produktionsmittel werden massenhaft stillgelegt, große Ländereien liegen brach. Diese Ressourcen werden größtenteils nicht für NPOs und NGOs freigegeben, sondern sie bleiben von einem abstrakten Privateigentum oder Staatseigentum beschlagnahmt, das gar nichts mehr mit ihnen anfangen kann.

Aus diesen Gründen ist schon jetzt absehbar, daß der dritte Sektor zu einem großen politischen Faktor aufsteigen wird; vielleicht sollte man besser sagen: zu einem antipolitischen oder postpolitischen Faktor, denn die neuen Initiativen lassen sich nicht mehr in die alten Kategorien der modernen Politik einsortieren. Diese Tendenz ist an der Oberfläche noch wenig sichtbar, weil heute trotz einiger Ausnahmen jeder Politclown, Karrierist oder Staatsterrorist mehr Aufmerksamkeit in den Medien findet als die bereits großen und bedeutsamen Bewegungen des dritten Sektors. Das liegt freilich auch daran, daß diese Bewegungen bis jetzt allzu bescheiden, ohne übergreifenden gesellschaftskritischen Anspruch und ohne eigene Theorie sind. Sie haben sich selbst noch nicht als neue historische Kraft erkannt.

Und sie werden nicht genügend von der bisherigen politischen Linken unterstützt, die sich nur schwer von ihrer Fixierung auf den Staat befreien kann und vielleicht in den Bewegungen des dritten Sektors eher eine politische Konkurrenz als einen anderen, erfolgversprechenden Ansatz der sozialen Emanzipation wittert. Viele ehemalige Marxisten kapitulieren lieber vor dem Neoliberalismus, als die eigene Vergangenheit kritisch zu transzendieren. Wäre es nicht raffiniert, den militanten Neoliberalen eine überraschende Antwort zu geben: Ihr habt recht, die persönliche Initiative und die dezentrale Organisation sind dem Dinosaurier des Etatismus überlegen wie David dem Goliath; aber wer sagt uns denn, daß die Alternative eine kommerzielle sein muß? Die NPOs und NGOs müssen auch nicht lokal borniert sein, denn schon heute bilden sie internationale Netzwerke. Vielleicht gehört die Zukunft einer »mikroelektronischen Naturalwirtschaft« auf genossenschaftlicher Basis. Und vielleicht ist das totalitäre System der Marktwirtschaft genau wie der Staat selber ein plumper Goliath, für den der Stein und die Schleuder schon bereit liegen.●

Dieser Beitrag wurde 1995 in der brasilianischen Zeitung »Folha« (1995) veröffentlicht.

Zum Thema ist soeben eine Schwerpunktausgabe der Zeitschrift »Krisis« (Nr. 18) im Horlemann-Verlag erschienen.

Anzeige

express

ZEITUNG DER UNDOGMATISCHEN GEWERKSCHAFTSLINKEN

Postfach 10 20 62
63020 Offenbach
Tel.: 069 / 88 50 06

★ BEOBACHTUNGEN AKTUELLER ARBEITSKÄMPFE
★ BERICHTE VON KRITISCHEN GEWERKSCHAFTERINNEN AUS DEN BETRIEBEN
★ DISKUSSION VON STRATEGIEN GEGEN LEAN PRODUCTION

○ Ich möchte ein kostenloses Probeexemplar
○ Ich bestelle die nächsten 4 akt. Ausgaben zum Preis von 20 DM (nur gegen Vorkasse bar oder Briefmarken)

KULTUREINRICHTUNGEN UND DIE »AUSLÄNDERSTEUER«:

Bleibt nun die deutsche Kulturszene unter sich?

»Diese Steuer ist der Killer«, »Kostenexplosion in der Zeit der Hasardeure«, »Verarmt die Musikszene«, »Kompromiß« und »Einigung erreicht« und »Immer feste druff: Theo Waigel kontra Kunst« lauteten die gängigsten Schlagzeilen zum Thema Ausländersteuer in den letzten Monaten. Und nun auch noch Michael Jackson? Er kommt nicht nach Deutschland, weil Theo Waigel ihm zu viel Ausländersteuer abknöpfen will. Einige hunderttausend DM müßte »Jacko« noch einmal drauf zahlen. Erschreckt von der Absage und vom bundesweiten Presseecho hat ihm Theo Waigel jetzt in einem offenen Brief ein paar fürsorgliche Tips gegeben, wie die Steuerlast erträglich gestaltet werden kann. Ob es klappt ist fraglich.
Für viele soziokulturelle Zentren, freie und staatliche Theater, Musikveranstalter und andere Kultureinrichtungen gibt es diese fürsorglichen Tips leider nicht und so kommt für sie bei der bereits jetzt angespannten Finanzlage ein neues Problem verschärfend hinzu.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Von Rainer Bode, Münster ● Worum geht es bei dieser Auseinandersetzung? Seit dem 1.1.96 gilt das im letzten Jahr verabschiedete Jahressteuergesetz. Hierin eingeschlossen ist die Änderung der Besteuerung für ausländische KünstlerInnen, die nun weitere drastische Mehrkosten mit sich bringt. Zwischen 17 und 25% müssen die Kulturveranstalter mehr an Kosten veranschlagen oder die Gagen um mindestens 10% drücken..

Für etliche Kultureinrichtungen galt bisher: Wir leben in der Einen Welt, es gibt somit keine AusländerInnen, sondern alle sind InländerInnen – dementsprechend gab es für viele auch keine Ausländersteuer. Die Finanzbehörden sehen das leider etwas anders. Von daher sind wir gezwungen, uns intensiver mit dem Thema zu beschäftigen. Doch vorab: Bitte keine Panik bei den nun folgenden Erläuterungen und Zahlenbeispielen. Der Konkurs muß noch nicht angemeldet werden, denn es gibt noch genügend Befreiungsvorschriften und sonstige Möglichkeiten, diese Steuerlast erträglich zu gestalten.

Grundlage der Besteuerung

Die Besteuerung wird geregelt im § 50a im Einkommensteuergesetz und fällt unter die Rubrik der »beschränkt Steuerpflichtigen«. Umgangssprachlich ist daraus der Begriff der »Ausländersteuer« entstanden. Unbeschränkt Steuerpflichtige sind alle, die ihren Wohnsitz länger als 6 Monate im Inland haben. Eventuelle Ausnahmen lasse ich hier mal außer Betracht.

Bisher betrug der Steuersatz für ausländische KünstlerInnen (Beschränkt Steuerpflichtige) 15% der »Einkünfte, die durch künstlerische, sportliche, artistische oder ähnliche Darbietungen im Inland oder durch deren Verwertung im Inland erzielt wurden, einschließlich der Einkünfte aus anderen, mit diesen Leistungen zusammenhängenden Leistungen, unabhängig davon, wem die Einnahmen zufließen« (Schreiben vom Bundesministerium der Finanzen (BMF) vom 23.1.96). »Zu den Leistungen, die mit den Darbietungen zusammenhängen, zählen auch technische Nebenleistungen wie Bühnenbild, Beleuchtung, Tontechnik, Kostüme usw. und Vermittlungsleistungen, soweit sie Teil der Gesamtleistung sind. Voraussetzung für die Einbeziehung dieser Nebenleistungen ist, daß sie auf Grund des bestehenden Vertragsverhältnisses Teil einer von dem beschränkt Steuerpflichtigen erbrachten Gesamtleistung sind, für die eine Gesamtvergütung gezahlt wird« (ebd.).

Übersetzt heißt das: Bringt der Künstler die gesamte Tontechnik und die Lichtanlage mit und ist das Bestandteil des Vertrages, gehören die Aufwendungen dafür zu den steuerpflichtigen Einkünften. Bei Künstlergruppen mit hohen Produktionskosten drückt sich diese Regelung verschärfend aus. Wird die Anlage demgegenüber vom Veranstalter beim örtlichen PA-Verleih angenietet, wird sie nicht den steuerpflichtigen Einkünften zugerechnet. Soweit meine Interpretation der Ausführungen des Finanzministeriums, allerdings: Finanzbeamte könnten das durchaus anders sehen.

Weitere Nebenleistungen sind: Hotelkosten, Fahrtkosten, Transportkosten, Spesen u.a., die alle zur Bemessungsgrundlage der Ausländersteuer gehören, da sie in einem direkten Zusammenhang mit der künstlerischen Leistung stehen. Relativiert wird die Einbeziehung der Nebenleistungen nur, wenn aufgrund der Buchführung oder sonstiger Verträge mit bspw. Hotels, der Deutschen Bahn o.a. ersichtlich ist, daß bestimmte Nebenleistungen nicht unmittelbar der künstlerischen Leistung zuzurechnen sind.

Steueränderung zum 1.1.96

Die Steueränderung zum 1.1.96 ist praktisch eine »Lex Schreinemakers« bzw. »Lex 1. FC Köln und Borussia Mönchengladbach«. Margarethe und einige Spieler der genannten Mannschaften haben es verstanden, ihren offiziellen Wohnsitz im nahegelegenen Ausland zu nehmen. Für sie wurde demnach nur der günstige Steuersatz von 15 % angesetzt, im Gegensatz zum Höchststeuersatz von bis zu 56%. Aufgefallen sind sie mit ihren Steuertricksereien, weil sie u.a. mit mehreren Personen unter der gleichen Anschrift und unter beengten räumlichen Verhältnissen in Belgien »wohnten«, Wohnverhältnisse also, die nicht unbedingt den Gagenhöhen bei SAT 1 und in der Fußball-Bundesliga entsprachen. Von daher kam es zu dieser Änderung im Zeitalter der »allgemeinen Steuergerechtigkeit«, deren negative Auswirkungen aber hauptsächlich die ausländischen KünstlerInnen mit niedrigen Gagen treffen bzw. die Kulturzentren, die diese engagieren und für die gesamten Kosten aufzukommen haben. Grundsätzlich beträgt der Steuersatz ab 1.1.1996 25% zzgl. des Solidaritätszuschlages und der entsprechenden Umsatzsteuer.

Die Ergebnisse dieser Steuererhöhung werden in den folgenden Tabellen und Beispielen für die konkrete Praxis in Kulturzentren übersetzt, wobei es jetzt zu kompliziert werden würde, den Werdegang der Berechnung detailliert darzustellen. Für die Kultureinrichtungen ist wichtig, was unter dem Strich bezahlt werden muß.

A) Steuerberechnung auf Bruttovergütung:

	Ausländer-Einkommensteuer	Solidaritätszuschlag	Umsatzsteuer	Summe	Summe alt
a)	25%	1,88% (7,5%	0%	26,88%	16,13%
b)	25%	1,66% (7,5%	6,54 (7%)	33,42%	22,67%
c)	25%	1,88% (7,5%	13,04 (15%)	39,92%	29,17%

Beispiel zu A a) Mit der ausländischen Künstlergruppe ist eine Bruttogage von 1.000 DM vereinbart worden. Die Gruppe ist umsatzsteuerbefreit. Von den 1.000 DM sind 25% Ausländersteuer = 250 DM und davon 7,5% Solidaritätszuschlag = 18,80 DM abzuziehen. Hier bleiben der Künstlergruppe 731,20 DM. Abzüge = 268,80 DM = 26,88%. Zum Vergleich: Vor der Änderung betrug dieser Satz 16,13%.

Beispiel zu A b) Mit der ausländischen Künstlergruppe ist eine Bruttogage von 1.000 DM vereinbart worden. Die Gruppe ist nicht umsatzsteuerbefreit, sondern hat den ermäßigten Satz von 7%. Von den 1.000 DM sind 25% Ausländersteuer = 250 DM und davon 7,5% Solidaritätszuschlag = 18,80 DM sowie 6,54% (Bruttobetragsberechnung von 7%) = 65,40 DM Umsatzsteuer abzuziehen. Hier bleiben der Künstlergruppe 665,80 DM. Abzug = 334,20 DM = 33,42%. Der alte Satz betrug 22,67%.

Beispiel zu A c) Mit der ausländischen Künstlergruppe ist eine Bruttogage von 1.000 DM vereinbart worden. Die Gruppe ist nicht umsatzsteuerbefreit, sondern hat den Satz von 15%. Von den 1.000 DM sind 25% Ausländersteuer = 250 DM und davon 7,5% Soli.Zuschlag = 18,80 DM sowie 13,04% (Bruttobetragsberechnung von 15%) Umsatzsteuer abzuziehen. Hier bleiben der Künstlergruppe 600,80 DM. Abzug 399,20 = 39,92%. Der alte Satz betrug 29,17%.

B) Berechnungssatz auf Nettovergütung:

Die Regel ist jedoch, daß die Veranstalter die Steuern in diesem Bereich übernehmen. Demnach ergibt sich eine ganz andere Rechnung, wo der Unterschied und damit die Mehrkosten noch deutlicher werden.

	Ausländer-Einkommensteuer	Solidaritätszuschlag	Umsatzsteuer	Summe	Summe alt
a)	34,19%	2,57% (7,5%)	0%	36,76%	19,23%
b)	37,55%	2,82% (7,5%)	9,83% (7%)	50,20%	29,31%
c)	41,61%	3,12% (7,5%)	21,71% (15%)	66,44%	41,18%

UST-Satz	15%		UST-Satz	7%		UST-Satz	0%	
	DM	%		DM	%		DM	%
Nettogage	1.000,00		Nettogage	1.000,00		Nettogage	1.000,00	
UST	217,10	21,17	UST	98,30	9,83	UST	0,00	0,00
Ausl. St.	416,10	41,61	Ausl. St.	375,50	37,55	Ausl. St.	341,90	34,19
SoliZ.	31,20	3,12	SoliZ.	28,20	2,82	SoliZ.	25,60	2,56
Summe	1.664,40	66,44	Summe	1502,00	50,2	Summe	1367,50	36,75

Beispielrechnung für die Steuerbelastungen von KulturveranstalterInnen

Ein Versuch, es einfach zu erklären: Wenn die Einkünfte der KünstlerIn einschließlich aller Nebenleistungen 1.000 DM betragen, die Umsatzsteuer 15% beträgt und das Zentrum alle Steuern übernimmt, müssen bei dieser Summe 1.664,4 DM (Einkünfte plus 66,44%) gerechnet werden. Der alte Satz betrug 41,18%. Liegt der Steuersatz bei 7 % (ermäßigter Umsatzsteuer), liegt diese Summe bei 1.502 DM (Einkünfte plus 50,2%) und liegt eine Umsatzsteuerbefreiung für die KünstlerIn vor, liegt die Summe bei 1.367,50 DM (Einkünfte plus 36,75%). Die alten Sätze betrugen 29,31% bzw. 19,23%. Diese enorme Erhöhung erfordert natürlich eine andere, vor allen Dingen höhere Kalkulation der Kulturprogrammkosten.

Pauschalierte Lohnsteuer

Etliche (einschließlich des Verfassers) haben diese Entwicklung etwas verschlafen und stehen jetzt seit Herbst 95 vor diesem Schlamassel. Die großen Opernhäuser und Theater haben zu Weihnachten den Aufstand geprobt, sich mit Waigel ins Benehmen gesetzt und versucht, eine bessere Lösung zu finden. Herausgekommen ist ein kleiner Kompromiß, der den Anschein erweckt, als habe August Everding bei Theo Waigel etwas erreicht:

Es wurde die alte Regelung von einem »Steuerabzug bei unbeschränkt einkommensteuer-(lohnsteuer-) pflichtigen Künstler und verwandten Berufen« herangezogen, die für alle gilt, die u.a. weisungsgebunden in einer Kultureinrichtung engagiert werden. Hier ist dann nach der Lohnsteuertabelle zu verfahren. Da dieses natürlich auch zu teuer ist, wurde eine Pauschalierung eingeführt für

- gastspielverpflichtete KünstlerInnen bei Theaterbetrieben
- freie MitarbeiterInnen für den Hörfunk und Fernsehfunk
- MitarbeiterInnen in den Film- und Fernsehproduktionen.

Hier beträgt der Pauschalsatz 30% plus der Solidaritätszuschlag. Danach ergibt sich folgende Rechnung.

Pauschalisierung bei beschränkt Steuerpflichtigen mit 30% plus Solidaritätszuschlag:

Gesamteinnahmen (Gage) der KünstlerInnen:	1.000,00 DM
Lohnsteuer 30%	-300,00 DM
Solidaritätszuschlag 7,5%	-22,50 DM
Verbleiben der KünstlerIn	677,50 DM

Übernimmt der Veranstalter die Steuern, heißt das bei

Nettoauszahlung an die KünstlerIn in Höhe von	677,50 DM
Lohnsteuer 44,28%	300,00 DM
Solidaritätszuschlag 7,5%	22,50 DM
Gesamtkosten für den Künstlerauftritt	1.000,00 DM

Die Zahlen machen deutlich, daß dies nur ein Kompromiß ist für die großen Theater und Opern, die diese Konstruktion des nicht selbständigen Künstlers wählen können. Trotzdem wird es sicherlich auch Aufwand erfordern, aus KünstlerInnen weisungsgebundene »unbeschränkt Steuerpflichtige« zu machen. Für die soziokulturellen Zentren oder die anderen freien Kultureinrichtungen wird das nahezu unmöglich werden, dieses zu erreichen. Was für ein Kompromiß!?

Befreiung von der Ausländersteuer

Für die diese Einrichtungen bleibt nur der Weg, eine Befreiung von der Ausländersteuer zu erwirken. Um nicht zu sehr in die Gefilden dieser besonderen Form des Steuerrechts zu gelangen, hier in Kurzform einige Grundsätze der Befreiung:

Es gibt mittlerweile mit den meisten Ländern ein Doppelbesteuerungsabkommen. Grundsatz hierfür ist, daß die Einkünfte nicht doppelt besteuert werden sollen. Mit jedem einzelnen Land ist es unterschiedlich geregelt, wo besteuert werden muß. Bei einigen Ländern muß in Deutschland besteuert werden, bei den anderen im Heimatland des Künstlers.

Eine Anmeldung und damit Beantragung der Freistellung beim Bundesamt für Finanzen ist auf jeden Fall erforderlich. Antragsberechtigt ist der Künstler bzw. kann per Vollmacht dies an die Kultureinrichtung delegiert werden. Der ausländische Staat, vertreten durch die entsprechende Steuerbehörde, muß die entsprechende Bescheinigung ausstellen. Grundsätzlich gilt hier, daß eine Befreiung nur möglich ist, wenn die Darbietung im öffentlichen Interesse ist. Das wird durch entsprechende Kulturabkommen oder durch eine angemessene – mind. 1/3 der Kosten – öffentliche Förderung dokumentiert.

Eine weitere Form der Befreiung gibt es für die Kulturorchester- und vereinigungen, nicht jedoch für Solisten. Hier kann die Steuerbefreiung beim örtlichen Finanzamt beantragt werden. Voraussetzung ist auch hier eine angemessene öffentliche Förderung in Bar- und Sachleistungen. Näheres zu den Befreiungsvorschriften ist nachzulesen in der Arbeitshilfe der Bundesvereinigung sozio-kultureller Zentren: »Besteuerung ausländischer Künstler«. Das Problem besteht auch hier darin, daß die örtlichen Finanzbehörden sehr unterschiedlich mit dieser Regelung umgehen und von daher keine allgemein gültigen Aussagen gemacht werden können. Das gilt dafür, ob die Befreiung immer vor dem Projektbeginn beantragt werden muß, was ein Kulturorchester ist oder nicht, welche öffentliche Förderung dafür gilt und wie hoch dieser Anteil mindestens sein muß.

Wie nun weiter?

Bleibt zu hoffen, daß beim nächsten Jahressteuergesetz, daß sich mittlerweile ankündigt, entsprechende Neuregelungen gemacht werden. In dem Brief an Jacko hat Theo Waigel angekündigt, daß an einer Neuformulierung zur Ausländersteuer gearbeitet wird. Die KünstlerInnen sollen zukünftig eine Wahlmöglichkeit haben, wie sie sich besteuern lassen wollen. Sie können z.B. demnächst eigene Einkommenssteuererklärungen abgeben, auch wenn sie nicht ihren Wohnsitz im Bundesgebiet haben. Das soll auch schon für1996 gelten (die sogenannte »Jacko-Regelung«). Ob diese Regelung greift oder wieder zu neuen Chaos führt, wird man sehen.

Aber da nicht nur Jacko ein Problem hat, sondern auch gerade die vielen kleinen Kultureinrichtungen, besteht auf jeden Fall noch Handlungsbedarf, zumal auch der Kompromiß, der von den Bühnenleuten mit Waigel getroffen worden ist, kaum als solcher bezeichnet werden kann und zudem nur für einen eingeschränkten Kreis gültig ist. Hier ist die Kulturpolitik von Land und Bund gefordert, sich in ein entsprechendes Gesetzgebungsverfahren einzubringen und es nicht nur den FinanzpolitikerInnen zu überlassen.

Wenn es keine Änderungen gibt, wird doch bald die deutsche Kunst- und Kulturszene unter sich bleiben, weil die Verpflichtung der ausländischen KünstlerInnen zu teuer wird. Es bleibt die Alternative, die Gagen für die KünstlerInnen zu drücken, was nicht in im Interesse der Kultureinrichtungen sein kann, oder die Eintrittspreise drastisch zu erhöhwn. Eine weitere Konsequenz könnte sein, das Programm mit ausländischen KünstlerInnen stark zu reduzieren. Eine letzte Alternative wäre natürlich auch, die öffentlichen Zuschüsse ordentlich zu erhöhen, um die Kultureinrichtungen in die Lage zu versetzen, die steuerlichen Mehrkosten zu tragen. Bloß das steht in weiter Ferne.●

KULTURSCHUB IN HANNOVER

Die Chaosstudie

Letzte Provinz und primitive Chaoten, die keine Ziele, keinen Plan haben. Aber die brennenden Barrikaden gehen um die Welt und erschrecken selbst die Menschen in an Unruhe gewöhnten Ländern wie Persien und Jugoslawien, weshalb diese besorgt bei ihrer hier lebenden Verwandschaft anfragen, ob sie nicht lieber zurückkommen möchten. Gleichwohl übt sich die hiesige oppositionelle Klasse in Nichtbeachtung, »weil die ja spinnen!« usw. ... Ausnahmsweise sehen auch die Linken keinen Bedarf für »nützliche Idioten«, und so könnte es passieren, daß die nächsten Chaos-Tage (1.-4.8.) in Hannover ein weiteres Mal ein provokatives, aber unverständliches (vielleicht gar blutiges?) Barrikaden-Spektakel für den Rest der Welt bleiben. Wenn nicht ... wenn nicht der von einigen verrückten Künstlern und Soziologen propagierte Kulturschub von allen möglichen phantasievollen Menschen, Straßenkünstlern, Ravern, Kids und Alltagsabenteurern als Chance begriffen wird! Darum geht es in der folgenden (gekürzten*) Chaosstudie von Herrmann Cropp.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Chaostage, der Demokratie-Test alle Jahre

... wieder in Hannover jeweils am ersten Augustwochenende ... Ob sie auch 1996 noch stattfinden? Die Hannoversche Polizei rüstet mit 25 Millionen der nächsten Kraftprobe entgegen. Und die Szene rüstet auf ihre Art, indem sie die Kräfte untereinander probt und sich zerstreitet – sogar so schlimm, daß die »linken« Chaoten die Polizei um Hilfe gegen die »rechten« Chaoten gerufen haben.

Mitte Januar '96 gab es eine Gegenbesetzung der bereits besetzten Sprengelfabrik durch Punks aus Hamburg, welche von hannöverschen Punks zu Hilfe gerufen worden waren. Wie immer bei Familienstreitigkeiten sind die Grenzen zwischen Gut und Böse schwer zu ziehen. Oder doch: die Böseren saufen und hauen drauf, während die Wehleidigen erstere Faschos nennen und die Polizei um Hilfe rufen. Die bösen Punks wurden in dem Flugblatt nach dem üblichen Freund-Feind-Schema in die rechte Ecke gestellt: »schwulen-, lesben-und frauenfeindlich ... Sieg-Heil-Gegröle, Hitlergruß«. Interessant ist hier der argumentative Aufbau, denn begonnen wird mit dem schwächsten Vorwurf, welcher sich bei Einhaltung der Reihenfolge leicht steigern läßt. Sicher ist schon jetzt: die Chaostage werden sich nicht verhindern lassen! Insofern bleibt nur zu überlegen, wie dem von vornherein eine erfolgreiche Wendung zu geben sei, sowohl von Seiten der Chaoten wie von der Gegenseite, der Politik, Polizei und ein paar Rentnern.

Das Subjekt gesellschaftlicher Veränderung in Hannover ist schwer zu fassen. Zweifellos sind die Autonomen mit ihrer geistigen Orientierung an etwas älteren Ideen eher konsensfähig mit bestehenden Gesellschaftsstrukturen, als die nirgendwo einordbaren Punks. Die Hannoversche Presse hofft schon auf »friedfertige Anhänger alternativer Lebensformen«, und es wird überlegt, eine dauerhafte Legalisierung wie bei der Hamburger Hafenstraße zu finden. Dafür ist aber von den Punks am ehesten Neues zu erwarten. Mit ihrem ureigensten Bedürfnis nach Chaos tolerieren sie keinen Gruppenzwang, überhaupt keinen Zwang, keine Ideologie und keine politischen Korrektheiten. Mit Vergnügen setzen die modernen Egoisten Gruppenzusammenhalt, Bündnispartner und Solidarität aufs Spiel um herauszufinden, was dann jenseits der Formalitäten läuft. (Ich konnte auch Solidarität nie leiden.) Manche LeserInnen werden sich wundern, daß ich so für die Punks spreche. Außer ihrer eigenen Arroganz haben sie vermutlich wenig Fürsprache. Aber ich tu das nicht aus Mitleid, sondern wegen dieser faszinierenden Lebensverachtung, fast wie die »heiligen Narren« des alten Rußland, welche das auch schon mit den Ketten und Ringen durch alle möglichen Hautöffnungen hatten. Es ist erstaunlich, wie gewisse Elemente spiritueller Traditionen plötzlich wieder auftauchen. Was die jetzigen Bewohner der Kofferfabrik anbelangt, denke ich, daß sie sich unvernünftig verhalten haben, daß der Rausschmiß keine Lösung ist usw. Allerdings sind die Meinungen dort nicht einhellig, so sagte eine Frau, das mit dem »Sieg Heil« hätten sie nur gemacht um zu provozieren.

Solche schrecklichen Menschen sind natürlich kein richtiger Gegner mehr für eine auf Ausgrenzung bedachte Gesellschaft. Denn sie stehen immer so durcheinander, kein kollektives Feindbild, jeder macht was er will, geht doch nicht! Das ist schon an den ziellosen Polizeieinsätzen zu sehen, der Polizei fehlt ein klar definierbarer Gegner (doch zur Polizei später). Sie durchsetzen und unterwandern die Gesellschaft mit ihren vielfältigen Umgangs-, Ausdrucks-und Kulturformen. Ihre kunterbunten, tausenderlei Accessoires hängen in Polizistenohren ebenso wie im Nasenflügel einer Bankangestellten. Sie sind überall und nirgendwo greifbar, begreifbar sowieso nicht.

Demokratiespiel um Freiheit

Was soll man von solchen Vorgängen halten? Unruhe – klar! Destabilisierung – aber ja! Zersetzung und Zerfall – warum nicht? Laut und schmutzig und alkoholisch und bunthaarig und schrill und – ja, ja, ja! Freiheit mit Alkoholfahne! Das ist grotesk, was?

Doch sehn wir die Sache mal nüchtern (ich trinke übrigens nie und darf Nüchternheit für mich reklamieren) – das mit den Punks ist doch nur die neuste Auflage jenes Spiels, mit welchem vor ihnen Nihilisten, Anarchisten, Vegetarier, Romantiker, Jugendbewegung, Dadaisten, Surrealisten, Rocker, Apos und Hippies versucht haben, ihren Freiraum in der Gesellschaft auszuweiten. Um nichts anderes geht es, als um Freiheit! Für die Freiheit hungert und friert man, quält sich und nimmt sich sogar in einem letzten Freiheitsakt das Leben, um sich allen Einschränkungen seiner Freiheit zu entziehen.

Der Freiheitsbegriff jeder neuen sozialen Bewegung ist nur da von Interesse, wo der Freiheit zur Zeit Grenzen gesetzt sind, nämlich bei der Wahl der Haarfarbe, der Zahl der Nasenringe, des Drogengebrauchs, der Unabhängigkeit von Ideologie und PC (Political Correctness als neuester Form von Ideologie) und so weiter. Dieser Kampf wird auch in 1.000 Jahren noch geführt werden. Und daß das so ist, ist kein Beweis für die fiesen Machtverhältnisse und für die unabänderliche Unfreiheit, in der wir uns befinden, sondern daß der Kampf um Freiheit eine Grundbedingung des Lebens ist.

Es ist sogar so, daß alte Freiheiten wie das Recht auf Arbeit uninteressant werden und nur noch nicht erreichte Freiheiten wie das Recht auf Faulheit reizen. Die Grenzen der Freiheit setzt vor allem die Gemeinschaft, der Staat, die Nachbarschaft und die lieben Freunde. Und die lieben Freunde rufen im Ernstfall (98% aller Morde sind Beziehungsmorde) ebenso wie die böse Gesellschaft nach der Exekutive des Staates.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Feindbilder

Damit wär ich bei der Polizei, die bei den Demokratietestspielchen der innovativen Randgruppen von jeher die Rolle der Fortschrittsbremse spielt. Trotzdem kommt die Polizei in einer sich entwickelnden Gesellschaft nicht umhin, sich auch zu entwickeln. Und dabei soll sich die Polizei noch so behutsam entwickeln, daß man gar nicht merkt, daß der »Ordnungsapparat« einer Entwicklung unterworfen ist. Alle wünschen sich in dieser stürmischen Zeit einen ruhenden Pol, über den sie auch gern ein bißchen lästern möchten. Daher rührt das größte Mißverständnis in der Beurteilung der Polizei und ihrer Wechselwirkung mit dem gesellschaftlichen Wandel überhaupt. So meinte der bekannte Polizeikritiker Manfred Such kürzlich, daß von einer Demokratisierung und Demilitarisierung der Polizei nicht die Rede sein könne; bestenfalls dürfe man heute in Polizeikreisen laut nachdenken über Legalisierung weicher Drogen, Namensschilder für Polizisten usw. Um mir meine demokratischen Träume zu nehmen, hielt er mir die TAZ vom 5.2.96 vor die Nase, wo einer von diesen mit 25 Mio. gesponserten Nahkampfpolizisten posiert – na und?

Die Sensibilität für Feindbilder geht mir leider ab. Streiten kann ich mich zwar mit jedem, aber dazu muß er mir erst auf die Nerven gehn. Einen Feind an der Uniform, der Frisur oder den Stiefeln zu erkennen, diese Fähigkeit geht mir ab. Das ist insofern hinderlich, als ich, falls da wirklich mal ein »Klassenfeind« auftaucht, mich von dem wahrscheinlich einwickeln lasse. Klare Grenzen zwischen »uns« und den »andern« wär das Bequemste. Allerdings gäbe es dann keine Entwicklung, außer daß die 1000-jährige chinesische Mauer im Kopf dauernd höher gebaut wird.

Der Apparat als Fortschrittsbremse

Die meisten Menschen haben eine übertriebene Hochachtung vor der Funktionstüchtigkeit der Polizei. Wenn ich nur an die Telefonparanoia in gewissen Kreisen denke. Oder die Geheimnisserei, mit der der Polizeiführung und den Politikern raffinierte Absichten unterstellt werden. Wenn etwas raffiniert ist, dann wie die Oppositionsbewegungen die Majorität einschließlich Polizei mit ihren kulturellen Inhalten unterwandern, sodaß die Akzeptanz mit der Zeit umkippt. Die ganze Gesellschaft befindet sich in einer dauernden Entwicklung, also auch die Polizei. Alle Änderungen, die einmal zum Mainstream werden, sind zuvor von kleinen Gruppen ausprobiert worden. Das ist sogar die Aufgabe kleiner (extremer) Gruppen, ständig an Veränderungen herumzuexperimentieren. Die Erfolgsmodelle von Musik, Sex, Mode, Sprachcode und Lebensstil werden dann von der Mehrheit übernommen.

Einige Polizisten haben bei den letzten Chaostagen gesagt, sie bräuchten nur wegzugehn, dann wär hier Ruhe. Es ist doch soweit, daß die Polizei von den Bürgern ausgelacht wird, zB. als die Wasserwerfer Laternen und Straßenschilder kaputt gemacht haben. Ich hab selber mitgekriegt, wie Polizisten sich beklagten, nicht mehr ernst genommen zu werden. »Dann lachen Sie doch!« meinte einer, der mit seinen Nerven völlig runter war. Bestimmt haben einige auch geweint. Am meisten hat die Polizei die pure Anwesenheit der Bevölkerung irritiert, dadurch ging ihr das Feindbild flöten. Der schließliche Einsatz des Hamburger Zuges sollte vermutlich vor allem die Reputation der Polizei wiederherstellen.

Sowas ist natürlich von anno achtzehnhundert, reine Köpenickiaden. Polizei und Politik müssen sich entschließen, auf die antiquierten und undemokratischen Mittel von Einschüchterung, Wichtigtuerei, Durchgreifen, Friedhofsordnung, Platzverweis, Abkassieren und Freiheitsberaubung zu verzichten. Mit totalitären Mitteln kann man eine DDR regieren oder ein Kaiserreich. Aber eine im Weltmaßstab konkurrenzfähige Republik braucht Flexibilität, Toleranz und Chaos als Nährboden ihres Erfolgs.

Ein sturer Polizeiapparat und entsprechende Politiker sind nichts als eine Fortschrittsbremse. Ende der Sechziger Jahre hat man, im Zusammenhang mit der Studentenrevolte, eingesehen, daß die Polizei modernisiert werden muß. Alle äußerlichen Anzeichen des Militarismus wurden abgeschafft wie: Schaftstiefel, offen getragene Waffen, Tschakos, Koppeln, die Uniform wechselte von militärischem Blau zu Grün, und statt der goldenen Metallknöpfe gab es schwarze Plastikknöpfe. Auch die Polizeiausbildung hat sich grundlegend geändert von einer früher militärischen zu einer verschulten Ausbildung.

Unübersehbar befindet sich die Polizei im Wandel. Anders als das Militär ist die Polizei für Konflikte im Innern zuständig. Naturgemäß ist es nicht ihre Aufgabe, Konflikte zu erzeugen und Anregungen für den Fortschritt zu geben (der Agent provocateur erzeugt in dem Sinne keine Konflikte). Aber es ist auch ein Irrtum anzunehmen, Polizei solle den gesellschaftlichen Fortschritt verhindern. Auch wenn Polizisten selbst dies annehmen, bleibt es ein Irrtum, denn es ist nicht effizient. Möglich wär's schon, daß die Polizei die Gesellschaft in einem volkseigenen Gefängnis hält, nur bekommt man dann ein Armenhaus, entwicklungslos und perspektivlos. Also muß ein sinnvolles polizeiliches Handeln sich an alle Neuerungen anpassen, und das geschieht ja auch ... nur nie! schnell genug.

Irgendwann in den 70er Jahren liefen die Polizisten genauso langhaarig und bärtig wie ihre studentischen Gegner rum. Puristen des Widerstands sahen darin ihre Ideale verraten und Unterwanderungsgefahr und Spitzel. Ach wo! Der Gangsta-Rap ist ansteckend. Und diese Ansteckung ist sogar unbedingt notwendig für einen Ausgleich der Mehrheitsgesellschaft mit den sie vom Rand her aufrollenden Umstürzlern ...●

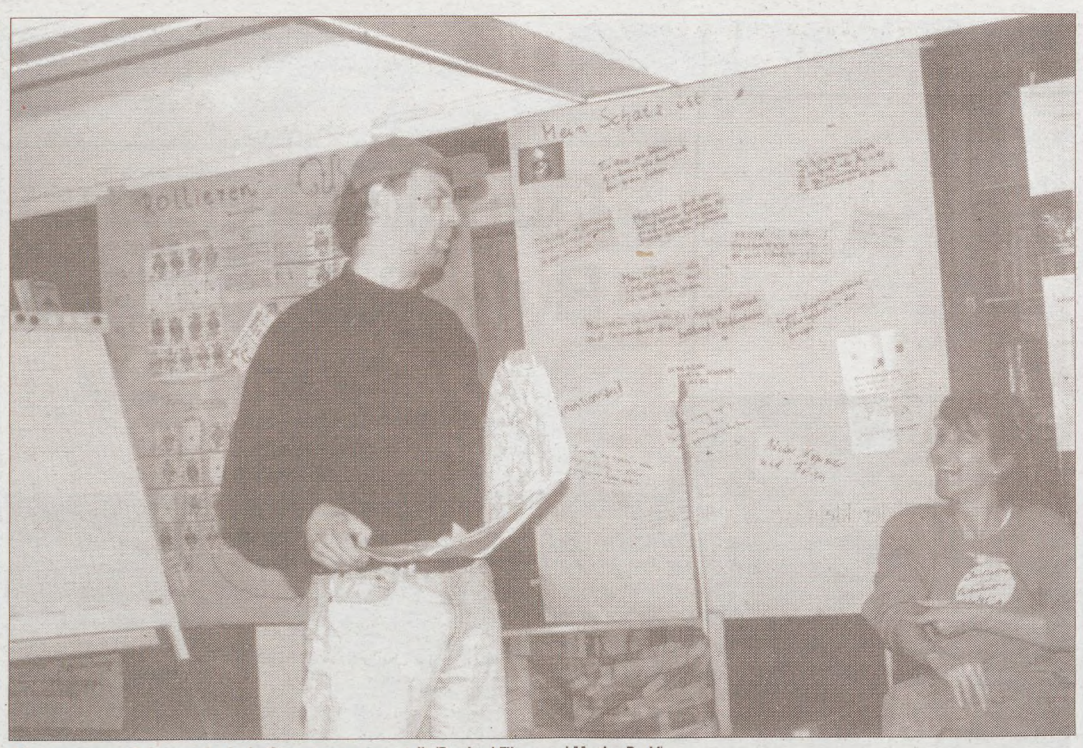
Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

* Die vollständige Fassung gibts für 3 Mark in Briefmarken bei: Chaos-Ini, c/o Umweltzentrum, Scharnhorststr. 57, 48151 Münster

ZUKUNFT SELBSTVERWALTETER BETRIEBE

Alternativen gemeinsam entwickeln

Selbstorganisiertes Lernen steht im Vordergrund des achtzehnten Sommerseminars Alternative Ökonomie in Ahrdorf in der Eifel. Vom 19. bis 28.07.96 trifft sich wieder eine bunte Mischung engagierter Menschen aus der Szene selbstverwalteter Betriebe und Projekte. Auch wenn verschiedene Themen gut vorbereitet sind, können die zehn Tage als selbstgestaltetes Experiment mit vielen offenen Erfahrungsmöglichkeiten gesehen werden.



Arbeitsgruppenergebnisse werden in der Gesamtgruppe vorgestellt (Burghard Flieger und Martina Racki)

Martina Racki, Red. Genossenschaften ● »In alternativen Zusammenhängen gibt es einen sehr hohen Anspruch ans Lernen,« so die Einschätzung von Hanne Bestvater, Mitarbeiterin der Weiterbildungseinrichtung WDÖFF in Bonn. »Dies gilt sowohl für die Form als auch für das menschliche Zusammenleben. Gleichzeitig muß der/die einzelne aushalten, daß vieles nicht geregelt und durch klare Normen bestimmt ist. Deshalb ist dort die Fähigkeit zu lernen und Lernprozesse zu unterstützen besonders wichtig.«

Entsprechend wird auch das achtzehnte Sommerseminar des TAK AÖ (Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie) mit einer Vielfalt aus Konzept-, Kultur- und Handarbeit organisiert. Es findet vom 19.-28.07.96 in Ahrdorf in der Eifel statt. Das Oberthema lautet »Zukunft alternativökonomischer Arbeit«. Bisher vorbereitete Arbeitsgruppen sind: »Abschied von der Erwerbsarbeit«, »Gründung von Kollektivbetrieben«, »Bausteine Kollektiven Managements«, »Kunst, Selbstverwaltung und Ökonomie der Zukunft«. Sie werden durch eine Reihe von Diskussionen und kurzen Workshops zu alternativökonomischen Themen ergänzt. Weitere Gesprächsangebote und Arbeitsgruppen sind erwünscht.

Kollektives Management

Einzelne Arbeitsgruppen sind an Fachbeiträgen zu den behandelten Themenbereichen besonders interessiert. Dies gilt beispielsweise für die AG »Bausteine Kollektiven Managements« von Burghard Flieger. Sieben Bausteine sollen dort intensiver bearbeitet und dadurch genauer gefaßt werden. Dies sind: Demokratische Unternehmensplanung, Solidarische Finanzierung, Kooperative Personalentwicklung, Alternative Beschaffung, Soziale Buchführung, Ökologisches Marketing sowie Teamorientierte Koordination. Die Erfahrungen früherer Sommerseminare zeigen, daß der Ablauf selbst ein Stück Erfahrungswelt Kollektiven Managements darstellt.

Hanne Bestvater auf die Frage, ob für sie beim letzten Seminar etwas Brauchbares herausgekommen ist: »Ja. Besonders deutlich wurde, daß Sinnlichkeit und Anschaulichkeit grundsätzlich auch für den Alltag und das Alltagslernen von Bedeutung sind. Auch fließen viele der erarbeiteten Erfahrungen und Ergebnisse in die konkrete Projektarbeit und in andere Tagungen ein. Teilweise werden sie sogar, wie zuletzt unter dem Titel »Gemeinsam mehr erreichen. Kooperation und Vernetzung alternativökonomischer Betriebe und Projekte«, in Buchform einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht.«

Organisation und Information

Der Tagungsbeitrag, vorwiegend für die Selbstverpflegung, beträgt 320,– DM. Auf Anfrage ist ein sozialer Nachlaß auf 240,– DM möglich. Die TeilnehmerInnenzahl bleibt auf 40 begrenzt. Als Anmeldeschluß wurde der 1. Juli 1996 festgelegt. Weitere Informationen (Einladung) und Anmeldung: Christina Treber-Jonas, Ferdinandstr. 3a, 12209 Berlin, Tel.: 030/7726226. Kontakt für die Mitarbeit an einer Betriebswirtschaftslehre Kollektiven Managements: Burghard Flieger, Erwinstr. 29, 79102 Freiburg, Tel.: 0761/709023.●

EINKAUFSGENOSSENSCHAFT FÜR DAS TISCHLERHANDWERK

Der Tanz ums hölzerne Kalb

Auf der Ökomesse in Freiburg wird am Samstag den 22. Juni Circle Dance, eine Handelsgenossenschaft für ökologische Holzwirtschaft, gegründet werden. Preisgünstige Beschaffung und zertifizierbares Holz aus umweltschonendem Umgang mit dem Wald werden so unter ein gemeinschaftliches Dach gebracht.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Seit Wochen laufen die Vorbereitungen für die Gründung der Handelsgenossenschaft Circle Dance. Ziel der Initiatorengruppe ist es, Holzverarbeitern, die umweltverträgliche Produkte anbieten, das erforderliche Holz preiswert zu beschaffen. Durch die Bündelung von Einkaufsmacht und -kompetenz will Circle Dance die Vorzüge jedes Großunternehmens nutzen: günstige Konditionen. Bezogen werden die Hölzer direkt beim Forst in der jeweiligen Region. Ohne aufwendigen Zwischenhandel können sie so an den verarbeitenden Betrieb geliefert werden.

Voraussetzung sind gute Branchenkenntnisse. Über diese verfügt das Circle-Dance-Team, so Andreas Artem, einer der Initiatoren, voller Überzeugung. Auf diese Weise entfallen kostentreibende Recherchen. Sie kommen den Mitgliedern nicht nur durch die günstigen Bezugsmöglichkeiten zugute. Auch die Zeitersparnisse bei der Beschaffung stellen sich für die einzelne Tischlerei als wirtschaftlicher Vorteil dar.

Problemfeld Zertifizierung

Handeln wird die Genossenschaft ausschließlich mit zertifizierbaren Hölzern. Schlagworte wie keine Monokulturen, baum- und bodenschonende Erntetechniken, Vermeidung von Kahlschlag, Verzicht auf Pestizideinsatz verdeutlichen die damit verbundenen Anforderungen. Aktuelles Problem ist jedoch: In Deutschland existiert noch keine anerkannte einheitliche Zertifizierung.

Am weitesten fortgeschritten sind die Aktivitäten des FSC (Forest Stewardship Council), das sich am 21. Februar 1996 in London verstärkt in die öffentliche Diskussion einbrachte. Vom FSC liegt ein Gütesiegel vor, das auf zehn international verbindlichen Kriterien beruht. Vermutlich werden noch im Laufe dieses Jahres auch in Deutschland erste Holzprodukte mit dem FSC-Gütesiegel angeboten. Verschiedene Umweltorganisationen wie WWF, NABU und Greenpeace machen sich dafür stark – allerdings mit unterschiedlichen Zuspitzungen.

Die von Circle Dance gehandelten Hölzer entsprechen den FSC-Kriterien. Ob und welches der zukünftigen Gütesiegel eingesetzt wird, entscheidet letztlich der Holzbesteller. Circle Dance selbst bleibt hier offen, solange die Solidität des jeweiligen Gütesiegels gesichert ist. Mit einem Produkt-Pass hilft die Genossenschaft, daß der Verarbeiter unabhängig von einem Siegel die Herkunft der Hölzer eindeutig nachweisen kann.

Zwischenbetriebliche Kooperation

Gewählt wird von Circle Dance die Genossenschaft als gemeinsames Dach für eine langfristige zwischenbetriebliche Zusammenarbeit holzverarbeitender Betriebe. Ausschlaggebend hierfür ist nicht zuletzt, daß die Genossenschaft stärker als andere Rechtsformen mit Leitbildern wie Kooperation, gesellschaftliche Verantwortung und wirtschaftliche Demokratie verbunden wird. Die Selbstverpflichtung der Mitglieder nach innen und eine höhere Glaubwürdigkeit nach außen wird die Folge sein – so zumindest die Hoffnung der Initiatoren.

Während der Gründungsversammlung am 22. Juni 1996 auf der Ökomesse von 14.30 bis 16.30 werden die Vorteile der genossenschaftlichen Struktur erläutert. Eine Ausrichtung auf die wirtschaftliche Förderung der Mitglieder und die Kontrollen durch einen genossenschaftlichen Prüfungsverband gehören auf jeden Fall dazu. Hervorzuheben ist auch die Möglichkeit durch Rückvergütung solche Mitglieder am Betriebsergebnis der Genossenschaft besonders zu beteiligen, die durch entsprechende Umsätze mit Circle Dance zu deren Erfolg beitragen.●

Informationen können angefordert werden bei: Circle Dance i.G., Wilhelmstr. 24a, 79098 Freiburg, Tel.: (07 61) 50 26 00 oder Fax: 50 26 01.

Abo-Aktion 1996

Für jedes Neu-Abonnement ein Buch zur Auswahl !

❑ **Ich verschenke ein CONTRASTE-Abo!**
❑ **Ich habe eineN AbonnentIn geworben!**

Name _____
Straße _____
PLZ/Ort _____
Tel. _____

Ich wähle als Prämie das Buch:
❑ Arbeiterselbstverwaltung
❑ Selbstverwaltung in der Wirtschaft

Zahlungsart:
❑ gegen Rechnung
❑ per Einzugsermächtigung

Einzugsermächtigung:
Geldinstitut _____
Konto-Nr.: _____
BLZ _____
KontoinhaberIn _____

Datum, Unterschrift: _____

Widerrufgarantie: Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.

Das Abonnement erhält:

Name _____
Straße _____
PLZ/Ort _____
Tel. _____

Das Abonnement kostet 80 DM inklusive Inlandsporto und verlängert sich um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, wenn ich nicht drei Wochen vor Ablauf schriftlich kündige.

Unterschrift: _____

Coupon schicken oder faxen an: CONTRASTE-Vertrieb · Postfach 104520 · D-69035 Heidelberg · Fax (0 62 21) 16 44 89

KURZREZENSION

Lernmittel gegen Ausländerfeindlichkeit

Ausländerfeindlichkeit hat sich mittlerweile so als Alltagserscheinung eingespielt, daß ihr nur noch mit einer gewissen Resignation gegenübergetreten wird. Aus den Zusammenhang der Lehrerkooperative Frankfurt liegen aktivierende Arbeitsmaterialien vor. Sie bieten eine Reihe wichtiger Anregungen, Rassismus mit dem begründeten Verhaltensmuster eines »Solidarisch leben« gegenüberzutreten.

Der Materialienband wendet sich an LehrerInnen und SchülerInnen vor allem der Sekundarstufen. Die Texte, Statistiken, Rollenspiele etc. beleuchten die mehrschichtigen Zusammenhänge, die Ausländerfeindlichkeit hervorrufen. So werden im ersten Teil Hilfen gegeben, wie SchülerInnen die Entstehung von rechten Feindbildern besser nachvollziehen können. Zum anderen wird die Situation von Menschen auf der Flucht und in ihrem neuen Aufenthaltsort veranschaulicht. Auf diese Weise lassen sich Zusammenhänge sehen, die vorher nicht erkennbar waren. Durch die Ausrichtung der Materialien wird die eigene Person so weit wie möglich einbezogen. Ein weiterer Schwerpunkt untersucht Möglichkeiten einer multikulturellen Gesellschaft. Die Unfähigkeit, Spannungen zu ertragen und produktiv aufzugreifen, ist auch in diesem Zusammenhang ein zentrales Problem. Entweder wird das Fremde zerstört, einverleibt oder mystifiziert. Tatsächlich vollzieht sich multikulturelles Zusammenleben aber schon gerade unter Kindern und Jugendlichen mit größter Selbstverständlichkeit. Hier kann Schule gerade auch mit den vorliegenden Materialien viele stützende Anregungen geben. Sie dürften auch für Engagierte in Jugendzentren oder Bildungseinrichtungen von hohem Nutzen sein.●

Burghard Flieger

Jakob Seibel in Zusammenarbeit mit der Lehrerkooperative Frankfurt: Unterrichtsmaterialien »Solidarisch leben« Lichtenau (AOL-Verlag) 1994, DM 44,–
Beim AOL-Verlag (Waldstr. 18, 77839 Lichtenau) kann für 3,– DM auch ein umfangreicher Katalog innovativer Lehr- und Lernmaterialien bestellt werden.

COOPERATIVEN IN BRASILIEN:

Deckmantel Cooperative

Das Beispiel Brasilien veranschaulicht, daß es sich bei Genossenschaften nicht immer um förderungswürdige Organisationsformen handelt. Mit dem Namen Cooperative verbinden sich teilweise Strukturen, die nicht der Genossenschaftsidee entsprechen. Sie werden als Deckmantel für das Herstellen von Abhängigkeitsstrukturen genutzt.

Theo Mutter, Redaktion Genossenschaften ● Die Genossenschaftsgesetzgebung in Brasilien kam dem politischen Projekt der brasilianischen Militärdiktatur (1964-1985) sehr gelegen und wurde während dieser Zeit entsprechend instrumentalisiert. Zwar stammt das Gesetz schon aus früheren Epochen, aber auch diese zeichneten sich nicht gerade durch liberale und demokratische Bedingungen aus. Die Ära von Getúlio Vargas läßt sich kurz und knapp mit dem Begriff Entwicklungsdiktatur charakterisieren. Entscheidende Weichenstellungen aus dieser Zeit, von 1930 bis 1944, sind bis heute relevant, legten sie doch den Grundstein für den modernen brasilianischen Staat.

Insofern hatten die Militärs nach ihrem Putsch 1964 leichtes Spiel, die sozialen Bewegungen zu kontrollieren. Sie mußten lediglich den bestehenden Gesetzesapparat konsequent nutzen. Hand in Hand mit dem juristischen Korsett ging die Dominierung der Genossenschaften durch die herrschende Oligarchie. Die Mitgliedschaft steht – per definitionem – für jeden offen; dadurch hatten die Vertreter der lokalen Eliten leichtes Spiel, die Genossenschaften unter ihre Kontrolle zu bekommen. Bedingt durch die klientelistischen Beziehungen und die wirtschaftlichen Abhängigkeiten der Kleinbauern von Großgrundbesitzern und Händlern brauchten sie nicht mit ernstzunehmender Opposition gegen ihre Übermacht rechnen. Die Koalition der regionalen und lokalen Eliten vor Ort mit der Regierung in Brasília verhinderte sehr wirkungsvoll jede wirkliche Selbstverwaltung von Genossenschaften.

Finanzielle Abhängigkeit

Fast alle Cooperativen in Brasilien sind extrem unterkapitalisiert und können deshalb ihre satzungsmäßigen Aufgaben nur wahrnehmen, wenn von außen Finanzquellen erschlossen werden Dieses Instrument eignet sich vorzüglich zur Steuerung und Kontrolle der Unternehmenspolitik von Genossenschaften. Die Geschäftsführung muß nämlich für jede Aktivität oder Maßnahme einen Finanzierungsantrag bei der Landesregierung stellen. Nur so erhält sie die erforderliche Finanzierung, z.B. für den Aufkauf der Ernte einer Anbaufrucht.

Manchmal lief dies aber noch einfacher: Wenn nicht nur die Genossenschaft in der Hand der Großgrundbesitzer lag, konnten die entsprechenden Mittel auf dem sogenannten kleinen Dienstweg direkt beschafft werden. Die Cooperative diente auf diese Weise nicht nur der Kontrolle der Kleinbauern, sondern die Betriebsstrukturen wurden nicht selten hemmungslos für die wirtschaftlichen Interessen und Vorteile der lokalen Eliten genutzt.

Schwerfällige Strukturen

Die wirtschaftliche Abhängigkeit von staatlichen Finanzzuweisungen für den laufenden Betrieb gilt für die überwiegende Mehrheit der kleineren Genossenschaften in Brasilien, vor allem im Landesinneren und im Norden und Nordosten des Landes. Es bedarf keiner außergewöhnlichen Phantasie, um sich auszumalen, welchen Aufwand dies mit sich bringt: Einer von Kleinbauern verwalteten Cooperative fällt es schwer, diesen administrativen Anforderungen gerecht zu werden.

Der Verwaltungsaufwand und die umfangreichen Kontrollvorschriften ebenso wie die steuerlichen Verpflichtungen als Kapitalgesellschaften begünstigen –entgegen der ursprünglichen Intention von Genossenschaften –keineswegs kleinere überschaubare Zusammenschlüsse mit dem Ziel der Selbsthilfe. Viel stärker ist die brasilianische Genossenschaftsstruktur für die großen Unternehmen mit agroindustrieller Orientierung maßgeschneidert.

Die wenigen zaghaften Versuche der Übernahme der Verantwortung durch Kleinbauern, die nach der politischen Öffnung seit 1985 zu beobachten sind, kämpfen mit zahlreichen Problemen. Plötzlich kann die von Bauern gestellte Geschäftsführung nicht mehr auf den Buchhalter zählen, der von der öffentlichen Verwaltung abgestellt war. Dies wiegt um so schwerer, weil sie selbst keine entsprechende Ausbildung haben, und außerdem für ihren Lebensunterhalt weiterhin ihre Felder bewirtschaften müssen. Ohne externe Beratung ist es in diesen Fällen praktisch nicht möglich, die Genossenschaft mit all den administrativen Erfordernissen selbst zu verwalten.

Andere Formen der Organisation

Die Form der Genossenschaft wird von vielen Gruppen aufgrund dieser Erfahrungen für ihre Zwecke als nicht geeignet angesehen. Sie wählen andere Organisationsformen. Vor allem kleinere Betriebe und Selbsthilfegruppen werden von der Realität der Genossenschaften in Brasilien abgeschreckt. Die Gesetzgebung sieht eine Reihe von losen Vereinigungen vor, die gerade für kleine und kapitalschwache Initiativen zumindest in der Anfangsphase günstiger sind. Zudem scheuen viele aus der Opposition zur Militärdiktatur entstandene, politisch fortschrittlich orientierte Gruppen immer noch den intensiven Kontakt zum Staat.

Eine beliebte Form des Zusammenschlusses ist die 'Assoziation', für die eine einfache Eintragung beim Notariat ausreicht. Auch für das Kleinstunternehmen (microempresa) sind die juristischen Anforderungen minimal und es kann mit einer unbegrenzten Zahl von Unternehmern angemeldet werden. Ebenfalls können die gemeinnützigen Formen gewählt werden, obwohl diese keine Gewinnerzielung erlauben, was aber im Grunde kein Hindernis darstellt.

Auf dem Land, vor allem in den sogenannten Armutsregionen des großen Landes, gibt es eine nicht genau feststellbare Zahl von Assoziationen. Sie schreiben im Grunde die gleichen Ziele wie Genossenschaften in ihren Satzungen fest. Damit reagieren die Mitglieder von Selbsthilfegruppen auf den Mißbrauch von Genossenschaften durch die Politiker. Diese 'Ausweichkonstrukte' bieten viel eher die Gewähr einer wirklichen Selbstverwaltung. Aufgrund der überschaubaren Dimensionen können sie von den Mitgliedern noch selbst überblickt und kontrolliert werden. Zwar sind die wirtschaftlichen Perspektiven vieler Assoziationen wenig ermutigend, aber wenn die öffentlichen Gelder nicht fließen, stehen die Genossenschaften keineswegs besser da.

Positive Einzelerfahrungen

Ein Beispiel macht deutlich, daß auch bei widrigen Bedingungen Erfolge möglich sind. Es handelt sich um die Assoziation APAEB in Bahia (associaçao de pequenos agricultores do Estado da Bahia). Sie hat bewußt vermieden, sich als Genossenschaft zu konstituieren, obwohl sie in fast idealtypischer Weise fast alle Charakteristika einer Cooperative aufweist. Der Grund lag im Kriterium der Offenheit für alle Mitglieder. Dies bringt die Gefahr der Mitgliedschaft von Großbauern und Großgrundbesitzern mit sich, was aber auf jeden Fall vermieden werden sollte. Trotz kräftigen Gegenwindes durch die Ausgeschlossenen wirtschaftet APAEB erfolgreich und konnte sich mit der Sisalproduktion der Mitglieder im Exportgeschäft einen festen Platz sichern.●

Genossenschaften in »Entwicklungsländern«

Dritte Welt rückt aus dem Blickfeld

Das Interesse an Waren aus der sogenannten Dritten Welt nimmt in Deutschland deutlich ab. Produkte von Handwerkskooperativen sind immer schwerer in den 750 Dritte-Welt-Läden abzusetzen. Folge ist ein Umsatzrückgang der GEPA (Gesellschaft zur Förderung der Partnerschaft mit der Dritten Welt). Der Umsatzrückgang um sechs Prozent auf 53,9 Mio. DM im Geschäftsjahr 1995/96 hat auch hier Folgen: Zwei von sechs Regionallagern müssen schließen und 20 Mitarbeiter entlassen werden. Ein größerer Einbruch wurde durch den Kaffeeabsatz verhindert, der 60% des Geschäfts ausmacht.●

Kooperativen, Nicaragua

Legalisierung der Landreform fehlt

Die Kooperativenbewegung in Nicaragua erfuhr seit 1990 einen immensen Rückschritt. Von über 3.500 Kooperativen aus dem Jahre 1987 existieren momentan nur noch etwa 900. Viele mußten ebenso wie ein großer Teil der Kleinbauern ihr Land verkaufen. Fallende Weltmarktpreise, der Druck der Großgrundbesitzer und fehlende Kredite für Aussaaten und Investitionen geben dafür den Ausschlag. Hinzu kommt das Problem der nicht legalisierten Landreform aus der sandinistischen Regierungszeit. Viele Ländereien wurden zwar verteilt, aber nicht in die Grundbücher eingetragen. Insofern erzwingen heute viele Grundbesitzer mit ihren alten Urkunden eine Rückgabe. Weitere Informationen und Hinweise für Unterstützungsmöglichkeiten: Informationsbüro Nicaragua e.V., Postfach 101320, D-42013 Wuppertal.●

Reiseziel Kooperativen

Kaffeepflücken beim Genossenschaftsbauer

»Fair travel«-Angebote in Entwicklungsländer plant die Handelsorganisation GEPA mit Hauptsitz in Schwelm. In Zusammenarbeit mit Bauern- und Handwerkergenossenschaften in Asien, Afrika und Lanteinamerika sollen sogenannte Projektreisen organisiert werden – zunächst im Probelauf. Eine Kaffee-Kooperative aus Costa Rica hat bereits ein achtzehntägiges Programm vorgeschlagen. Einführung ins Land, ein Kurzsprachkurs sowie Stadtbesichtigungen und Museumsbesuche gehören dazu. Entscheidend aber ist: Zweimal vier Tage werden die Reisenden in Familien der Kooperativen untergebracht. Sie sollen am Alltagsleben teilnehmen und können bei Interesse in der Plantage mitarbeiten. Unklar ist allerdings noch, ob und welche Zielgruppen in Deutschland für ein solches Angebot in Frage kommt. Die meisten wollen vermutlich auf »europäische Standards« bei der Unterkunft und beim Reisen nicht verzichten?●

KURZMELDUNGEN AUS DEM GENOSSENSCHAFTSSEKTOR

Veranstaltung, Berlin

PDS entdeckt den Genossenschaftsgedanken

Am 8. Juni veranstaltete die PDS in Berlin eine eintägige Veranstaltung zum Thema Genossenschaften. Ziel war es, Fragen für die weitere politisch-konzeptionelle Arbeit zu formulieren und gesellschaftliche Reformprojekten anzustoßen. Kurzvorträge über die aktuellen Bedingungen für Genossenschaften, ihre Bedeutung für regionale Entwicklungsstrategien, Erfahrungen mit der Kibbuz-Bewegung, Beispiele genossenschaftlichen Wohnens und die Probleme ostdeutscher Agrargenossenschaften führten in die Tagung ein. Anschließend wurde in den drei Arbeitsgruppen »Genossenschaften und Ökologie«, »Erfahrungen von Agrargenossenschaften« und »Wohnen mit Zukunft« ein Teil der Themen vertieft. Weitere Informationen: Judith Dellheim, Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstr. 28, D-10178 Berlin.

neuform eG, Oberursel

Gesamtumsatz stagniert

Obwohl Rinderwahn, Gentechnik und Umwelterkrankungen mehr Kunden in die Reformhäuser treibt, rechnet die neuform Vereinigung Deutscher Reformhäuser eG nicht mit Umsatzsteigerungen. Gründe sind die Konkurrenz durch die Bio-Ecken in den Supermärkten und die gesunkenen Preise für umweltverträglich hergestellte Produkte. Die 2.689 Mitglieder der neuform eG – davon 1.751 Reformhäuser – konnten im abgelaufenen Geschäftsjahr ihre Umsätze bei 1,25 Mrd. DM halten. Der Lebensmittelanteil stieg um 3,4% auf 55,1%. Andere Sortimentsbereiche sind Naturarzneimittel, Kosmetik und Körperpflege sowie diätetische Lebensmittel.

Agrargenossenschaften, Baden

Trend zum Großunternehmen

Bei den badischen 401 ländlichen Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften wird weiter fusioniert. Dies gilt besonders für die mittelbadischen Obsterzeuger. Der Obstgroßmarkt Mittelbaden eG (OGM) mit Sitz in Oberkirch ist aus dem Zusammenschluß der Genossenschaften in Bühl, Achern, Ortenberg und dem Renchtäler Erzeugerobstgroßmarkt eG entstanden. Als nun größter Erzeugerobstgroßmarkt in Deutschland hat sie ihre Tätigkeit aufgenommen.

Bauverein Breisgau eG, Freiburg

Elefantenhochzeit der Baugenossenschaften

Zu einem der bedeutendsten Wohnungsunternehmen der Region Südbaden soll sich der Bauverein Breisgau eG entwickeln. Er entsteht durch die Fusion von zwei Genossenschaften, dem Bauverein Freiburg und der Baugenossenschaft Breisgau. Hintergrund sind der verschärfte Wettbewerb auf dem Wohnungsmarkt und vor allem die eingeschränkten Förderungen für den Mietwohnungsbau: Überschüsse seien nur durch den Verkauf von Eigentumswohnungen zu erzielen. Die neue Genossenschaft verfügt im Falle der erwarteten Zustimmung der Mitglieder nach der Fusion über 3.800 eigene Wohnungen, 10.692 Mitglieder und über eine Bilanzsumme von mehr als 180 Mio. DM.

Anzeige

SICH FÜGEN HEISST LÜGEN

Verschiedene Diskussionsbeiträge zur kritischen, solidarischen Auseinandersetzung mit Erich Mühsam

Buchbroschüre, DIN A5, 127 Seiten, 1993, 10 DM

Ich bestelle gegen Vorkasse:
☐ Einzelbestellungen 9,00 DM,
☐ Sammelbestellung(25%Rabatt)
jeweils inkl. Versand

Meine Anschrift:

Zahlart:
☐ Scheck ☐ Überweisung

Bestellungen über:
Erich-Mühsam-Kreis
c/o COLPO
Krezbergstr.43
10965 Berlin
Fax: 030/7859181

IM POSTFACH

Betr.: Förderung von Genossenschaftsanteilen, CONTRASTE Nr. 139/96

In Ergänzung zum Aufsatz von Burghard Flieger »Genossenschaftsanteile werden gefördert« ist folgendes anzumerken:

Der Anspruch auf die Eigenheimzulage (Förderbeträge für Genossenschaftsanteile) entsteht mit dem Jahr der Anschaffung der Genossenschaftsanteile. Die Förderung von Genossenschaftsanteilen mit Eigenheimzulage führt nicht zum Objektverbrauch. Bei einer Inanspruchnahme der Eigenheimzulage für die Herstellung oder Anschaffung einer Wohnung mindert sich allerdings der Fördergrundbetrag um die Förderung, die der Anspruchsberechtigte für die Anschaffung der Genossenschaftsanteile in Anspruch genommen hat. Die Förderung für Genossenschaftsanteile kann nur einmal in Anspruch genommen werden.

Da die Genossenschaftsförderung auf die Eigenheimzulage, die für die Herstellung oder Anschaffung einer Wohnung gewährt wird, angerechnet wird, können Eheleute diese Anrechnung dadurch vermeiden, daß ein Ehegatte die Genossenschaftsförderung und der andere Ehegatte die Förderung für die Anschaffung oder Herstellung einer Wohnung in Anspruch nimmt. Eine Anrechnung unterbleibt auch, wenn der Antragsberechtigte zunächst die Förderung gemäß 10e EStG oder die Eigenheimzulage in Anspruch nimmt und nach Ablauf des Begünstigungszeitraumes (nach 8 Jahren) dann die Genossenschaftsförderung.●

Herbert Siebert, Steuerberater, Halle/Saale

Anzeige

NEU: KRISIS 18

Robert Kurz: Die letzten Gefechte. Ein Essay über den Pariser Mai, den Pariser Dezember und das Bündnis für Arbeit • **Ernst Lohoff: Determinismus und Emanzipation** • **Norbert Trenkle: Weltgesellschaft ohne Geld.** Überlegungen zu einer Perspektive jenseits der Warenform • **Ernst Lohoff: Krise und Befreiung – Befreiung in der Krise.** Ein postpolitischer Streifzug • **Heinz Weinhausen: Sphärenklänge.** Zum Teilzeitsozialismus des André Gorz • **Franz Schandl: Dimensionen des Mülls**

158 S., 16 DM. ISBN 3-89502-045-1

Krisis
beiträge zur kritik der warengesellschaft

Erhältlich in jeder guten Buchhandlung oder direkt beim Verlag: Horlemann-Verlag • Postfach 1307 • 53583 Bad Honnef • Fax 02224/5429

Fordern Sie bitte unverbindlich unsere Unterlagen an!

RECHTE ÖKOLOGIE

Es gibt Bücher und Broschüren die nicht schaden, aber auch nichts groß bewegen. In diese Kategorie gehört »Rechte Ökologie« des BUNDjugend-Aktivisten Oliver Geden. Was er schreibt und zusammengetragen hat, ist so oder ähnlich schon bei Jutta Ditfurth, Volkmar Woelk oder anderen zu lesen gewesen. Auch Geden stellt die Wissenschaft der Ökologie als eine mit rechtem Hintergrund dar und analysiert die verschiedenen ökorechten und ökofaschistischen Argumentationsstränge: Biologismus, Lebensschutz, Werteverfall, Überbevölkerung, starker Staat und Ökodiktatur und die Militarisierung der (weltweiten) ökologischen Frage. Im dritten Teil geht er dann auf die einschlägigen ökorechten und ökofaschistischen Organisationen und Strömungen ein: Weltbund zum Schutze des Lebens, ÖDP, Anthroposphie, Neuheidentum und New Age sowie die Freiwirtschaftslehre. Hier wird auch dem BUND, der größten deutschen Umweltorganisation, ein eigener Abschnitt gewidmet, in dem die reaktionären Aussagen von Hubert Weinzierl, seit 1983 Vorsitzender des BUND, der mit 215.000 Mitgliedern größten deutschen Umweltorganisation, beleuchtet werden.Das Buch, das auch über ein Stichwort- und Personenregister verfügt, hält sich in der politischen Einordnung und Ursachenforschung sehr zurück; sie nimmt im Buchumfang grade mal 6 (!) Seiten ein. Der rechte »Backlash« in der Ökobewegung wird von Geden als Folge der Integration der Grünen, der allgemeinen Verschiebung »der Mitte« nach rechts und der Okkupierung ökologischer Themenfelder durch die 'Neue Rechte' erklärt. Womit aber die genannten drei Prozesse erklärt werden könnten, verrät Geden nicht, ebenso taucht die neuerliche Integrationsrunde, die unter dem Schlagwort »Nachhaltigkeit« vonstatten geht, bei ihm nicht auf. Geden fordert zwar etwas Selbstkritik von der Umweltbewegung bezüglich ihrer Begriffe und Denktraditionen; was dies aber z.B. für die nicht kleine Jugendumweltbewegung – aus der Geden ja kommt – heißen könnte, bleibt leider ungenannt.

Wer schon zu dem Thema gearbeitet hat, wird also nichts Neues finden, zum Einstieg in die Thematik ist das Buch aber gut geeignet. Der Band verfügt über ein Personen-und Sachregister, die die gezielte Nutzung vereinfachen.●

Bernd Hüttner

Oliver Geden: Rechte Ökologie. Umweltschutz zwischen Emanzipation und Faschismus; 256 S., 29,80 DM, Elefanten Press Verlag 1996

DAS KOMMUNE-BUCH

Hand aufs Herz: Wer hat sie nicht schon längst totgesagt, die (Land-)Kommunenbewegung in Deutschland? Tatsache ist, daß sie in den letzten Jahren immer lebendiger wird und in den Zeiten des abgemagerten Sozialstaats immer heftigere Lebenszeichen von sich gibt. Das vorliegende Buch zeugt davon: InsiderInnen schildern lebendig von Mann-Frau und Eltern-Kind-Beziehungen in kollektiven Lebensgemeinschaften, beschreiben die Geschichte, Erfolge und Mißerfolge einzelner Projekte und weisen auf Möglichkeiten zu alternativen Wirtschaftsformen hin. Besonders beeindruckend ist – neben der Tatsache, daß hier keine Schreibtischgelehrsamkeit langweilt – die offene und undogmatische Auseinandersetzung mit der Spiritualität im Gemeinschaftsleben und die ehrlichen Versuche, die Irrwege einer konsumorientierten Eso-Welt zugunsten einer emanzipierten, verantwortlich eingesetzten Spiritualität zu überwinden. Ein erfreuliches Buch für alle, die sich auch vor der Jahrtausendwende nicht auf einer Mülldeponie der frustrierten Herzen und gelähmten Seelen selbst entsorgen wollen.●

Roman Schweidlenka

Kollektiv KommuneBuch (Hg): Das KommuneBuch. Alltag zwischen Widerstand, Anpassung und gelebter Utopie, Verlag die Werkstatt (Lotzestr. 24a, D-37083 Göttingen), 1996, 304 Seiten. 29,80 DM/sFR, 221 öS

REZENSION

Die Esoterikwelle hat den Nationalsozialismus erfaßt. Unzählige okkulte Machwerke beschreiben die geheimen Irrwege des Münchner Thule Ordens, der die NSDAP gegründet hatte und zugleich ein germanentümelnder Kultverein war. Science fiction und unverdaute Halbwahrheiten verbinden sich da mit spekulativen Verbeugungen vor dem esoterischen Zeitgeist. Wenn es auch im esoterischen Lager bei der Rezeption des okkulten Nationalsozialismus meist recht verwegen zugeht, so reagiert die seriöse Wissenschaft erfreulicherweise auf ihre Art auf den Trend: Nachdem der Nationalsozialismus lange Jahre als Führerkult oder soziales, wirtschaftliches oder tiefenpsychiologisches Phänomen ausgiebig untersucht worden war, scheut man sich heute nicht mehr, auch von der religiösen bzw. spirituellen Ader des Dritten Reichs, von der politischen Religion der Mannen des Adolf Hitler zu sprechen.

Einen interessanten und beachtenswerten Beitrag zur Thematik des religiösen Nationalsozialismus legten nunmehr Charlotte Kohn-Ley und Michael Ley vor. Anlaß für diese Publikation waren die in Auschwitz-Birkenau entstandenen Kohlezeichnungen von Kohn-Ley. Als eine Nachgeborene der Opfer der Konzentrationslager konfrontierte sie sich auf diese ungewöhnliche Art mit einer bedrückenden Vergangenheit. Neben den Ausführungen von Kurt Lüthi, einem emeritierten Professor der protestantischen Theologie und Adolf Holl, der einen sehr persönlichen Zugang zur Thematik wählte, vermag vor allem der Beitrag des Soziologen Michael Ley die Aufmerksamkeit zu fesseln: Er analysiert den Nationalsozialismus als politische Religion, die ohne christliche Apokalypse undenkbar sei. Ley vermutet in der diffusen Ideologie des Dritten Reichs eine Heilstheologie: Mit der Massenvernichtung der Juden sei ein monströses Menschenopfer angestrebt worden, das zur Erlösung Deutschlands von allem Übel hätte führen sollen.

O-Ton Ley: »Die Vernichtungslager sind die heiligen Kultstätten des Nationalsozialismus, in denen der heilige Ritus des Menschenopfers vollzogen wurde. ... Die Ermordung des europäischen Judentums war in den Augen Hitlers und seiner gläubigen Anhänger die notwendige heilstheologische Voraussetzung für das »Tausendjährige Reich««. Die Autoren und Autorinnen dieses Bandes begeben sich auf ein gerne tabuisiertes Terrain, wenn sie inhaltliche Verbindungen von christlicher Apokalyptik und der Massenmordmaschinerie des Nationalsozialismus herstellen. Ihre Thesen mögen etwas übersteigert und zu plakativ wirken – aber sie haben die Funktion, zu einer notwendigen offenen und konstruktiven gesellschaftlichen Diskussion über die religiösen und mythischen Wurzeln des Dritten Reichs anzuregen.●

Roman Schweidlenka

Charlotte Kohn-Ley und Michael Ley (Hg): Auschwitz. Versuche einer Annäherung. Mit Beiträgen von Adolf Holl und Kurt Lüthi. Verlag für Gesellschaftskritik, Wien 1996, 144 Seiten, 148 öS, 21 DM

BUCHHINWEIS

Familienentwicklung: kein Abschied vom Patriarchat

In einem kleinen, engagiert geschriebenen Büchlein geht Gisela Notz kritisch der Frage nach, was Familie eigentlich ist. Sie zeigt die Scheinheiligkeit auf, wenn der Verlust der Familie als Ort der Sinnstiftung und Geborgenheit beklagt wird. Solange die steigenden Anforderungen an Eltern, insbesondere an Frauen, im Erwerbsleben und an Kinder in der Schule nicht gelöst werden, nützen Appelle wie »Mut zur Familie« wenig. Aufgrund der Verfestigung der »klassischen« Arbeitsteilung und ihre Stärkung durch gesetzliche Bedingungen bleibt für Frauen die Ehe- oder Kindervermeidung oft als einzige leicht verwirklichbare Alternative.

Abschließend veranschaulicht Notz, daß der »Funktionsverlust« der Familie ausgeglichen wird durch eine Vielfalt neuer sozialer Netzwerke. Sie könnten besser gelingen, wenn keine Familienpolitik, sondern Politik für Menschen im Vordergrund staatlichen Handelns stände.●

Burghard Flieger

Gisela Notz: Verlorene Gewißheiten? Individualisierung, soziale Prozesse und Familie, Frankfurt a.M. (VAS-Verlag), 1996, DM 8,–

VERÖFFENTLICHUNG

Vermeidung von Unternehmenskrisen

Anregungen aus Sicht eines Unternehmensberaters gibt eine Veröffentlichung mit dem Titel »Hausgemachte Unternehmenskrisen in Klein- und Mittelbetrieben. Praktische Hinweise zur Vermeidung«. Auf leicht verständliche Weise wird erläutert, so der Verfasser Karl Niehues, welche Schwierigkeiten regelmäßig auftreten und wie sie sich umgehen lassen. Die Darstellung ist nach den Schlagworten Unternehmenskrisen, Unternehmer, Produkt, Kunde, Mitarbeiter, Organisation, Gewinn untergliedert. Bestellung: KMU-Institut, Waldeyerstr. 61, D-48149 Münster für 58,– DM plus Porto.●

Burghard Flieger

NEU ERSCHIENEN

EDV-Literatur – nicht allein für Frauen

EDV-Grundlagen, Windows95, Word für Windows95 und Internet – jetzt gibt es dazu die passenden Bücher – herausgegeben von der Frauen-Computer-Schule München.

Referentinnen der Schule haben in viel Kleinarbeit die wichtigsten und vor allem praxisbezogenen Informationen gesammelt und anschaulich dargestellt. Die Paperbacks sind handlich und leicht »neben dem PC« als aktuelle Hilfe zu benutzen.

CONTRASTE wird diese Bücher in den nächsten Ausgaben vorstellen.●

dp

Bestellanschrift:
Frauen-Computer-Schule, Volkartstr. 23, D-80634 München, Tel. (0 89) 167 55 89, Fax 168 80 25

ID-ARCHIV

Die Bewegung 2. Juni

Ronald Fritzsch und Ralf Reinders, ehemalige Mitglieder der Stadtguerilla, schildern in dem Buch 'Die Bewegung 2. Juni', in vier lebhaften, zum Teil in Berlin-Slang gehaltenen Interviews, die Entstehungsgeschichte und Entwicklung ihrer Gruppe. Im flapsigem Plauderton berichten sie über ihre Sozialisation, ihre politischen Aktivitäten, ihr Leben im Untergrund und ihre Weltsicht. In den Gesprächen wird der Alltag und die Lebenseinstellung der 60er und frühen 70er Jahre wieder lebendig, der Aufbruch zu neuen Ufern, die Verweigerung der Lohnarbeit.

Die Gruppe benannte sich nach dem 2. Juni 1967, dem Tag, an dem der Student Benno Ohnesorg auf einer Demonstration gegen den Besuch des Schahs von Persien von einem Polizisten erschossen wurde. Die Bewegung 2. Juni verstand sich als militanter, bewaffneter Teil der antiautoritären Bewegung.

Drei Gespräche wurden in den 90er Jahren, nach ihrer Entlassung aus mehrjähriger Haft, Fritzsch (1989) und Reinders (1990), also 20 Jahre nach den geschilderten Ereignissen geführt. Zentraler Punkt der Erzählungen ist die Entführung des Berliner CDU-Spitzenkandidaten Peter Lorenz mitten im Wahlkampf 1975. Die Behörden gehen auf den geforderten Austausch ein, Lorenz wird freigelassen, fünf Gefangene werden in den Südjemen geflogen.

In den Erzählungen finden sich mehrere Kuriosa. Während der Entführung haben die Stadtguerilleros Peter Lorenz die Hose repariert, mit ihm Schach gespielt und gemeinsam Ohnesorg Theater im Fernsehen geschaut.

Die Politik des 2. Juni zielte stets darauf ab, unnötige Opfer auf beiden Seiten zu vermeiden. Unter allen Umständen sollte vermieden werden, daß sich die Bevölkerung bedroht fühlt. Die Aktionen sollten nachvollziehbar und vermittelbar sein. Nach der Lorenzentführung wurden 30.000 Flugblätter in Berlin verteilt. Um nicht entdeckt zu werden, mußte die Verteilaktion in einer halben Stunde, in der eine Person etwa 200 bis 250 Briefkästen bestücken konnte, abgeschlossen sein. »Du kannst dir selbst ausrechnen, wieviele Leute daran beteiligt waren. Und das hat die Bullen am meisten geschockt,« erklärt Ronald Fritzsch.

1972 trat die Bewegung 2. Juni mit einem Programm an die Öffentlichkeit. Dies Programm haben Reinders und Fritzsch erst nach ihrer Verhaftung aus den Akten kennengelernt. Irgend jemand hat versucht, den damaligen Stand der Diskussion zusammenzufassen und daraus ein Programm zu machen. »Niemand weiß, wer das überhaupt geschrieben hat,« schmunzelt Fritzsch. »Es gibt allerdings schon den damaligen Diskussionsstand wieder.«●

RAF – Diskussion

»Alle sagen, sie wollen keine Schlammschlacht, Tatsache ist aber, wir sind mittendrin,« schreibt Birgit Hogefeld im November 1993 an Brigitte Mohnhaupt. Den Diskussionsprozeß der letzten Jahre innerhalb der Roten Armee Fraktion (RAF) transparenter zu machen, ist Ziel einer umfangreichen Dokumentation aus Erklärungen und Briefen, die das Amsterdamer ID-Archiv herausgegeben hat.

Die Dokumentation beginnt mit der 'April Erklärung' (1992), in der die RAF erklärte, »wir werden Angriffe auf führende Repräsentanten aus Wirtschaft und Staat für den jetzt notwendigen Prozeß einstellen« und eine Reflektion und Neuorientierung ihrer Politik ankündigte. In den folgenden Beiträgen unterstützten die Gefangenen diesen Schritt. Sie erhofften sich eine öffentliche Diskussion und kurzfristige Verbesserung ihrer Haftbedingungen.

Auch auf die Vorgänge in Bad Kleinen (Juni 1993) und deren Folgen wird eingegangen. Einige Monate später werden Differenzen innerhalb der Gefangenen, die sich bisher als Kollektiv begriffen hatten, öffentlich.

Ein Anhang mit biographischen Angaben zu den Gefangenen, Literaturhinweisen und einer Chronologie der Ereignisse ergänzt die Zusammenstellung.●

Kai Böhne

Ralf Reinders, Ronald Fritzsch: Die Bewegung 2. Juni, Gespräche über Haschrebellen, Lorenzentführung, Knast; Edition ID-Archiv, Berlin 1995, 182 Seiten, 18 Mark, ISBN 3-89408-052-3.

STOWASSER, DER NEUE ALTE

In Zeiten, in denen ganze Staaten von der Bildfläche verschwinden, Theorien in den Orkus und Bibliotheken auf die Müllkippe wandern, besteht wieder Bedarf an Utopien. Wie arrangiert sich die Gesellschaft mit fünf Millionen Erwerbslosen? Welche anderen Modelle könnten aus dem Umbruch der nächsten Jahrzehnte – und an dessen Beginn befinden wir uns ohne Zweifel – nicht nur entwickelt sondern auch verwirklicht werden?

Horst Stowasser ist Anarchist. Keiner, dessen Aktionismus Angst und Schrecken verbreitet, wie aktuell die GenossInnen der FAU in ihrem Bestreben um fair gehandelten Kaffee. Horst Stowasser ist eher nachdenklich. »Das was man erreichen will, muß auch in der Wahl der Mittel zum Ausdruck kommen«, so eine seiner Kernaussagen. Und nicht immer kommt »nur« ein Buch dabei heraus. Das Projekt A, eine Praxisstudie zur Entwicklung anarchistischer Projektzusammenhänge im größeren Stil ist Grundlage verschiedener bestehender Lebens- und Arbeitszusammenhänge. Das Anarchiv, eine der bedeutendsten Sammlungen anarchistischer Geschichte, ist im Zusammenhang eines dieser Projekte angesiedelt und wird von ihm gepflegt.

»Freiheit pur – die Idee der Anarchie, Geschichte und Zukunft« ist ein Lesebuch. Auch ein Geschichtsbuch. Aber in keinem Fall ein wissenschaftliches Werk, durch das es sich 400 Seiten lang durchzukämpfen gilt. Auch diese Lektüre ist nicht immer leicht, aber meist unterhaltsam: Was ist Anarchismus? Für FreundInnen einfacher Formeln: »Freiheit u n d Sozialismus«. Für die Geschichtsbewußten nach Bakunin: »Freiheit ohne Sozialismus ist Privilegientum und Ungerechtigkeit –Sozialismus ohne Freiheit ist Sklaventum und Brutalität«. Was daran so interessant ist? Nun, Bakunin sagte das 1870.

Horst Stowasser liefert auch hier nicht, was viele so gerne vom Anarchismus hätten: Ein festes Programm. Aber durch das Puzzle seiner facettenreichen Sammlung erlaubt er es jeder und jedem, sich ein eigenes Bild zu machen, sich bei Belieben unter das »Dach« zu stellen und zu sagen: Ich bin AnarchistIn!.

Den anarchistischen Alltag beschreibt er nicht nur mit großer Politik und historischen Beispielen, sondern mit Ausführungen zu freier Schule, freier Liebe, oder so banalem wie »freier Vereinbarung« an Stelle von Verträgen.

Die Frage der Leistungsfähigkeit libertärer Strukturen beantwortet er über seine Analyse von Veränderungen bei Großkonzernen. Diese nennen Dezentralisierung oder Abbau von Großhierarchien zwar »Corporate Idendity« oder »Dezentralisierung«, streben aber sinngemäß nach Stowasser Ergebnisse an, wie sie auch in der Anarchistischen Theorie zugrunde gelegt werden. Nur eben für andere Ziele. Prominentes Beispiel ist für ihn der Schweizer Hans A. Pestalozzi, der mit der Entdekkung des anarchischen Elements letztendlich aus dem herkömmlichen Managementgeschehen gedrängt wurde. Ein lesbares Buch. Und ein lesenswertes dazu! Wer an anarchistischen Elementen in unserer Gesellschaft noch immer Interesse hat und sie als Bereicherung empfindet, sollte dies tun.●

Andreas Küstermann

Horst Stowasser: Freiheit Pur. Die Idee der Anarchie, Geschichte und Zukunft. Eichborn Verlag. 398 Seiten 44 Mark

HINWEIS

Verkehrsentwicklung im Biosphärenreservat

Unter dem Titel »Verkehrsentwicklung im Biosphärenreservat« ist der siebte Band der »Schriftenreihe Biosphärenreservat Rhön« erschienen, die vom Regionalen Zentrum für Wissenschaft, Technik und Kultur« (RWZ) und dem »Verein Natur- und Lebensraum Rhön« herausgegeben wird.

Die zentrale, länderübergreifende Lage des Biosphärenreservates Rhön innerhalb Deutschlands, die geplante bzw. teilweise umgesetzte Erschließung und die steigende Attraktivität des Freizeit- und Erholungsangebotes erhöhen das Verkehrsaufkommen kontinuierlich. Vor dem Hintergrund der gesamten Verkehrsproblematik und der damit zusammenhängenden Diskussion um die Notwendigkeit einer sinnvollen Verkehrsentwicklung im Biosphärenreservat Rhön wurden vom RWZ 1995 zwei länder- und verkehrssystemübergreifende Konferenzen zur Verkehrsentwicklung veranstaltet.

In dem nun veröffentlichten Band werden Ergebnisse in Form von Stellungnahmen und Positionen zu verschiedenen Schwerpunkten dokumentiert. Neben den Rahmenbedingungen und Anforderungen zur Entwicklung des Biosphärenreservates Rhön werden Stand der Planungen, die Chancen und Entwicklungsvorstellungen der Planungsträger für die einzelnen Verkehrssysteme analysiert. Abschließend werden konkrete Modelle und Lösungsansätze – zum Teil aus anderen Regionen – vorgestellt. Der Band enthält etliche Farbabbildungen, eine Übersichtskarte und möchte Anregungen für die weitere Diskussion der Verkehrsentwicklung im Biosphärenreservat Rhön geben.●

dp

Verkehrsentwicklung im Biosphärenreservat; 218 S., 28 DM, zu bestellen über RWZ, Großenbacher Tor 7, D-36088 Hünfeld, Tel.: (0 66 52) 9 60 00

SEMINARE

Partizipative Zukunftsstudien
Methodische Ansätze und Handlungsbeispiele, die helfen können, globale Überlebensfragen stärker in den Blickpunkt zu rücken, vom Awareness Workshop und der Zukunftswerkstatt, über das Szenario bis zur Phantasiereise und Simulation.
Termin: 23. bis 25.8.96, Mainz
Anmeldung & Information:
Stiftung MITARBEIT
Bornheimer Str. 37
D-53111 Bonn
☎(02 28) 60 424-0, Fax 60 242-22

OSTSEE-TÖRN

Persönlichkeits- und Teamentwicklung auf einer Segelyacht
Im Management und in Führungspositionen der traditionellen Wirtschaft ebenso wie in Betrieben mit flachen Hierarchien und partizipativen Strukturen benötigen Sie in der heutigen Zeit nicht nur wirtschaftliches und technisches know-how. In zunehmenden Maße wird ihre soziale und kommunikative Kompetenz gefordert und zur Bewältigung von strategischen, dispositiven aber auch operativen Prozessen ist sie in Ihrem Berufsalltag unabdingbar.
Wir bieten Ihnen die Möglichkeit, aus Ihrem Arbeitsalltag befristet auszusteigen und in einem besonders spannenden, vielleicht auch ungewohnten Rahmen, eine Standortbestimmung vorzunehmen, um ihre persönliche soziale Kompetenz zu testen und zu entwickeln.
Gemeinsam mit erfahrenen Beratern und Trainern, die Ihnen gleichzeitig als Skipper einen Einblick in die Welt des Seesegelns vermitteln, können Sie eine Woche lang als Crewmitglied einer Segelyacht auf der Ostsee unterwegs sein.
Die Naturverhältnisse Wetter, Wind und Wellen, das Schiff als Lebensraum und Fortbewegungsmittel, sowie die Wünsche, Ziele und Fähigkeiten der gesamten Crew, die als Team das Ziel bestimmt und das Schiff durch den Einsatz aller dorthin bringt, werden Ihre Erlebnisse auf See prägen.
Das gemeinsame Leben an Bord auf engem Raum, vielleicht Sturm und Seekrankheit, die Entscheidungen, die gefällt werden müssen, die notwendigen alltäglichen Arbeiten und der unbedingte Einsatz für das Schiff werden Sie fordern. Sie werden dabei Ihre eigene Teamfähigkeit besser kennen und nutzen lernen, sie vielleicht sogar unter harten Bedingungen testen, Ihren Körper einsetzen und Ihren Geist trainieren. Ihrer Seele werden sich das Dahingleiten auf dem Wasser, vorangetrieben durch den Wind, das Erleben der Natur und die Entdekkung der Langsamkeit als unvergeßliche Erlebnisse einprägen.
In dieser Umgebung, die Herausforderung und Entspannung gleichermaßen in sich birgt, bieten wir Ihnen die Möglichkeit, Ihre derzeitige Lebens-und Arbeitssituation und die momentanen Erlebnisse auf dem Schiff zu reflektieren. Täglich wird genügend Zeit zur Verfügung stehen, im Hafen oder vor Anker, um in Einzel- und Gruppengesprächen unterstützt durch Instrumente der Supervision, der Transaktionsanalyse und des Coaching, den Fragestellungen während des Törns nachzuspüren.
Termine:
27.7. bis 2.8.96 oder
3.8. bis 9.8.96
Kosten: 2.200 DM zzgl. MWST und Bordkasse (Diesel, Hafengebühren, Verpflegung etc.)
Anmeldung:
Frieder Rock
Unternehmensberatung
Paul-Lincke-Ufer 44a
D-10999 Berlin
☎(0 30) 612 65 67, Fax 611 97 22

KUBA-REISE/KONGRESS

»Globalisierung, Erziehung und Demokratie in Lateinamerika«, so der Titel eines Kongresses, der vom 18. bis 20.9.96 in der Universität von Havanna, Kuba stattfindet. Die Reise wird drei Wochen dauern und beginnt am 14.9.96 in Berlin. In Kuba sind außer der Teilnahme am Kongreß eine Reihe von Besuchen und Zusammenkünften in den Städten Havanna, Bayamo und Santiago de Cuba geplant. Zum Beispiel beim »Casa de las Américas«, dem größten Verlagshaus Kubas, bei der Zeitschrift »Bohemia«, bei der »Union der Schriftsetller und Künstler von Kuba«, bei dem »Internationalen Zentrum der neurologischen Restauration«, bei dem »Kubanischen Verband der Frauen«, beim »Institut der Kunst und der Filmindustrien«, bei der »Jugendlichen Vereinigung 'Hermanos Sais«, beim »Haus Salvador Allende« usw. Desweiteren sind private Treffen mit berühmten Persönlichkeiten des intellektuellen Lebens Kubas vorgesehen.
Definitiv eine kulturelle Reise für Menschen jeden Alters, die daran interessiert sind, Kuba mehr als nur von der touristischen Seite kennen zu lernen. Eine fast 2.000 Kilometer lange Reise quer über die Insel, mit Besuchen von Krankenhäusern, Schulen, Kulturzentren, historischen Plätzen, Persönlichkeiten u.v.m., bei der die TeilnehmerInnen die Möglichkeit haben, die verschiedenen Aspekte der kubanischen Realität zu erkennen. Während des Aufenthaltes in Bayamo werden die Städte Manzanillo und Santiago de Cuba besucht, sowie auch die Sierra Maestra und andere interessante Plätze. Natürlich wird es auch nicht an genügend Freizeit zwischen den Aktivitäten für die eigenen Initiativen fehlen – Tanzkurse, ein paar ruhige Tage am Strand etc.
Die Kosten belaufen sich voraussichtlich auf 2.900 DM, inklusive der Teilnahme am Kongreß, der Flugreise, Halbpension und alle Fahrten auf der Insel.
Weitere Informationen zum Kongreß und seiner TeilnehmerInnen sowie zu den verschiedenen Aktivitäten sind für 5 DM in Briefmarken zu bekommen über SUR Buchvertrieb, Brahmsallee 24, D-20144 Hamburg, Tel. (0 40) 44 10 00, Fax 44 20 90.

ARBEIT STATT URLAUB

Internationale Gruppen arbeiten an gemeinnützigen Projekten
Ferien einer besonderen Art bietet der Verein »Internationale Begegnung in gemeinschaftsdiensten e.V.« (IBG) aus Stuttgart an. Etwa fünfhundert Projekte, zwischen Mai und Oktober, in über vierzig Ländern enthält das diesjährige Programm, das jetzt in Stuttgart vorgestellt wurde. Zu den Angeboten gehören so ungewöhnliche Projekte wie zum Beispiel: Instandsetzung einer Wickinger Siedlung auf Grönland, ein Friedenscamp mit der »Roten Armee« in Weißrußland, die Betreuung von RollstuhlfahrerInnen bei einem Marathon in Alaska, Ferienangebote für Kinder in Wales, Estland oder Kanada –oder schließlich ein japanisch-russisches Projekt auf Sachalin ...
Die Aufzählung ließe sich beliebig fortsetzen, da die Auswahl der Projekte wie auch der Länder sehr vielfältig ist. Die Gruppen bestehen durchschnittlich aus 10 bis 15 TeilnehmerInnen unterschiedlicher Nationalität, die ihre Ferien für die Arbeit an gemeinnützigen Projekten zur Verfügung stellen. Zwei bis séchs Wochen leben und arbeiten dann Deutsche mit Franzosen, Briten, Marokkanern, Russen, Mexikanern oder Finnen zusammen. Das gegenseitige Kennenlernen ist dabei eine wichtige Erfahrung, so daß nicht selten Freundschaften entstehen, die Ländergrenzen überwinden helfen und einen kleinen Beitrag zu Völkerverständigung und Toleranz leisten.
Darüber hinaus bietet diese Art zu reisen intensive Möglichkeiten Land und Leute kennzulernen, Sprachkenntnisse zu vertiefen und praktische Erfahrungen durch das Arbeitsprojekt zu sammeln. Voraussetzungen für eine Teilnahme sind meist nur englische Sprachkenntnisse, die Bereitschaft sich aktiv an den Arbeiten zu beteiligen und der Wille, andere Menschen kennenzulernen und ihnen ohne Vorurteile zu begegnen.
Der gemeinnützige Verein IBG arbeitet dabei seit 1965 in einem weltumspannenden Netzwerk ähnlicher Organisationen, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, jungen Menschen aus aller Welt durch Gemeinschaftsdienste internationale Kontakte zu ermöglichen. Außerdem unterstützen die TeilnehmerInnen durch ihre freiwillige Arbeit die Projekte vor Ort. Was in vielen Ländern die einzige Chance zur Verwirklichung darstellt.
Für die TeilnehmerInnen entstehen neben der Anreise und einer geringen Vermittlungsgebühr in der Regel keine weiteren Kosten, so daß sich diese Art des Urlaubs auch für schmale geldbeutel eignet. Das Programm kann gegen 5 DM in Briefmarken angefordert werden: IBG, Schlosserstr. 28, D-70180 Stuttgart.

KURSPROGRAMM

Wer sich im Sommer und Herbst für den PC fit machen will, kann ab sofort das Programm der Frauen-Computer-Schule München bestellen.
Neu dabei: EDV-Grundlagen mit Windows95, Winword Workshops für Layout, Datenbank vertieft oder Virtual Basic. Besonders beliebt - auch für Newcomerinnen - sind die Kombi-Kurse, in denen zu den Grundlagen mit Windows Texte gestalten mit Winword dazukommt. Für Freiberuflerinnen und Künstlerinnen gibt es diese Variante jetzt auch auf dem Apple Macintosh-System.
Beratung und Programm bekommen Sie in der Volkartstr. 23, D-80634 München oder unter der Nummer (0 89) 167 55 89 zugeschickt.

FINKHOF

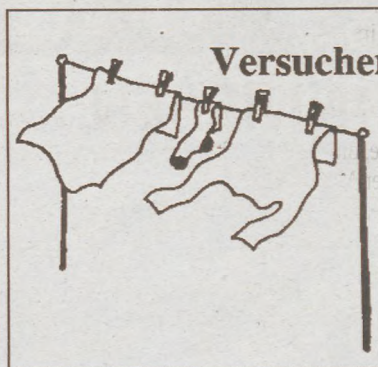
Hanf – produzieren, ernten, weiterverarbeiten
Werkstoff-Tagung im Finkhof-Bildungswerk am 15. Juni 1996 von 10 bis 17.30 Uhr. Anmeldung und Informattion bis zum 11. Juni unter Tel. (0 75 64) 93 17 30, Fax 93 17 12

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **10 DM** (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **40 DM** (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, nicht mit Briefmarken und nicht mit Bankeinzug. **Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein.** Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag. **Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!**
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

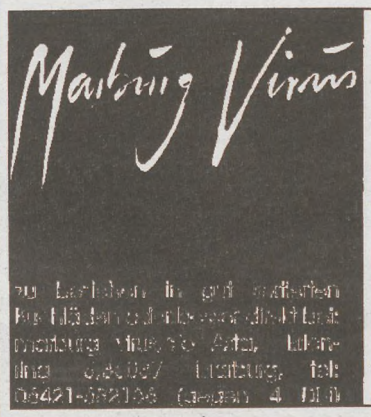


Versuchen Sie es doch mal mit Solarenergie!

Eine Wäscheleine braucht 100% weniger Strom als ein elektrischer Wäschetrockner!
Und die Wäsche riecht auf natürliche Weise angenehm, nach Sonne und Wind und Frische!

Weitere Informationen und Anregungen zum Umweltschutz und zum bewußten Umgang mit Geld schicken wir Ihnen gerne zu: ConsumentenBund e.V., - Bund umweltbewußter Verbraucher - Gürzenichstr.7, 50667 Köln. Bitte 7.-- DM Kostenbeitrag in Briefmarken beilegen!
Spendenkonto: 406 416-504, Postbank Köln, BLZ 370 100 50.

Es ist die Bergwelt, die den Zwerg quält!
Weitere Wahrheiten für 3.- DM am Kiosk oder im Abo (15.-/Jahr).
WAS LEFFT
worte statt taten. aus erlangen
Abo oder kostenloses Probeexemblar bei:
Was Lefft, Postfach 3543, 8520 Erlangen
Tel.: 09131/203015, Fax: 09131/205020



Nr. 58 (Mai): Schwerpunkt Geld mit Artikel z.B. von Robert Kurz und Heinz Scholler zu Casino-Kapitalismus

Nr. 59 (Juni): Schwerpunkt Körper Gesundeit-sex/gender-Körperkult Political Corectness (Teil 1)

Nr. 60 (Juli): Schwerpunkt (Mythen über) die USA political Corectness (Teil 2)

ANtifaschistische NAchrichten Saar
Nr.28
Mai-Juli 96
3 DM

aus dem Inhalt:
Interview mit Andreas Vogel (ehem. Bew. 2.Juni) ★
Zur "Sozialen Frage" ★
Eugenik/Euthanasie ★
Newroz 1996 ★
Von Chiapas nach Berlin ★
129a Prozeß gegen Ursel Quack ★
...
ANtifaschistische NAchrichten Saar ★ Landwehrplatz 2 ★ 66111 Saarbrücken ★ 0681/3908863 ★ Einzelheft 3,- DM + Porto ★ 6 Ausgaben kosten 27,- DM (incl. Porto) ★

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion.

In Heidelberg sitzt die Stammbelegschaft, während in den Regional- und Fachredaktionen ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke sind.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann regelmäßig die internen Redaktionsrundbriefe und Einladungen zu den viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
01277 Dresden, Redaktion Dresden, Büro für Freie Kulturarbeit e.V., Reinhard Lichtenhahn, Schandauer Str. 64, ☎ (0351) 838 07 49 (auch Fax): 10997 Berlin, Redaktion Berlin, Ricarda Buch, Manteuffelstr. 97, ☎ (0 30) 612 38 27; 23701 Eutin, Redaktion Norddeutschland, Volker Nadolni, Janussstr. 11, ☎ (04521) 53 12, Fax 29 33; 27367 Sottrum, Redaktion Bremen, Götz Paschen, Everinghausen 42 (statt Telefon: Postkarte; 37085 Göttingen, Redaktion Göttingen, Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 5 75 46; 49008 Osnabrück, Redaktion Osnabrück, Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73; 63512 Hainburg, Redaktion Frankfurt, Peter Streiff, Friedensstr. 30, ☎ (06182) 6 82 75, Fax 6 82 78; Redaktion Saarland, AKTION 3. Welt Saar, 66674 Losheim, Weiskirchener Str. 24, ☎ (06872) 69 82, Fax 78 26 und Netzwerkselbsthilfe Saar e.V., 66111 Saarbrücken, Nauwieser Str. 19, ☎ (06 81) 37 15 02; 67433 Neustadt/Weinstr., Redaktion Neustadt, Elisabeth Voß, Friedrichstr. 36, ☎ (06321) 8 20 96, Fax 3 3 5059; 69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg, Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67, Fax 16 44 89; 90429 Nürnberg, Redaktion Franken, Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68

Fachredaktionen :
Alternative Energie/Technik: 10999 Berlin, Wuseltronik, Christian Lutz, Paul-Lincke-Ufer 41, ☎ (030) 618 50 71 · Fax (030) 618 50 75; Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23; Handwerk: 18528 Bergen/Rügen, Andreas Küstermann, Dammstr. 12, ☎ (03838) 25 50 79, Fax 25 48 82; Jugendumweltbewegung: 27283 Groß Hutbergen, Post Hönisch, Peter von Rüden, Armin Torbekke, Thedinghauser Str. 13, ☎ (04231) 48 78, Fax 48 79; Sozialpolitik: 80337 München, AG SPAK, Dieter Koschek, Adlzreiterstr. 23, ☎ (089) 77 40 77 (Fax); Information und Datendokumentation: 63329 Egelsbach, Erich Engelter, Mainstr. 23, ☎✉✦ (06103) 4 27 42
V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 4/96
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 69115 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

Mailbox:
CONTRASTE@LINK-N.cl.sub.de

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

AG SPAK

Gemeinsam Alternativen entwickeln
Sommerseminar vom 19.-28.07.96
in Ahrdorf
Weitgehend selbstorganisiert wird das Sommerseminar des TAK AÖ mit einer Mischung aus Konzept-, Kultur- und Handarbeit. Es findet vom 19.-28.07.96 in Ahrdorf in der Eifel statt. Das Oberthema lautet »Zukunft der Arbeit«. Damit sollen inhaltliche und formale Gegenpole zur EXPO 2000 entwickelt werden, die ebenfalls dieses Thema aufgreift. Interessenten für Unterthemen und Arbeitsgruppen sind noch erwünscht. Bisher wird geboten: »Alternative Gastronomie«, »Qualität ist das Anständige«, »Bausteine Kollektiven Managements«, »Politisierung der Ökonomie« und »Kooperativ lernen und solidarisch Wirtschaften«. Weitere Informationen: Andrea Gerth, Löwenstr. 8, D-68259 Mannheim.

NETZ

Tauschen statt kaufen zwischen Betrieben und Projekten
22.-23. Juni, Dortmund.

Finanz und Liquiditätsplanung,
28.-29. Juni, Frankfurt.
Information & Anmeldung:
netz für Selbstverwaltung
& Selbstorganisation
Schäfergasse 46, D-60313 Frankfurt
☎(0 69) 28 87 16, Fax 29 54 32

JUGENDUMWELT

Gruppendynamik
Wir möchten in Gruppen in schöner Athmosphäre zusammen etwas erreichen. Manchmal klappt das aber nicht so richtig, weil der oder die ... – das kennen wir alle. Probleme entstehen oft nur, weil wir vor lauter Arbeit die Prozesse in der Gruppe gar nicht mehr wahrnehmen können oder wollen.
In diesem Seminar soll es vor allem um die Sensibilisierung für Gruppenprozesse gehen. Wir wollen üben, diese Prozesse wahrzunehmen und zu beschreiben. Hierzu werden die Teamer eine theoretische Einführung in die themenzentrierte Interaktion (TZI) geben. Weiterhin beschäftigen wir uns mit Entscheidungsfindung in Gruppen (Konsensverfahren) und dem Konfliktfeld Männersprache/Frauensprache.
Den Schwerpunkt werden praktische Übungen in Rollenspielsituationen bilden.
Termin: 8.-11.8.96, Verden
Kosten: 90 bis 120 DM
nach Selbsteinschätzung
Info & Anmeldung:
Bildungsgr. f. Ökol. & Selbstbestimmung
c/o Verdener Umweltwerkstatt
Herrlichkeit 1, D-27283 Verden
☎(0 42 31) 8 10 46, Fax 8 10 48

NIEDERKAUFUNGEN

Anders leben – anders arbeiten
Die Kommune Niederkaufungen ist eine schon über neun Jahre bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit rund 70 Personen.
An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:
- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort dees letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 21.-23.6.96
Anmeldung & Information:
Verein für Ökologie, Gesundheit
und Bildung e.V.
Kirchweg 1
D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30

AG SPAK

Studienreise »Befreiende Pädagogik / Educacion Popular in Cuba«
Termin: 17. bis 24.8.96, Verlängerungswoche Strandurlaub bis 31.8.96.
Workshop in Cuba mit dem Centro Informativo Educaional in La Habana.
10 bis 15 TeilnehmerInnen, mit Übersetzung
Kosten: ca. 2.000 DM, 1 Woche alles inkl., ca. 2.500 DM inkl. Badewoche
Organisation und Auskunft:
Paulo Freire Gesellschaft e.V.,
Adlzreiterstr. 23, D-80337 München
☎(0 89) 77 40 78, Fax 77 40 77

Soziales Lernen in Jugendwohngemeinschaften – eine zeitgemäße Alternative zur Vereinzelung
Zum Sozialabbau gehören auch Streichungen im Bereich der Jugendhilfemaßnahmen. Rechtsansprüche des KJHG sind aber nicht so einfach zu streichen. Durch das Aufgreifen pädagogischer und soziologischer Phrasen werden neuerdings ambulante Hilfen hochgelobt (Individualisierung, Guppenfähigkeit usw.) – und, wie schön, dort ist die Pädagogik auch billiger!
Abgesehen davon, daß qualifizierte Pädagogik ambulant nicht automatisch billiger ist, werden auf diesem Weg auch wichtige pädagogische Lernfelder beseitigt. Mit dieser Fachtagung soll die Bedeutung der Gruppenprozesse für die jugendliche Entwicklung herausgearbeitet werden.
Termin: 20. bis 21. Juni 1996, Bremen
Kontakt:
Claus-M. Westphal, Lüneburger Str. 24, D-28203 Bremen

Studentische sozialpolitische Projekte und Initiativen
Schon die Geschichte der AG SPAK begann vor 25 Jahren damit, daß studentische sozialpolitische Initiativen und Projektgruppen, insbesondere aus den beiden großen konfessionellen Studentengemeinden, sich zusammenschlossen. Zwischenzeitlich hat jede seither studierende »Generation« neue sozialpolitische Projekte und Initiativen gebildet (und, oft genug, nach Studienabschluß wieder eingestellt), doch ist deren Lage weniger übersichtlich geworden. Nicht nur hat sich die Anzahl der Hochschulorte seit 1970 vervielfacht (und 1990 aus guten Gründen noch einmal entscheidend verbreitert), jene der Träger ausdifferenziert (an manchen Orten etwa durch verbindliches Projektstudium: alleine z.B. in Kassel gibt es über 30 studentische Sozialprojekte) – auch haben die sozialpolitischen Projektgegenstände sich außerordentlich ausgeweitet (Behinderte, Soziokultur, AIDS, ausländische Arbeitnehmende, Fragen der Grundsicherung, Wohnungslosigkeit – um nur weniges exemplarisch zu nennen).
Gegenstand dieser Tagung soll sein, diese unterschiedlichen Stränge zusammenzuführen, im ersten Schritt eine Sammlung des Bestehenden zu ermöglichen und zu Erfahrungsaustausch anzuregen. Dabei ist es nicht erheblich, aus welchem Kontext die beteiligten studentischen sozialpolitischen Initiativen und Projekte entstanden sind (Hochschule, AStA, ESG, AGG, Jugendverbände der pol. Parteien, Junge Pressen, Projektwerkstätten der Jugendumweltbewegung, Fachschaften, Stadtteilbezüge...). Im nächsten Schritt ginge es darum, Kontinuitäten, Strategien und Vernetzungen dieser sozialpolitischen Arbeit zu diskutieren.
Termin: 5. bis 7. Juli 96, Kassel
Anmeldung & Info:
AG SPAK
Adlzreiter Str. 23, D-80337 München
☎(0 89) 77 40 78, Fax 77 40 77

Interkulturelle Woche zum Abbau von Fremdenfeindlichkeit
Viel Musik und Tanz und Präsentation der verschiedenen Kulturen, unterschiedliche Eßgewohnheiten; Ausflüge ins Umland, Besuche verschiedener Projekte, Austausch und selbstorganisiertes Leben werden diese interkulturelle Woche prägen.
Termin: 28. Juli bis 2. August 1996, Tüschau
Info: Wolf-Dieter Klein, Tel. (04 21) 70 10 78

Sommercircus:
Drei Welten treffen aufeinander
Die Segmentierung der Welt in eine 1., 2., und 3. Welt verschwimmt immer stärker. Zunehmende Armut einerseits hier in Deutschland, anderseits Menschen aus »aller Herren Länder«, die zu uns kommen, um ihr nacktes Leben zu retten. Die Folgen werden zunehmend offensichtlich: Vorurteile, Bürokratie und Gewalt begegnen Menschen, die nach Deutschland kommen. Entwürdigung und Mißgunst, Neid und Angst schlagen ihnen entgegen. Muß das so sein? Es könnte auch anders gehen. Im Sommercircus – »Drei Welten treffen aufeinander« wollen wir zu der obigen Problematik/Thematik ein Circusstück innerhalb einer Woche entwickeln und zur Aufführung bringen, und zwar mit jungen Menschen aus »aller Herren Länder«. Circus hat gerade hier schon lange eine gute, sozialengagierte und friedfertige Tradition zwischen den Menschen aus »aller Herren Länder« entwickelt. Ohne die 1., 2. und 3. Welt hätte es einen Circus, wie wir ihn kennen – wohl Circus überhaupt –nicht gegeben: Eben, die internationale Kunst der kleinen Leute – ein soziales Projekt, das nicht mit Waffen, sonder mit Lachen versucht, die Welt, also die Menschen zu verändern.
Termin: 6. bis 11. August 1996, Nahrendorf
Anmeldung & Info:
AG SPAK
Adlzreiter Str. 23, D-80337 München
☎(0 89) 77 40 78, Fax 77 40 77

GEMEINSCHAFTEN

Come Together '96
Vernetzungstreffen der Gemeinschaftsprojekte vom 30.6. bis 7.7.96 auf dem Gelände des ZEGG.
Nähere Infos & Anmeldung: Anke und Bori, ZEGG, Rosa-Luxemburg-Str. 39, D-14806 Belzig, Rel. (03 38 41) 5 95 30, Fax 5 95 52

KULTUR-FACHTAGUNG

Krise des Wohlfahrtsstaates – Zukunft der Kulturpolitik
28. bis 30. Juni 1996 im Martin-Niemöller-Haus in Schmitten bei Arnoldshain
Info: Evang. Akademie Arnoldshain
Martin-Niemöller-Haus
D-61389 Schmitten

FRAUEN

Frauen schreiben – anders?
Gibt es einen weiblichen, einen feministischen Schreibstil jenseits des männlich geprägten, scheinbar objektiven Nachrichtenjournalismus? Workshop für Frauen, die sich in der Alternativpresse engagieren oder auf andere Weise schriftlich an die Öffentlichkeit treten wollen.
Termin: 11. bis 13.10.96
Anmeldung & Info:
Tagungs- und Begegnungshaus Niederkaufungen, Kirchweg 1, D-34260 Kaufungen

Schreibwerkstatt:
Schreiben befreit!
Sprache ist für uns alle elementar. Vielen von uns wurde durch Schule, Literatur und Presse der Spaß und der Mut genommen, sich mit der Sprache der Welt zu nähern, sich mit ihr auseinanderzusetzen. Wir wollen lernen, (wieder) kreativer und selbstbestimmter mit Sprache umzugehen. Inhaltlich stehen unsere weiblichen Lebensgeschichten im Mittelpunkt.
Termin: 15. bis 17.11.96
Anmeldung & Info s.o.

Selbstsicher auftreten –überzeugend argumentieren
Frauen sind nicht – wie früher – zum Schweigen verdammt. Trotzdem spüren sie oft genug, daß ihre Argumente weniger Gehör finden als die der männlichen Gesprächspartner. Es gibt viele Gründe, warum die Kommunikation zwischen Männern und Frauen häufig nicht klappt und deshalb unbefriedigend verläuft. Wie »frau« eigene Redeängste abbauen und ihre »typisch weiblichen« Stärken im Gespräch besser einsetzen kann, will dieses Seminar vermitteln. Dazu gehören auch praktische Tips, wie frau sich auf eine Rede vorbereitet, mit Hilfe eines Stichwortzettels den roten Faden behält und die Scheu vor einem Mikrofon verliert.
Durch praktische Übungen vor der Videokamera bekommen wir einen besseren Eindruck, wie wir beim Reden auf andere wirken.
Termin: 12. bis 14.7.96, Kochel
Anmeldung:
Bayerisches Seminar für Politik e.V.
Oberanger 38/I, D-80331 München
☎(0 89) 260 90 06, Fax 260 90 07
E-Mail:
101320.3423@compuserve.com

UMBRUCH

Anleitung zum Mächtigsein
Wer sich in Initiativen, Basis- oder Selbsthilfegruppen sozial oder politisch engagiert, kann in der Regel nicht auf eine Einarbeitung etwa in der Art hoffen, wie betriebliche Einführungen geschehen. Damit werden die eigenen Erfahrungen häufig zum einzigen Rüstzeug für eine sehr vielgestaltige und facettenreiche Arbeit. Das geht oft gut, ist aber nicht selten auch ein wesentlicher Grund des Scheiterns. Da werden die eigenen Kraftressourcen über- oder die Aufgabenmenge unterschätzt, die zugesagte Unterstützung bleibt aus oder die Mühen des alltäglichen Kleinkrams verstellen den Blick aufs Ganze der Projekte oder Kampagnen. Was übrig bleibt ist großer Frust. Sicher ist nicht jeder Frust durch Vorausschau und Planung vermeidbar, aber es gibt doch manches, was mit besseren Kenntnissen von Bewegungsdynamik, von Kommunikation und Entscheidungsprozessen in Gruppen erfolgreicher hätte angegangen werden können. Dazu gehören auch die strategische Planung von Aktionen und das Wissen um die dazu notwendigen Techniken und Methoden.
Dieser 9-tägige Bildungsurlaub bietet die Möglichkeit, wichtige Schlüsselqualifikationen für die außerparlamentarische und außerinstutionelle Arbeit zu erwerben oder zu vertiefen.
Termin: 13. bis 21.9.96
Anmeldung & Info:
UMBRUCH
Scharnhorststr. 6, D-50733 Köln
☎(02 21) 760 99 14, Fax 76 58 89

SONSTIGES

Unfertige Welt
Einführungswoche in die Philosophie Ernst Blochs. Das Seminar thematisiert um den Fokus »Unfertige Welt« in fünf Blöcken wichtige Gebiete der Blochschen Philosophie. Gedacht ist an jeweils eine kurze Einführung mit anschließender Lektüre entsprechender Bloch-Texte. Wie Bloch sein Denken vermittelt – seine Sprache, seine Textkomposition, auch sein Vortrag –, ist wichtige Grundlage des Verständnisses, weshalb nicht nur über Bloch referiert werden, sondern in erster Linie Bloch selbst zu Wort kommen soll.
Termin: 6. bis 13. Juli
Ort: Bildungs- und Ferienzentrum Salencina, Schweiz
Kosten: 390 DM incl. Unterkunft und Halbpension
Info & Anmeldung:
Ernst-Bloch-Assoziation
Pettzoltstr. 6
D-90443 Nürnberg
☎(09 11) 28 60 89

Social Competence and Qualitative Methods
Michael Q. Patton ist einer der führenden Evalutoren und Trainer in den USA. Im Workshop stellt er qualitative, praktikable Evaluationsmethoden vor. Es werden Methoden für die jeweiligen Arbeitszusammenhänge der Teilnehmenden entwickelt und erprobt. Die Teilnehmenden erwerben zentrale Schlüsselqualifikationen für kreative Prozesse der Informationssammlung und -aufbereitung. Mit Hilfe dieser Verfahren können Sie die Qualität Ihrer strategischen Planung in verschiedensten Politikfeldern sowie von personal- und organisationsentwickelnden Maßnahmen absichern und Trainings effizienter durchführen. Profitieren Sie von Pattons erfolgreichen Evaluationserfahrungen und melden Sie sich zu diesem in Deutschland einzigen offen ausgeschriebenen Workshop an!
Dieser Workshop richtet sich an OrganisationsberaterInnen, ForscherInnen, TrainerInnen, Verantwortliche in Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie andere wissenschaftlich qualifizierte Fach- und Führungskräfte.
Professor Michael Q. Patton ist Leiter eines Instituts, das Evaluation und Beratung öffentlicher Verwaltungen, Industrieunternehmen, sozialer Institutionen und Nonprofit-Organisationen durchführt, so u.a. in den USA, Japan und verschiedenen afrikanischen Staaten. Daneben ist er Hochschullehrer und hat vier Standardwerke zum Thema Evaluation und qualitative Methoden verfaßt.
Termin: 25. bis 27. Juli 1996, Bonn
Information & Anmeldung:
wdöff training & beratung
Estermannstr. 204, D-53117 Bonn
☎(02 28) 67 46 63, Fax 68 04 00

»Controlling« in Jugend- und Kultureinrichtungen
Was kostet Jugend- und Kulturarbeit und was leistet sie, ist die zentrale Frage eines Tagesseminars in Unna. Unter dem Schlagwort »Controlling« informiert Klaus Schäfer von der Gesellschaft für Kultur- und Wirtschaftsberatung Krefeld am 24. Juni 1996 über neue Instrumente zur Messung von Erfolg und Wirtschaftlichkeit eines Betriebes. Ansätze, Möglichkeiten und Anwendbarkeit von »Controlling« werden den Teilnehmenden der gleichnamigen Veranstaltung vorgestellt und an Fallbeispielen konkretisiert. Das Seminar ist offen für alle Interessierten, richtet sich jedoch vorwiegend an MitarbeiterInnen in Jugend- und Kultureinrichtungen. Durch Kürzungen öffentlicher Gelder ist Rechnungsführung und Erfolgskontrolle für diese Einrichtungen in freier oder kommunaler Trägerschaft zum wesentlichen Aspekt der Finanzplanung geworden. Im einzelnen wird auf die Bedeutung von Controlling, Finanzplanung und -steuerung, technische und personelle Voraussetzungen eingegangen.
Interessierte können sich bei der Landesarbeitsgemeinschaft Kulturpädagogische Dienste NRW e.V. (LKD), Luisenstr. 22, D-59425 Unna, Tel. (0 23 03) 6 93 24, Fax 6 50 57, anmelden und nähere Informationen erfragen.

Kommunikationsmuster in der politischen Auseinandersetzung – Einführung in die Transaktionsanalyse
Politische Arbeit könnte soviel Spaß machen, wenn da nicht oft »die anderen« wären, die uns so wenig verstehen ... Die Transaktionsanalyse bietet hier eine sehr »greifbare« Methode, um eigene und fremde (Fehl-)Verhaltensmuster aufzudecken. Warum gibt es Menschen, die immer in die Opferrolle als Angegriffene geraten, warum erscheinen andere als »Retter«, bzw. »Verfolger«? Wann ist es an der Zeit, »Nein« zu sagen?
An diesem Wochenende werden wir manches in der wechselseitigen Kommunikation besser durchschauen und uns künftig darauf einstellen können. »Nimm Dich so, wie Du bist – aber vorher erkenne ich Dich in Deinen Beziehungen zu Deinen Mitmenschen«, so könnte das Motto dieses Seminars lauten. Theorie und Praxis gehen spielerisch ineinander über. Typische Situationen in der politischen Kommunikation werden in Rollenspielen mit der Videokamera festgehalten und gemeinsam besprochen.
Termin: 28. bis 30.6.96, Kochel
Anmeldung:
Bayerisches Seminar für Politik e.V.
Oberanger 38/I, D-80331 München
☎(0 89) 260 90 06, Fax 260 90 07
E-Mail:
101320.3423@compuserve.com

Noch mehr Demokratie wagen?
Für Bürgerentscheide gibt es in Bayern – dank Volksentscheid – mittlerweile gesetzliche Rahmenbedingungen. Wir wollen in diesem Seminar das Bürgerentscheidsgesetz und seine Auslegung analysieren und erste Modellfälle aus der Praxis vorstellen. Zur Durchführung von Bürgerentscheiden (Fragestellungen, Begründungen) geben Profis allgemeine Tips. In Übungen (»Wir formulieren einen Bürgerentscheid«) testen wir das Gelernte und erarbeiten uns das Handwerkszeug zur Durchführung einer erfolgreichen Kampagne für Bürgerentscheide. Die Diskussion von Konzepten, die Dramaturgie einer Kampagne und erfolgreicher Öffentlcihkeitsarbeit stehen dabei im Mittelpunkt.
Termin: 5. bis 7.7.96, Kochel
Anmeldung s.o.

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 80,– DM bzw. 650 ÖSh (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 80,-DM abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg